

# Grenzen-Los!

Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz



# Inhaltsverzeichnis

<b>Grußworte</b>	
Grußwort Dr. Monika Stolz, Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg .....	6
Grußwort Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg .....	9
<b>Einführung</b>	
Über den nationalen Tellerrand hinaus „Grenzen-Lost!“ als internationales Forum für freiwilliges Engagement Jeannette Behringer .....	11
<b>Einführungsvortrag</b>	
Die Bedeutung des freiwilligen Engagements für Zivilgesellschaft und Demokratie Lothar Frick .....	15
<b>Eingangsreferate – Topographie des freiwilligen Engagements in Deutschland, der Schweiz und Österreich</b>	
Topographie des freiwilligen Engagements in Deutschland Thomas Olk .....	22
Topographie des freiwilligen Engagements in der Schweiz Isabelle Stadelmann-Steffen .....	26
Topographie des freiwilligen Engagements in Österreich Eva More-Hollerweger .....	30
<b>Workshop A – Chancengleich? Voraussetzungen und Zugänge zum freiwilligen Engagement</b>	
Freiwilliges Engagement in Deutschland Heidi Merk .....	36
Mehr freiwilliges Engagement im bedrängten Sozialstaat? Carlo Knöpfel .....	40
Roter Teppich – Beteiligungsdifferenzen und Förderung der Chancengleichheit im freiwilligen Engagement Arno Heimgartner .....	44
<b>Workshop B – Freiwilliges Engagement und Integration: Sozialromantik oder Heilsversprechen?</b>	
Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement bewirkt Integration Vicente Riesgo Alonso .....	50
Migration und Freiwilligenarbeit – Konzeptuelle Überlegungen Sandro Cattacin .....	54
Versuche von Integration und Partizipation in der Marktgemeinde Ottensheim/Österreich Ulrike Böker .....	58
<b>Workshop C – Arsen oder Spitzenhäubchen? Staatliche Förderung zwischen Engagementpolitik und Nachtwächtertum</b>	
Engagementpolitik im Wohlfahrtsstaat: willige Bürger – unwilliger Staat? Josef Schmid .....	64
Schweizer Gemeinden fördern freiwilliges Engagement Marie-Luise Zürcher .....	68
Zivilgesellschaftliches Engagement – Einflussfaktoren und soziale Rahmenbedingungen in Europa Michael Meyer .....	72
<b>Workshop D – Mittendrin oder außen vor? Unternehmen im freiwilligen Engagement</b>	
Freiwilliges unternehmerisches Engagement – Wettbewerbsvorteile im globalen Markt? Antje von Dewitz .....	80
Gestaltungsansätze für Corporate Citizenship Georg von Schnurbein .....	84
Freiwilliges Engagement von Unternehmen – Corporate Social Responsibility in Österreich Roman H. Mesicek .....	88
<b>Workshop E – By the way... freiwilliges Engagement als Lernort</b>	
Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement Wiebken Düx .....	94
Wie freiwilliges Engagement bildet – und wie implizites in explizites Wissen verwandelt werden kann Lotti Isenring Schwander .....	100
Erzählen, Übersetzen, Beschreiben: Methodische Annäherungen an den Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement Wolfgang Kellner .....	104
<b>Abschlussvorträge</b>	
Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Europa Helmut K. Anheier, Norman Spengler, Georg Mildenerberger, Konstantin Kehl, Volker Then .....	108
Ausblick auf die Tagung 2010 in der Schweiz Annemarie Huber-Hotz .....	112
Programm der Tagung „Grenzen-Lost!“ 2009 .....	114
Liste der Autorinnen und Autoren .....	117
Impressum .....	118

## Grußwort Dr. Monika Stolz

Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg



**Dr. Monika Stolz, MdL**

ist Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg. Außerdem ist sie Mitglied des Aufsichtsrats der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH und Mitglied des Verwaltungsrats der Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderbank.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich heute zu Ihnen sprechen zu dürfen und darf Sie im Namen der Landesregierung Baden-Württembergs sehr herzlich in Konstanz begrüßen. Der Tagungsort Konstanz wurde mit Bedacht gewählt. Auch wenn dies erst auf den zweiten Blick klar wird. Sie wissen sicherlich, dass hier das bedeutende Konstanzer Konzil in den Jahren 1414 bis 1418 abgehalten wurde. Für Jan Hus, den tschechischen Häretiker und Kirchenkritiker, endeten die Beratungen äußerst tragisch. Er wurde 1415 in der Stadt verbrannt. Die folgenden Unruhen

in Böhmen waren eine Vorform der Reformation. Von hier aus nahm also eine Bewegung ihren Ursprung, die einhundert Jahre später ganz Europa erfasste. Diese Ereignisse sollen uns kein Vorbild sein. Wir werden niemanden verfolgen, der abweichende Meinungen äußert. Wir freuen uns im Gegenteil an möglichst vielfältigen Beiträgen, einer „Grenzen-losen“ Bereitschaft zur Diskussion und zum gegenseitigen Austausch. In einer Hinsicht ist uns die Konstanzer Geschichte aber doch Vorbild: Wir hoffen, dass ein Funke der Tagung überspringt auf die beteiligten Nachbarländer. Und dann – vielleicht – auf ganz Europa. Mit Bedacht wurde Konstanz aber nicht wegen seiner Geschichte, sondern wegen seiner geografischen Lage gewählt: Am Schnittpunkt dreier Länder im Herzen Europas.

Auch die Schweiz wagt sich vorsichtig an die Europäische Union heran. Sie ist seit November 2008 dem Schengener Abkommen beigetreten. Das erleichtert den kleinen Grenzverkehr erheblich und kommt selbstverständlich auch dieser Tagung entgegen. Die österreichischen Gäste mussten mindestens um den halben See herum fahren. Wir sind froh, dass Sie diese Strapazen auf sich genommen haben. Ich freue mich, dass Sie aus allen drei Ländern so zahlreich an dieser Konferenz teilnehmen. Mein herzliches Grüß Gott gilt gleichermaßen den Gästen aus den anderen Bundesländern und aus der Bundeshauptstadt Berlin.

Es ist kein Zufall, dass diese erste internationale Vernetzungskonferenz zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg stattfindet. Baden-Württemberg hat mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Bundesland eine Vorreiterrolle inne. 1991 fingen wir mit der Förderung des Modellprojekts „Seniorenengossenschaften“ an, der unentgeltlichen Hilfe auf Gegenseitigkeit im Alter. Bereits Mitte der neunziger

Jahre haben wir die Engagementförderung auf eine wesentlich breitere Basis stellen können. Seither unterstützen und fördern wir unterschiedliche Netzwerke im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements: Die ARBES – das ist die Arbeitsgemeinschaft des Bürgerschaftlichen Engagements mit fast 100 bürgerschaftlich organisierten Initiativen-, sowie das Landkreis-, das Städte- und das Gemeindeforum, die sich unter dem Dach des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg zusammengeschlossen haben. Unsere frühe Unterstützung des freiwilligen Engagements trägt Früchte:

In Baden-Württemberg hat sich in den zurückliegenden 15 Jahren eine beachtliche Engagementkultur entwickelt. Fast 4,5 Millionen Menschen sind in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen oder in gemeinschaftlichen Initiativen und Projekten in unserem Bundesland aktiv. Das sind umgerechnet 42 Prozent der Bevölkerung. Damit sind wir bundesweit Spitzenreiter – und dies seit Jahren.

Angesichts der positiven Entwicklung in den Netzwerken auf Landesebene sind wir optimistisch, unsere führende Stellung auch durch die nächste Repräsentativerhebung bestätigt zu bekommen. Ich möchte an dieser Stelle der Bundesregierung und besonders Herrn Dr. Martin Schenkel meinen Dank aussprechen. Der Bund finanziert nämlich diesen so genannten 3. Freiwilligen survey.

### Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Meiner Meinung nach ist Europa heute im politischen Bewusstsein zu einseitig akzentuiert als reiner Wirtschaftsraum. Das hat seine Gründe in der Geschichte der EU. Die Geburtsstunde der EU markieren die Römischen Verträge von 1957, welche die Europäische-Wirtschafts-Gemeinschaft begründeten.

Jetzt, nachdem einheitliche Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hergestellt sind und die Währungsunion mit einigen Lücken vollendet ist, steht uns die vielleicht anspruchsvollste Aufgabe bevor: Die Schaffung einheitlicher gesellschaftlicher Verhältnisse, die den Bürgerinnen und Bürgern Europas eine weitgehende Mitwirkung und Mitgestaltung in den sie betreffenden Angelegenheiten einräumt. Das geht über die verfassten Mitwirkungs-

rechte in der repräsentativen Demokratie hinaus. Es begründet das, was wir als Zivil- oder Bürgergesellschaft begreifen.

### Wert der Bürgergesellschaft für eine lebendige Gesellschaft

Doch was ist das, die Bürgergesellschaft? Ich zitiere aus dem Bericht der Enquetekommission des Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“:

„Die Bürgergesellschaft ist das Leitbild des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem Bürgerinnen und Bürger (...) durch das Engagement in selbst organisierten Vereinigungen und durch die Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich prägen können.“

Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Eine Bürgergesellschaft, die die Geschicke des Gemeinwesens wesentlich mitprägen kann, steht nicht in Konkurrenz zu den verfassten Organen unserer repräsentativen Demokratie, zu den gewählten Kreis- und Gemeinderäten und den Abgeordneten auf den unterschiedlichen Ebenen der politischen Partizipation.

Solche Befürchtungen sind nach meiner festen Überzeugung unbegründet.

Bürgerschaftliches Engagement wirkt ergänzend zur politischen Verantwortung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter. Bürgerschaftliches Engagement gibt Antworten auf Fragen, die so vielleicht noch nicht auf der politischen Agenda stehen. In ungezählten Projekten und Initiativen, in Zukunftswerkstätten werden Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen erprobt, die mitunter noch nicht die Ebene der politischen Entscheidungen erreicht haben.

Ich möchte dafür ein Beispiel geben: Die demografische Entwicklung führt zu Verschiebungen des Gesellschaftsgefüges. Zugleich werden familiäre Bindungen durch die Anforderungen an Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt gesprengt. Das ist bekannt. Wie können wir dennoch im Alter sicher leben? Woher erfahren wir dann die notwendige Unterstützung im Alltag? Wie können wir bei eingeschränkter körperlicher Mobilität unsere Souveränität bewahren?

Wenn die herkömmlichen Bindungen nicht mehr

tragen, müssen andere, sinnstiftende Formen des Zusammenlebens gefunden werden. Im Versuch, auf solche Fragen Antworten zu finden, sehe ich eine herausragende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für ein weiterhin gutes Miteinander in unserer Gesellschaft.

Um am Beispiel fortzufahren: Bürgerinnen und Bürger erproben für sich und andere Lösungen, die nicht von einem fürsorglichen Wohlfahrtsstaat vorgegeben werden. Sie formulieren sinnvolle Alternativen zur staatlichen Daseinsvorsorge. Statt einen Umzug ins Pflegeheim vorzunehmen, werden alternative Daseinsformen erprobt. Ob in speziellen Alters-Wohngemeinschaften oder in intergenerationellen Wohnprojekten: Hier werden neue Wahlverwandtschaften zum gegenseitigen Nutzen einfach ausprobiert.

Das Beispiel zeigt: Die Lebensqualität in einer Gesellschaft wird maßgeblich getragen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Dabei bedarf es des Beitrags jedes Einzelnen für das gemeinsame Ganze. Denn wir leben in einer Gemeinschaft, in der wir Verantwortung füreinander und für das gemeinsame Ganze tragen. Nur im solidarischen Miteinander können wir sie bewältigen.

### **Bürgerschaftliches Engagement heißt Menschen beteiligen**

Meine Damen und Herren, praktizierte gesellschaftliche Mitverantwortung ist das Fundament des gleichberechtigten gesellschaftlichen Zusammenlebens und die eigentliche Lebenswurzel der Demokratie. Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hat einmal gesagt:

„Demokratie heißt, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

Nichts anderes tun Menschen, wenn sie sich freiwillig engagieren; wenn sie sich tagaus, tagein in Vereinen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen, aber auch in Nachbarschaftsinitiativen, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder den Rettungsdiensten, bei Umweltinitiativen oder Naturschutzprojekten, bei der Betreuung von Alten und Kranken, in der Hospizbewegung, in Selbsthilfegruppen oder Kulturprojekten einbringen. Winston Churchill soll einmal gesagt haben: „Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer zu beugen.“

Für das bürgerschaftliche Engagement würde ich dies so formulieren: Bürgerschaftliches Engagement kann nur dann seine volle Wirkung entfalten, wenn echte Teilhabe nicht nur gewünscht, sondern auch wirklich gewollt ist. Dies zu wissen, ist eine Grundvoraussetzung, wenn es darum geht, bürgerschaftliches Engagement richtig zu fördern und zu unterstützen, denn bürgerschaftliches Engagement ist oftmals geprägt von einem besonderen Eigensinn und einer besonderen Eigenlogik. Darauf ist bei der Zusammenarbeit mit bürgerschaftlich engagierten Menschen gerade dann zu achten, wenn sie Dinge anders anpacken, als dies manch Hauptamtlicher tun würde.

Meine Damen und Herren, wir wollen uns mit den Ergebnissen dieser Tagung gründlich auseinander setzen und fragen, wie wir die Beteiligung möglichst aller Bevölkerungsgruppen fördern können.

In allen Workshops greifen Sie Fragestellungen auf, deren Lösungen im sprichwörtlichen Sinn von „Grenzen-losem“ Interesse sind. Es sind existenzielle Grundfragen, die uns grenzübergreifend in vergleichbarer Form berühren.

Mit dieser ersten trinationalen Konferenz machen wir sozusagen den Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen, die uns einem Europa der Bürgerinnen und Bürger näher bringen. Dafür bin ich den Veranstaltern sehr dankbar.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des französischen Schriftstellers Antoine de Saint-Exupéry – den meisten bekannt durch sein Buch „Der kleine Prinz“ – schließen. „Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.“

Dieser Satz verrät viel über die Motive von Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren.

Engagierte brechen zu neuen Ufern auf, lassen sich durch ein gemeinsames Ziel motivieren und sie stecken andere mit ihrer Begeisterung an. Denken Sie daran, wenn Sie in den Workshops diskutieren.

## **Grußwort Lothar Frick**

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg



**Lothar Frick**  
ist Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister, liebe Projektpartnerinnen und -partner, meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine erste Frage lautet: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, weil vor gut zwei Jahren in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg von Dr. Jeannette Behringer die Idee geboren wurde, eine internationale Tagung zum Thema bürgerschaftliches Engagement zu machen.

Meine zweite Frage lautet: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, weil es im Sozialministerium Baden-Württemberg eine Stabsstelle Bürger-schaftliches Engagement gibt, die diese Idee auf-

genommen und weiter getragen hat. Dafür danke ich Herrn Robert Hahn sehr herzlich. Ich nehme dies gerne zum Anlass, die Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg in unserer Mitte zu begrüßen – herzlich willkommen, liebe Frau Dr. Stolz.

Meine dritte Frage lautet: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, weil es uns gelungen ist, aufgrund von Empfehlungen und gutem Rat in Österreich und der Schweiz interessierte und vor allem kompetente Partnerorganisationen zu gewinnen, die die Sache des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements auch zu ihrer eigenen Angelegenheit gemacht haben. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, des MIGROS Kulturprozent, des Lebensministeriums Österreich und des Büros für Zukunftsfragen Vorarlberg. Aus Deutschland begrüße ich die Repräsentantinnen und Repräsentanten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Ein Dankeschön auch an alle unsere Referentinnen und Referenten.

Vierte Frage: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, damit auch darüber berichtet wird, was wir hier tun. Deshalb danke ich insbesondere unseren Medienpartnern: dem Südkurier sowie dem Fernsehsender 3Sat. Allen anwesenden Journalistinnen und Journalisten danke ich für ihr Kommen. Besonders herzlich begrüße ich unseren Moderator, Herrn Jürgen Schmitz vom Südwestrundfunk.

Fünfte Frage: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, hier in Konstanz, weil Konstanz ganz nüchtern betrachtet für eine schweizerisch-österreichische-baden-württembergisch-deutsche Tagung einfach geschickt liegt. Wir sind aber auch

hier, weil hier am Bodensee die Lebensqualität stimmt, weil Geschichte gegenwärtig ist, weil hier das Leben pulsiert und sich Konstanz nicht zuletzt durch seine Exzellenz-Universität und anderes mehr auszeichnet.

Ich danke Herrn Landrat Frank Hämmerle und Herrn Ersten Bürgermeister Klaus Boldt dafür, dass Sie uns heute als Repräsentanten von Landkreis und Stadt die Ehre ihres Besuchs erweisen und uns sicher gleich Region und Stadt in ihren Grußworten näher bringen werden. Willkommen bei unserer Tagung.

Sechste Frage: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, weil vor allem Dr. Jeannette Behringer, aber auch Dr. Iris Häuser, Verena Demel-Richter und Ulrike Hirsch in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg unablässig dafür gearbeitet haben, dass diese Tagung über die Bühne gehen kann. Dafür möchte ich allen meinen herzlichen Dank aussprechen.

Siebte Frage: Warum sind wir heute hier? Wir sind heute hier, weil wir Erfahrungen austauschen wollen darüber, wie ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement sich in unseren Ländern gestalten und zeigen, welches Zukunftspotenzial unsere Zivilgesellschaft hat, welche gemeinsamen und unterschiedlichen Erfahrungen wir im täglichen Umgang mit freiwilligem Engagement haben. Und wir sind heute – und natürlich auch noch morgen hier, um uns kennen zu lernen und den Austausch über Grenzen hinweg, nicht nur über unsere Institutionen, sondern von Mensch zu Mensch zu pflegen. Auch im Zeitalter des Internets ist das noch immer notwendig und sinnvoll.

Achte Frage: Warum sind wir heute hier? Also wirklich: Wer es bis hierher nicht begriffen hat, bleibt einfach bis morgen Nachmittag da. Dann wissen es alle.

Vielen Dank Ihnen allen für Ihr Kommen. Ich wünsche Ihnen zwei spannende Tage sowie interessante Diskussionen und Gespräche im Rahmen der Tagung „Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz“. Herzlich Willkommen!

## Über den nationalen Tellerrand hinaus: „Grenzen-Los!“ als internationales Forum für freiwilliges Engagement

Jeannette Behringer



**Dr. Jeannette Behringer**

(Sozialwissenschaftlerin, Dr. rer. pol.), bis 2009 Fachreferentin für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB). Seit 2007 Projektleiterin der Vernetzungstagung „Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ für die LpB. Zudem seit 2009 als Studienleiterin für Gesellschaftsethik am evangelischen Studienzentrum Boldern b. Zürich/Schweiz tätig. Ihre Schwerpunktthemen sind: Grundlagen der Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement, politische und soziale Partizipation (Qualität, Wirkung, Partizipation und Repräsentation), Nachhaltige Entwicklung (Ethik, NE und Demokratie, Sozialkapital). Vortrags-, Beratungs-, und Moderationstätigkeit.

Rund 200 Teilnehmende und Referentinnen und Referenten fanden sich am 16. und 17. Februar 2009 zur ersten grenzüberschreitenden Drei-Länder-Tagung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz in Konstanz ein. Erfolgreich war damit der Startschuss für eine internati-

onale Vernetzung von Akteuren und Organisationen zur Thematik des freiwilligen Engagements gelegt. Eine komprimierte Form der Ergebnisse halten Sie nun in den Händen

### Motivationen und Ziele des Projekts „Grenzen-Los!“

Warum im Jahr 2009 eine Drei-Länder-Tagung zur Thematik des freiwilligen Engagements? Auf diese Frage gibt es Antworten auf verschiedenen Ebenen. Mit dem Internationalen Jahr der Freiwilligkeit, das bereits im Jahr 2001 durch die Vereinten Nationen ausgerufen worden war, wurde ein Thema verstärkt auf die internationale politische Agenda gehoben, das in seiner Bedeutung vor allem für Wesen und Form einer Zivilgesellschaft und damit als Pfeiler lebendiger Demokratien sichtbar wurde. In verschiedenen Ländern wurde dieses Jahr genutzt, um die Aufmerksamkeit für die Bedeutung des freiwilligen Engagements zu erhöhen und um mehr Wissen über das Engagement selbst zu generieren. Veranstaltungsreihen fanden statt, Kommissionen und Beiräte wurden gegründet, das Engagement vieler Menschen vor Ort fand und findet eine besondere Würdigung in den Medien. In vielen Ländern wurden wissenschaftliche Untersuchungen initiiert und intensiviert: Woraus besteht freiwilliges Engagement? Wer engagiert sich? Warum und in welchem Ausmaß? Aktuelle Zahlen länderspezifischer Studien aus den Jahren 2006 und 2007 belegen, dass sich gemäß dem Mikrozensus in Österreich rund 43,8 Prozent der Menschen über 15 Jahren in irgendeiner Weise freiwillig engagieren. In Deutschland sind es laut zweitem „Freiwilligen-survey“ insgesamt 36 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren und in der Schweiz entsprechend dem „Freiwilligenmonitor“ 26 Prozent im formellen Engagement sowie 37 Prozent im Bereich des informellen Engagements. In den länderspezifischen Diskursen wird vermehrt und intensiv nach

dem gesellschaftlichen Umgang und der notwendigen Einordnung und Bewertung des Themas gefragt. Neben der Diskussion darum, was eine Bürgergesellschaft sein könnte, wurde kritisch die Frage nach der Zuschreibung von überhöhten Leistungserwartungen an das freiwillige Engagement gestellt. So zum Beispiel die Frage, ob freiwilliges Engagement als kostengünstiger Ersatz für staatliche Leistungen missbraucht würde oder ob die vermehrte Förderung von freiwilligem Engagement dazu führen könnte, Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes zu vernichten, um nur einige wenige zu nennen. Ein Grund für die Entstehung des Projekts „Grenzen-Los!“ war es demnach, intensive Diskussionen auf nationaler Ebene stärker miteinander zu verknüpfen, mit dem Ziel, freiwilliges Engagement in den Ländern zu stärken.

Neben der diskursiven Intensität, die das Thema erfährt, war die Situation der baden-württembergischen Engagementstruktur ausschlaggebend für die Initiative der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Engagementpolitik, die in Baden-Württemberg betrieben wird, fördert seit vielen Jahren konkret bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Baden-Württemberg besitzt also eine ausgeprägte Unterstützungsstruktur. Vielleicht ein Grund für die Tatsache, dass sich in Baden-Württemberg 42 Prozent der Menschen über 14 Jahren freiwillig engagieren. Das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wird zudem wissenschaftlich begleitet. Der zweite wissenschaftliche Bericht des Zentrums für zivilgesellschaftliche Forschung an der Fachhochschule Freiburg (ZZE) stellte besonders das Potenzial der regionalen und europäischen Verknüpfung für das baden-württembergische Engagement heraus. Gründe genug für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, eine internationale Konferenz zu diesem Themenfeld zu konzipieren und anzustoßen – die Vernetzungstagung, die in den Diskussionen der Kooperationspartner den Namen „Grenzen-Los!“ erhielt. Das Projekt „Grenzen-Los!“ möchte beitragen zu systematischer Analyse, Vernetzung und dem Austausch von Wissen und Erfahrungen. Das Projekt „Grenzen-Los!“ sollte sich darüber hinaus, so der Beschluss aller Projektpartner, nicht in einer einmaligen Veranstaltung erschöpfen, sondern in einer Tagungsreihe, die kontinuierliche Vernetzung und auch den Aufbau gemeinsamer Projekte ermöglicht.

#### Drei-Länder-Projektpartnerschaft

Das Anliegen der internationalen Vernetzung war an verschiedenen Orten angedacht, sozusagen überreif. Der Zuspruch war groß. Nachdem im August 2007 der Kontakt mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg für das Projekt geknüpft und das Interesse an einer Beteiligung groß war, erfolgte im September 2007 die Kontaktaufnahme mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Im Dezember 2007 fand auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg eine erste gemeinsame Sitzung mit den Partnerorganisationen aus Deutschland statt, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg sowie dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Neben der Sammlung gemeinsamer konzeptioneller Fragestellungen wurde insbesondere die Suche nach weiteren Partnerorganisationen aus Österreich und der Schweiz fortgeführt. Im Februar 2008 fand das erste vollständige Treffen aller Kooperationspartner in Zürich statt; gewonnen wurden das österreichische Lebensministerium sowie das Büro für Zukunftsfragen des Landes Vorarlberg. Aus der Schweiz beteiligten sich das MIGROS Kulturprozent sowie die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG). Diese Zusammensetzung zeigt nicht nur die Vielfalt der interessierten Institutionen – Ministerien auf Bund- und Landesebene, Nichtregierungsorganisationen, staatliche Einrichtungen und Unternehmen. Die Vielfalt weist ebenso auf die unterschiedlichen Strukturen des freiwilligen Engagements in den Ländern hin. Zwei weitere Treffen der Vorbereitungsgruppe, im Mai 2008 in Bregenz sowie im Oktober 2008 in Berlin boten ebenso die zusätzliche Gelegenheit, die Partnerorganisationen kennen zu lernen.

#### Transdisziplinär und multiperspektivisch – Basiskonzeption der Tagung

Eines der zentralen Anliegen der Tagung „Grenzen-Los!“ war es von Beginn an, eine Möglichkeit der transdisziplinären Begegnung zu schaffen, mit dem Anspruch, Wissenschaft und Praxis in einen gegenseitigen Austausch zu bringen. Ziel war es, die Erfahrungen der Praxis aufzunehmen und die wissenschaftlichen Ergebnisse als Impuls und Anstoß für die eigene Arbeit zu betrachten.

Dabei wurde aus dem Praxisbereich insbesondere die Ebene der Multiplikatoren und langjährig Engagierten angesprochen, auf der Ebene der Wissenschaft diejenigen Personen, die im Bereich der angewandten Forschung aktiv sind. Das Tagungsformat sollte weiterhin durchwoben sein von Perspektiven aus den drei Partnerländern – so ergab sich eine anspruchsvolle Matrix der Tagungsgestaltung, die den Kriterien der multinationalen Perspektive und des transdisziplinären Austauschs gerecht wurde. Bereits in den vorbereitenden Diskussionen des Konzeptes zeigte sich deutlich die Notwendigkeit eines länderübergreifenden Vorhabens. So unterstrich die Diskussion um die Begrifflichkeit des freiwilligen Engagements erhebliche Unterschiede bezüglich des Selbstverständnisses. In der Betrachtung der Geschichte des freiwilligen Engagements sind verschiedene Motive und Bedeutungszusammenhänge des freiwilligen Engagements in seiner Bedeutung für den Sozialstaat, im Zusammenhang mit der Diskussion um Erwerbsarbeit und Arbeitsmarkt sowie in seiner Bedeutung für Demokratie und Zivilgesellschaft erkennbar. Diese Bedeutungszusammenhänge, und das wurde auch in den vorbereitenden Diskussionen für die Tagung deutlich, haben in den einzelnen Ländern unterschiedliche Priorität, was sich auch in der Begrifflichkeit zeigt. Bürgerschaftliches Engagement, so selbstverständlich dies in bundesdeutschen Kontexten genutzt wird, ist in der Schweiz zwar zunehmend bekannt, im Wissenschafts- und Praxisbezug jedoch nicht gebräuchlich. Die Diskussion um die Funktion des freiwilligen Engagements für Demokratie und im Verständnis politischer Partizipation wird in der Schweiz so (noch) nicht geführt, vielmehr die Bedeutung des Engagements in Form seiner Funktion bezüglich des Arbeitsmarktes in Bezug gesetzt (vgl. dazu auch den Beitrag von Stadelmann-Steffen in diesem Band). Ebenso wird in Österreich Freiwilliges Engagement vermehrt in seiner Wohlfahrtsfunktion betrachtet (vgl. dazu auch den Beitrag von More-Hollerweger in diesem Band). Der Begriff „Freiwilliges Engagement“ stellte vor diesem Hintergrund der verschiedenen Verständnisse den größten gemeinsamen Nenner für einen inhaltlichen Klammerbegriff dar.

**Länderübergreifende Themen und Fragestellungen**  
Vor dem Hintergrund, dass es zum freiwilligen

Engagement in der Schweiz, in Österreich und Deutschland gemeinsame Fragestellungen, jedoch tendenziell unterschiedliche Antworten gibt, war es sinnvoll, diese grundlegenden Themen und Fragestellungen in der Tagung aufzugreifen:

- Wie sieht die „Engagementlandschaft“ in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland aus (Ausprägung, Zusammensetzung der Engagierten, Motivationen...?)
- Wie können bessere Zugänge zum Engagement für Personen und Personengruppen geschaffen werden, die sich bislang weniger engagieren?
- Inwiefern kann an freiwilliges Engagement die Anforderung der Integration gestellt werden? Diskutiert und thematisiert wurde diese Frage am Beispiel der interkulturellen Integration.
- Wie ist eine staatliche Förderung des freiwilligen Engagements zu beurteilen und welche Förderpolitiken und Instrumente wirken sich in welchem Kontext förderlich für freiwilliges Engagement aus?
- Wie kann unternehmerisches Engagement für freiwilliges Engagement gefördert werden? Welches unternehmerische Selbstverständnis und welche förderlichen Faktoren wirken sich positiv auf eine aktive unternehmerische Rolle aus?
- Welche Kompetenzen werden durch das informelle Lernfeld des freiwilligen Engagements gefördert und wie können Bedingungen geschaffen werden, die diese Lernprozesse fördern?

Im Rahmen eines Plenums wurden die Fragen nach der „Topographie“ des Engagements in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland erörtert. Die Thematiken des Zugangs, der Integrationswirkung, staatlicher Förderung, der unternehmerischen Rolle sowie die Frage nach der Unterstützung der Kompetenzentwicklung wurden in Workshops erörtert. Die fachlichen Inputs deckten in allen Workshops sowohl wissenschaftliche, praxisorientierte sowie länderorientierte Perspektiven ab.

#### Von „Grenzen-Los!“ zum Europäischen Netzwerk Freiwilliges Engagement

Die erste Tagung „Grenzen-Los!“ wird nach dem Willen aller Kooperationspartner keine Eintagsfliege bleiben. Die nächste Tagung findet bereits am

25. und 26. Oktober 2010 in Zürich statt, federführend betreut durch die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) und MIGROS Kulturprozent. Derzeit wird das Programm der Tagung in 2010 erarbeitet, aufbauend auf den Ergebnissen und Erfahrungen der ersten Tagung in Konstanz. Insbesondere aber soll die Tagung es dem austragenden Land ermöglichen, länderspezifisch relevante Themen und Fragestellungen aufzugreifen.

Das Format „Grenzen-Los!“ soll nach dem Willen der Kooperationspartner Vernetzung und Austausch nicht nur bei regelmäßig stattfindenden Tagungen ermöglichen, sondern darüber hinaus Plattform und Forum für kontinuierlichen Austausch sein. Dazu soll die Formierung und das Selbstverständnis als Netzwerk beitragen. Das Anliegen der Kooperationspartner ist es, auch zwischen den Tagungen ermöglichende Bedingungen für einen Austausch von Themen und Fragestellungen für die Teilnehmenden und die Referentinnen und Referenten zu bieten.

Dies kann beispielsweise mit spezialisierten Veranstaltungen und Foren oder durch die Begleitung von Arbeitsgruppen geschehen. Um länderübergreifendes Lernen und Forschen zu fördern, könnte eine weitere Aufgabe darin bestehen, die Entstehung von überregionalen und transnationalen Projekten zu fördern. Die Förderung von Kontinuität und Austausch sind eine wichtige Basis, um die Diskussion um normative Selbstverständnisse weiter voranzubringen und so die Erarbeitung einheitlicher Konzepte und Begriffe des freiwilligen Engagements in Europa voranzubringen. Auch die Ergebnisse der Europawahl in 2009 zeigen überdeutlich, dass eine lebendige europäische Zivilgesellschaft nicht nur eine notwendige Bedingung lebendiger und stabiler Demokratien ist, sondern darüber hinaus für die Konstituierung eines Europas der Bürgerinnen und Bürger wesentlich. Ein Europäisches Netzwerk freiwilliges Engagement könnte nicht nur durch persönlichen Dialog einen wesentlichen Beitrag leisten zur Stärkung und fachlichen Reflexion der Zivilgesellschaft, sondern gleichsam als Transmissionsriemen wirken, der Fragestellungen und Themen einpeist in den europäischen Dialog zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft. Mit der erwarteten Verabschiedung des „Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit“ im Jahr 2011 könnte dieses Anliegen weitere Schubkraft erfahren.

#### Literatur

- Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar: Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zur Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 28, Wiesbaden, 2008.
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich, Wien, 2007.
- Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Wiesbaden, 2006.
- Hoch, Hans/Klie, Thomas/Wegner, Martina: 2. Wissenschaftlicher Landesbericht zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg in den Jahren 2004/2005/2006. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (Hrsg.), Freiburg, 2006.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle/Freitag, Markus/Bühlmann, Marc: Freiwilligen-Monitor Schweiz 2007, Zürich, 2007.
- Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Auswertung des Freiwilligensurveys im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart, 2006.

## Die Bedeutung des freiwilligen Engagements für Zivilgesellschaft und Demokratie

Lothar Frick

### Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement stärken die Demokratie

„Menschen, die sich einsetzen für das Gemeinwohl, sind Vorbilder, und diese Gemeinsinnigen sind mit dem, was sie bewegen, die beste, weil glaubwürdigste Werbung für Engagement. Sie handeln ganz praktisch und machen Mut. Gerade in Zeiten, wo mancher von uns befürchtet, in der Globalisierung seine Wurzeln zu verlieren, ist es wichtig, dass wir uns immer wieder selbst vergewissern, dass wir uns fragen, was wir an uns und unserem Land eigentlich schätzen. Wo können wir Vorbild sein – im Kleinen wie im Großen? Was gibt uns Halt und Heimat? Viele Menschen finden diesen Halt, indem sie bewusst auch Verantwortung für andere übernehmen. Eine lebendige Bürgergesellschaft lebt vom Engagement für die Gemeinschaft, sie lebt vom Geben und nicht vom Nehmen, sie lebt von einer optimistischen und selbst bestimmten Haltung, und – eben – vom Gemeinsinn selbstbewusster Bürger. Jeder von uns hat es in der Hand, jeden Tag etwas besser zu machen“.

Dieses Zitat stammt vom deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler. Ich stimme jedem einzelnen Satz darin zu. Aber: Irgendwie hat man das alles schon oft gehört. Manchmal beschleicht einen sogar das Gefühl, die Arbeit der bürgerschaftlich und ehrenamtlich Engagierten wird vor allem deshalb gelobt, weil damit sichergestellt ist, dass sie sich aus vielem heraushalten, was es gesellschaftlich und politisch zu lösen und zu regeln gilt.

Nach dem Motto: Wir loben Euch gerne, solange wir die politisch entscheidenden Posten besetzen. Diese Sichtweise ist mir zu pessimistisch. Aber die Auffassung, dass bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement vor allem in Sonntagsreden gelobt wird und ansonsten ein Schattendasein fristen müsse, ist durchaus verbreitet.

Dabei prägen Ehrenamtliche und Freiwillige alle Bereiche unseres Lebens: in den Kindergärten, bei der Feuerwehr, in den Selbsthilfegruppen, den Bürgerinitiativen, den Sportvereinen, den Stiftungen, in den kulturellen Einrichtungen, in der Pflege, in der Entwicklungshilfe und vielen anderen Bereichen mehr. Dieses Engagement hat etwas mit Demokratie zu tun, mehr noch: es hat vor allem etwas mit der Qualität unserer Demokratie und unserer Gesellschaft zu tun. Das gilt gleichermaßen für Deutschland, Österreich und die Schweiz. Das freiwillige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sagt auch etwas aus über das Verhältnis zwischen Staat und Staatsbürgern.

### Voraussetzungen des modernen Verfassungsstaats

Der berühmte Satz des früheren Richters am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, dass der moderne Verfassungsstaat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren könne, ist schon tausendfach zitiert worden. Und immer wieder wirkt er bei Gebrauch auf mich wie eine Entschuldigung dafür, dass der Staat und seine Repräsentantinnen und Repräsentanten daraus innerlich den Schluss ableiten könnten, der Fortbestand des modernen Verfassungsstaats hänge von Bestimmungsgründen ab, auf die politisch nur in geringem Maße Einfluss genommen werden kann. Einer solchen Auffassung müsste und muss entschieden widersprochen werden. Böckenförde sagt eigentlich nur, dass der moderne Verfassungsstaat die Voraussetzungen, von denen er lebe, nicht garantieren könne. Aber er sagt nicht, und das ist auch im Zusammenhang mit freiwilligem Engagement das Entscheidende, dass der moderne Verfassungsstaat – gemeint ist der demokratische Staat – nichts dafür tun kann, die Voraussetzungen, von denen er lebt, zu erhalten und zu stärken. Deshalb darf sich der

Staat nicht aus der Verantwortung stehlen, wenn es darum geht, den Gemeinsinn und das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger einerseits einzufordern, aber andererseits auch zu unterstützen.

In Deutschland engagieren sich über 23 Millionen Menschen ehrenamtlich. Das ist eine stattliche Zahl. Und wenn man die abzieht, die sich aus Gründen ihres ganz jungen oder ganz hohen Alters, wegen körperlicher Einschränkungen usw. nicht beteiligen, dann kann man behaupten, dass sich rund die Hälfte der deutschen Bevölkerung, die dazu in der Lage ist, irgendwie freiwillig engagiert. Ein weiteres Drittel der Deutschen wäre zudem bereit, sich unter bestimmten Voraussetzungen zu engagieren. Es gibt also noch ganz erhebliche Schätze des Mitmachens, die gehoben werden können.

Baden-Württemberg ist im Vergleich der Länder in Deutschland das Land mit den meisten ehrenamtlich Tätigen überhaupt: gemessen an der Gesamtbevölkerung sind es 42 Prozent, immerhin rund 4,5 Millionen Menschen.

Freiwilliges Engagement wird von vielen zunächst einmal gar nicht politisch verstanden, es spielt sich ab in Turn- und Sportvereinen, in Musik- und Kulturvereinen, zunehmend in der sozialen Hilfe für andere, und leider abnehmend zum Beispiel in politischen Parteien, Kirchen und Gewerkschaften.

### Die Gesellschaft im Kleinen verändern

Was bringt Menschen, nicht nur in Deutschland, dazu, sich freiwillig zu engagieren? Aufschlussreiche Studien dazu gibt es eine ganze Reihe. Ansgar Klein, der Geschäftsführer des „Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement“ hat in der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ die wichtigsten Motive für Engagement zusammenfassend dargestellt. Er stellt insbesondere heraus, dass es für ehrenamtlich Engagierte ein wesentlicher Beweggrund ihres Engagements ist, die Gesellschaft im Kleinen zu verändern und zu verbessern. 66 Prozent stimmen darüber hinaus auch der Einschätzung zu, dass ihr Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalte, 29 Prozent stimmen dem teilweise zu. Damit allein gewinnt freiwilliges Engagement schon eine politische Dimension, und angesichts der hohen Zahl an freiwillig Engagierten schlägt damit Quantität in Qualität um. Freiwilliges Engagement wird spätestens damit zu einem Grundpfeiler des

Zusammenlebens in einer offenen Gesellschaft und der demokratischen Kultur.

Natürlich sagen wiederum nur 21 Prozent der Befragten im letzten „Freiwilligensurvey“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2004, ihr Engagement sei eine Form des politischen Engagements, und weitere 27 Prozent sehen dies teilweise so. Immerhin handelt es sich zusammengenommen also schon um fast die Hälfte der Engagierten, die zumindest teilweise politische Motive im Hintergrund ihres ehrenamtlichen oder bürgerschaftlichen Wirkens sehen. Man kann vor diesem Hintergrund natürlich beklagen, dass das zu wenig ist. Aber warum? Man muss zum Beispiel nicht einem Musikverein beitreten,



Teilnehmer der Tagung „Grenzen-Los!“

wenn man politisch arbeiten will. Aber offenbar sehen doch viele in dem Motiv, die Gesellschaft im Kleinen zu verändern, doch eine politische Dimension ihres ehrenamtlichen Tuns – und Recht haben sie damit. Längst ist nachgewiesen, dass sich zum Beispiel sportliche Aktivitäten, das Erlernen eines Musikinstruments, das Einbringen in eine Gemeinschaft, die nur gemeinsam Erfolg erzielen kann, positiv auf die Persönlichkeitsbildung auswirkt, die sozialen Kompetenzen verbessert, die Kreativität erhöht und oft auch die Schulleistungen junger Menschen steigern hilft. Der Spaß kann ruhig im Vordergrund stehen – na und? Ich halte es mit dem früheren Bundesinnenminister Otto Schily, der beileibe nicht das Sinnbild des Spießbürgers in Deutschland ist. Er hat einmal gesagt, dass es genauso wichtig sei, dass ein Kind Zugang zu einem Musikinstrument habe wie zu einem Computer. Da ist viel Wahres dran. Ich habe persönlich keine Proble-

me mit Privatfernsehen, auch nicht mit Computerspielen und lauter Musik. Aber wenn ich mir ansehe, was jeden Tag im Fernsehen läuft, dann schreit es geradezu in mir. Wenn ich mir ansehen muss, dass manche Eltern nicht die geringsten Anreize setzen, ihre Kinder davon wegzubringen, sich vor allem mit Müll im Fernsehen und am Computer zu befassen, dann komme ich zum Verzweifeln. Brauchen wir in unserer Gesellschaft immer noch mehr Dieter Bohlen und nicht wieder mehr Albert Schweitzer? Brauchen wir mehr würdelose Dschungel-Shows oder mehr menschliches Ehrenamt? Brauchen wir eine Zuschauergesellschaft oder eine Mitmachgesellschaft? Ist bei uns das Glotzen wichtiger als das Hinsehen? Das Zugucken wichtiger als das Helfen? Das kann doch wohl nicht wahr sein. Ich kann nur an alle verantwortungsvollen Eltern appellieren, ihre Kinder nicht dem geist- und würdelosen Zeugs auszusetzen, das über viele unserer Kanäle läuft. Es gibt so viel Sinnvolleres, mit dem sie sich für wenig Geld beschäftigen können, auch und gerade in ehrenamtlich gestützten Angeboten. „Raus aus der Couch!“ möchte man den Stubenhockern unserer Gesellschaft zurufen. Davon gibt es immer noch viel zu viele. Tabubrüche um der Einschaltquote willen mögen sicher Aufmerksamkeit erregen; zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, den wir alle brauchen, tragen sie aber exakt Null-Komma-Null bei. Im Gegenteil: Sie richten sogar noch großen Schaden an. Was ist die Menschenwürde noch wert, wenn sie in Shows gegen Geld eingetauscht werden kann? Deshalb sind meine Vorbilder in dieser Gesellschaft die Menschen, die jeden Tag etwas für andere tun. Ich glaube, dass das in unseren Gesellschaften wieder viel klarer werden muss, wenn wir eine gute Zukunft haben möchten. Zivilgesellschaft ist dann Zivilgesellschaft, wenn sich die Menschen und ganz besonders auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten eben zivilisiert und nicht wie die Raubtiere verhalten.

### Ehrenamt und Politik

Das Funktionieren der Zivilgesellschaft und die Qualität der Demokratie in einem Land hängen aber nicht nur vom Verhalten und dem Erfüllen der Vorbildfunktion von Eliten ab. Sondern die Zivilgesellschaft und die Demokratie sind in mindestens demselben Ausmaß darauf angewiesen, dass sie sozusagen von unten her mit Leben ausgefüllt werden.

Das ist für mich die zentrale Schnittstelle, an der ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement und das Funktionieren unserer Demokratie zu gegenseitig abhängigen Variablen werden.

Deutschland hat sich immer als so genannte repräsentative Demokratie verstanden, wo anders als im politischen System der Schweiz Volksabstimmungen keine Rolle spielen, da kaum vorgesehen und meist nicht zulässig. Man wählt Vertreterinnen und Vertreter, die dann quasi treuhänderisch politische Entscheidungen für das gesamte Volk treffen. Nun kann man weder in der Schweiz noch in Österreich noch in Deutschland mit seinen über 80 Millionen Einwohnern laufend per Volksentscheid ermitteln, ob es Dosenpfand geben soll oder nicht, wie die neueste EU-Milchproduktionsrichtlinie umzusetzen ist oder wer Richter am Bundesgerichtshof werden soll. Theoretisch ist das möglich, aber die Sachkenntnis dafür kann sich mangels Zeit nun wirklich niemand aneignen. Deshalb setzen wir auf Spezialistentum auch in der Politik, unter unseren gewählten Vertreterinnen und Vertretern.

Die haben gegenüber uns ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten aber einen entscheidenden Nachteil: Sie müssen von vornherein auf das Machbare, auf den Kompromiss aus sein. Denn es gibt nun einmal Gegensätze, zumindest kurz- und mittelfristig, zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen. Man kann Geld ausgeben für den Bau von Schulen und Straßen, aber auch von Kraftwerken, für Lehrergehälter, Krankenhäuser oder Entwicklungshilfe – brauchen wir alles. Aber man kann das Geld nicht zweimal ausgeben, deshalb müssen Kompromisse geschlossen werden. Ehrenamtlich oder bürgerschaftlich Engagierte, gerade im eher politischen Raum, können da weniger zögerlich an ihre Aufgabe herangehen, da sehr oft nur ein einziges Ziel verfolgt wird: besserer Tierschutz, mehr Hilfen für sozial Benachteiligte, höhere Gehälter für die eigene Branche und so weiter. Ich erlebe es auch in der politischen Bildung bisweilen, dass die Vertreter von Nichtregierungsorganisationen als vertrauenswürdiger wahrgenommen werden als gewählte Politikerinnen und Politiker.

Das halte ich nun für eine ganz falsche Sichtweise. Nichts gegen das Engagement für alles Mögliche, vom Umweltschutz bis zum Erhalt des Stadttheaters – aber der uneigennützig Einsatz für eine Sache gibt einem noch kein Mandat und schon gar nicht automatisches Recht. Die Entscheidungskompetenz,



davon bin ich felsenfest überzeugt, muss bei den Menschen bleiben, die wir in die Parlamente gewählt haben oder aber vom gesamten Volk entschieden werden. Ehrenamtler und bürgerschaftlich Engagier-te haben oft hohe Sachkompetenz und häufig hohe Ansprüche an sich selbst, aber entschieden werden sollte von denjenigen, die dafür gewählt worden sind. Mit einer Ausweitung der Volksentscheide in Deutschland hätte ich allerdings, das will ich als meine persönliche Meinung hinzufügen, keine Probleme. Die Nichtregierungsorganisationen sind nicht die moralisch und ethisch sowie juristisch höher zu bewertenden Instanzen; sie vertreten meist eine gute Sache – aber eben meist nur eine, und nicht das Volk. Machen Sie sich einmal die Mühe und blättern Sie zum Beispiel das Handbuch des Landtags von Baden-Württemberg durch. Unter den rund 130 Biographien der Abgeordneten, die Sie nachlesen können, werden Sie kaum eine finden, wenn überhaupt, in der nicht mindestens Spuren von bürgerschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement vorhanden sind. Die allermeisten Abgeordneten haben sogar so etwas wie eine ehrenamtliche Karriere hinter sich beziehungsweise sind noch mitten drin. Sie werden in Baden-Württemberg auch kaum einen Gemeinderat oder eine Gemeinderätin finden, der oder die sich nicht im Ehrenamt engagiert. Man kann also schwerlich von zwei getrennten Sphären ausgehen – hier die bösen Politiker und ihre eigennützigen Parteien auf der einen, dort die Lichtgestalten im Ehrenamt auf der anderen Seite. Das bildet die Wirklichkeit anders ab. Und es soll auch schon gemeinnützige Vereine und Verbände gegeben haben, die aufgrund persönlicher Eifersüchteleien und moralischen Fehlverhaltens Einzelner in schwere Wasser oder sogar in Verruf geraten sind. Also tragen wir lieber nicht zu dick auf, was solche Dinge angeht. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement wird erst dann richtig glaubwürdig, wenn wir die ethischen Maßstäbe, die wir gerne und zu Recht für die Politik gelten lassen, auch an uns selber anlegen.

Es muss aber vor allem die Parteien mit Sorge erfüllen, wenn sie einen Blick auf ihre Mitgliederstatistiken werfen. Die SPD allein hat seit 1990 über 400.000 Mitglieder verloren. Das Durchschnittsalter der großen Volksparteien liegt mittlerweile bei rund 60 Jahren. Sie sind, drastisch gesprochen, auf dem Weg dazu, große Altersheime zu werden. Nicht, dass

sich zu viele ältere Menschen in den Parteien engagieren würden – das Gegenteil ist der Fall. Aber es engagieren sich viel zu wenig junge Menschen in den Parteien. Das kann uns als Staatsbürger nicht egal sein, wenn wir wissen, dass ein Großteil des politischen Personals in den Parlamenten aus den Parteien kommt und weiter kommen wird. Je größer die Auswahl auch in Zukunft sein wird, umso besser. Dann sinken nämlich die Chancen derjenigen, denen es vor allem auf die eigene Karriere und weniger auf Sinn und Verstand von Entscheidungen ankommt. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist ein wesentlicher Faktor, wenn man über Parteien in Wahlämter oder in Parlamentsessel gelangen möchte. Gut so. Vielleicht könnte das aber auch Anlass für die Parteien sein, ihre Strukturen zu überprüfen und das eine oder andere aus dem ehrenamtlichen Sektor zu übernehmen. Dort arbeiten heute längst nicht mehr nur Vorstände oder Präsidien, die die Geschicke lenken. Sondern es gibt eine Vielzahl an Teams und Projektgruppen, die einen Auftrag haben, den sie selbstständig bearbeiten und erledigen. Man ist nicht mehr gezwungen, andauernd eine



Teilnehmer der Tagung „Grenzen-Los!“

Menge Zeit einzubringen. Das könnten auch die Parteien bewerkstelligen. Wer sich einmal, wenn vielleicht auch nur kurzfristig, sinnvoll einbringen kann, der ist viel leichter auch für ein längerfristiges Mitwirken zu gewinnen. Und zu etwas mehr Offenheit möchte ich auch raten – ich habe es verschiedentlich erlebt, wie sich die Augen verdreht haben, wenn jemand in einer öffentlichen Parteiversammlung mal eine kritische Anmerkung gemacht hat. Warum zum Beispiel soll

bei der CDU kein Platz sein für einen Kernkraftgegner oder bei den Grünen für einen Abtreibungsgegner, wenn ansonsten der größte Teil der inhaltlichen Positionen mitgetragen wird? Da zitiere ich gerne meinen früheren Chef Heiner Geißler: „Wo alle dasselbe denken, da wird nicht viel gedacht“. Die Demokratie selbst ist noch stabil; aber sie muss es auch bleiben, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse schwieriger werden. Als Schönwetterveranstaltung allein ist sie nicht überlebensfähig. Überzeugte Anti-Demokraten gibt es nicht so viele – sie werden auf ungefähr vier Prozent der Bevölkerung veranschlagt. Die Zustimmung zu Demokratie als Staatsform liegt weiterhin bei hohen Werten. Aber die Zufriedenheit mit ihren Leistungen hat deutlich abgenommen; fragt man danach, ist mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung unzufrieden. Demokratie, so schreibt der Journalist Werner Birkenmeier in der Stuttgarter Zeitung, „muss sich fortentwickeln zu einer partizipatorischen Demokratie“. Ich glaube, er hat Recht; die Zeit der großen politischen Kampfgemeinschaften und fest gefügten Ideologien ist wohl vorbei. Gerade junge Menschen möchten sehr wohl feste Grundsätze haben, an denen sie sich orientieren können; aber verbunden mit Offenheit für Neues, neue Wege wie auch neue Gesichter.

### Von Hürden und Schwierigkeiten

Im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen Engagement schlummert also viel Potenzial für die „etablierte“ Politik. Es gibt keine besseren Verbündeten für diejenigen, die in demokratischen Parteien und in unseren Parlamenten Verantwortung tragen als Menschen, die in der Gesellschaft für sich und für andere Verantwortung übernehmen. Und allein schon deshalb – natürlich nicht nur deshalb, täte die Politik gut daran, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement weiter zu verbessern. „Es setzt sich“, so schreibt Ansgar Klein, „erst allmählich die Einsicht durch, dass der Staat durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft auch sich selber zu stärken vermag“ – da sind wir wieder bei dem, was im berühmten Böckenförde-Zitat außer Acht gelassen wird. Es geht nicht um Bezahlung oder Vergütung – das wäre im Endeffekt eine Abwertung freiwilligen Engagements. Sondern es geht darum, die Bedingungen

für solches Engagement zu optimieren. Ein Beispiel dafür – ich kann auch hier nur aus deutscher Sicht sprechen – ist die Steuergesetzgebung. Jeder mittelgroße Verein leistet sich heutzutage einen Steuerberater. Warum? Weil das Ausmaß der Regelungen für den normalen Vereinsvorstand nicht mehr zu überblicken ist, Vorsteuerabzüge, Umsatzsteuerpflicht, Gerichtsurteile, Pauschalen und, und, und. Woraus ist das Ganze entstanden? Aus der Annahme, dass Vereine der privaten Wirtschaft in manchen Bereichen, vor allem der Gastronomie Konkurrenz machen würden. Man müsste nur das Fernsehen abschaffen, und die Kneipen wären wieder voll. Nein, im Ernst: Vereine sind alles andere als Konkurrenz zur privaten Gastronomie, sie verschaffen dieser sogar zusätzliche Einnahmen. Jeder Euro, den gemeinnützige Vereine und Organisationen einnehmen, wird wieder in unsere Gesellschaft investiert: er wird zu Musikinstrumenten, zu Übungsleiterfortbildungen, zu Kulturveranstaltungen und vielem anderem mehr. Es ist doch nachgerade schizophrene, Spenden an Vereine steuerlich zu begünstigen, deren eigene Einnahmen aber der Steuer zu unterwerfen. So werden Sponsoren wichtiger als eigener Einsatz. Das passt auch im Sinne der Förderung ehrenamtlichen Engagements einfach nicht zusammen.

Zweites Beispiel: Der Musikverein, den ich leite, wird gerade vom Finanzamt routinemäßig auf seine Gemeinnützigkeit hin überprüft. Wir haben kein Problem damit, es gibt nichts zu verbergen, wir stellen die nötigen Unterlagen bereit, und den Steuerberater bezahlen wir obendrein. Wir geben unser Geld zu einem Großteil für Jugendausbildung und Instrumente aus. Jetzt kommt also das Finanzamt, dessen Bedienstete immer wieder in der Heimatzeitung lesen können, welche Aktivitäten unser Musikverein entfaltet: Feste, Konzerte, Wertungsspiele, Jugendfreizeiten und vieles mehr. In derselben Zeitung lese ich im überregionalen Teil, dass in den Finanzämtern des Landes Betriebsprüfer fehlten, dazu seien weder Geld noch Stellen da, und dass dies zu Steuerausfällen in dreistelliger Millionenhöhe führe. Und das lese nicht nur ich als Vereinsvorsitzender, sondern das lesen auch andere, die viel freie Zeit in ihre Ehrenämter einbringen. Politikverdrossenheit hat manchmal eine sehr konkrete Seite.

Drittes Beispiel: Thema Versicherungen. Kein Hand-schlag, der nicht versichert werden müsste. Was wir brauchen, ist eine pauschale Ehrenamts- oder Vereinsversicherung – aber keiner bietet sie an. Wir schlagen uns also mit verschiedenen Policen durch, mal über den Blasmusik-Kreisverband, mal über den Landesverband, mal über eigene Abschlüsse – für einzelne Konzerte mit besonderen Aufbauten, für einzelne Busfahrten und so weiter. Das ist nicht nur ein immenser Kostenfaktor, sondern auch ein bürokratischer Aufwand, der erheblich reduziert werden könnte. Wir ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten wollen kein zusätzliches Geld – wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur und vor allem Frei-räume. Wir wollen nichts verdienen, aber effizient und effektiv arbeiten. Das müssen wir auch, denn sonst lässt die Bereitschaft zum Mitmachen spürbar nach, und die privatwirtschaftlichen Freizeitangebo-te von der Bum-Bum-Diskotheke bis zur Spielhöhle – wenig Sinn, viel Gewinn – werden attraktiver. Wir brauchen aber eine neue Kultur der gesellschaftli-chen Verantwortung, gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft zu erschüt-tern drohen. Es sind gerade die ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten, die nicht wollen, dass der Staat alles an sich reißt und sich um alles küm-mert, weil dadurch Spielräume der Zivilgesellschaft, der Eigenverantwortung einer selbstbewussten Bürgerschaft verringert würden. Aber es kann auch nicht sein, dass bürgerschaftliches Engagement als eine Art Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge gese-hen wird. Das wäre eine gewaltige Überforderung. Es wird für den ehrenamtlichen Sektor und das bü-rgerschaftliche Engagement nichtsdestotrotz zuneh-mend wichtiger, hochprofessionelle Arbeit zu ma-chen und Projekte, Mitwirkungsmöglichkeiten und Freizeitangebote zur Verfügung zu stellen, die den hohen Ansprüchen der Menschen in einer Konsum-gesellschaft gerecht werden. Was andere mit Geld bewerkstelligen können, erfordert im ehrenamtli-chen und bürgerschaftlichen Engagement vor allem den Einsatz von Zeit, die auch ein knappes Gut ist. Deshalb sind gute Rahmenbedingungen so wichtig.

### Politische Bildung – damit Zivilgesellschaft wirkt

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Verhältnis von Zivilgesellschaft und politischer Bil-

dung, von freiwilligem Engagement und politischer Bildung. Wie kann politische Bildung dazu beitragen, dass Zivilgesellschaft gelingt? Dass Zivilgesellschaft wächst? Oder, um mit Liz Mohn von der Bertels-mann-Stiftung zu sprechen, dass „Zivilgesellschaft wirkt“?

Ich denke, dass staatliche politische Bildung vor allem zwei Aufgaben erfüllen kann.

Sie kann erstens einen erheblichen Beitrag dazu leisten, dass Menschen, die sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren, sich inhaltlich und methodisch fortbilden können, um den gestiegenen Ansprüchen an die Professionalität solcher Engagements gerecht zu werden. Themenkompetenz, Methodenkompetenz, das können wir vor allem für diejenigen vermitteln, die sich im politischen oder politiknahen Bereich bewegen. Wir können auch dazu beitragen, dass Netzwerke entstehen, die einen Austausch, also das Voneinander-Lernen engagier-ter Menschen über spezielle Themen, soziale Herkunft und Ländergrenzen hinweg ermöglichen. Ein zweites muss aber hinzukommen: Funktionen, Mechanismen und Abläufe der politischen Arena auch zu kennen. Politische Bildung muss Verständ-nis dafür vermitteln, dass immer in Abwägung der Wichtigkeit verschiedener manchmal hoher Güter, vor dem Hintergrund knapper Mittel, unter medialem oder zeitlichem Druck entschieden wird und entschieden werden muss. Wir wollen schließ-lich keine vermeintlichen „Idealisten“, die nur noch den eigenen Garten sehen, aber nichts mehr, das beim Nachbarn blüht.

Demokratien unterscheiden sich von Diktaturen da-durch, dass sie die Menschenrechte garantieren. Demokratien unterscheiden sich von Diktaturen dadurch, dass wir wählen können, wer uns regiert. Demokratien unterscheiden sich von Diktaturen – und hier kommt die Zivilgesellschaft massiv ins Spiel – dadurch, dass es eine Vielzahl von Menschen gibt, die Bürgersinn, Zivilcourage, Solidarität und humanes Engagement leben und vorleben. Die Unzufriedenheit, die wir im Osten Deutschlands mit der Demokratie haben und der schleppende Über-gang in den Staaten der früheren Sowjetunion hin zu mehr Demokratie liegen zu weiten Teilen darin, dass es dort über viel zu lange Zeit hinweg an solchem zivilgesellschaftlichen Engagement gefehlt hat; das wirkt bis heute nach und muss erst langsam ausge-baut werden – aber das wäre ein ganz neues Thema.

### Haben oder Sein

Robert Hahn, der im baden-württembergischen Sozialministerium die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement leitet, schreibt meines Erachtens zu Recht, dass wir in Zukunft zum aktiven Mitgestalten eines lebendigen demokratischen Gemeinwesens mehr Menschen brauchen, die sich einmischen, die mitgestalten und mitbestimmen.

Kann das gehen, in einer Zeit, in der der Wohlstand zurückgeht, in der sich Menschen wieder Sorgen um ihre Arbeitsplätze, sogar ihr Ersparnis machen müssen?

Betrachten wir die Sache aber einmal positiv, von einer anderen Seite. Die momentane Situation, in die uns verantwortungslose wirtschaftliche Eliten gebracht haben, hat vielleicht auch ihre guten Sei-ten. Denn vielen Menschen wird jetzt klar, dass wir uns entscheiden müssen, was uns für die Zukunft wichtiger ist: Haben oder Sein. Das eine schließt das andere nicht aus, aber die Frage ist, was im Vorder-ground steht. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass nur eine Minderheit sich für die materielle Seite ent-scheidet. Lebensqualität, das merken immer mehr Menschen, bemisst sich nicht allein in der Höhe des Einkommens und Vermögens. Leistung erbringt man nicht nur in der Arbeitswelt. Leistung drückt sich nicht nur aus in dem, was man bekommt. Leistung drückt sich auch darin aus, was man gibt. Diese Einsichten setzen sich zunehmend wieder durch. Noch einmal Horst Köhler: „Jeder von uns hat es in der Hand, jeden Tag etwas besser zu machen“.

### Literatur

Der Bürger im Staat (BIS), Bürgerschaftliches Engagement, Nr. 4-2007.  
Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Wiesbaden, 2006.

# Topographie des freiwilligen Engagements in Deutschland

Thomas Olk



**Prof. Dr. Thomas Olk**

ist Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpädagogik und Sozialpolitik am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Außerdem ist er unter anderem Vorsitzender des Sprecherates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Freiwilliges beziehungsweise bürgerschaftliches Engagement hat in Deutschland eine lange Tradition. So haben etwa im Verlaufe des 19. Jahrhunderts unterschiedliche Formen des bürgerschaftlichen Engagements (bürgerliche Sozialreform, Frauenbewegung, christliche Bewegungen sowie die Stein-Hardenbergsche Kommunalreform) zur Entstehung des deutschen Sozialstaates beigetragen. Dennoch führten Formen des freiwilligen beziehungsweise bürgerschaftlichen Engagements in der Folgezeit ein Schattendasein, was nicht zuletzt mit der Expansion des deutschen Sozialstaates zusammenhängt. Erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stieg ange-

sichts der Grenzen des Wachstums des Wohlfahrtsstaates die Aufmerksamkeit für die unterschiedlichen Formen des freiwilligen Engagements wieder an. Mit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF) im Jahre 2001 und der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (1999 bis 2002) erhielt das freiwillige Engagement sogar eine prominente öffentliche Sichtbarkeit, die mit der Initiative Zivil-Engagement (IZE) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und dem Nationalen Forum für Engagement und Demokratie einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

## Begriffliche Traditionen

In Deutschland gibt es bis heute keinen Konsens hinsichtlich der Begrifflichkeit. Traditionell werden unentgeltliche und freiwillige Tätigkeiten im öffentlichen Raum mit dem Begriff des Ehrenamtes belegt. Inzwischen werden neben dem klassischen Begriff des Ehrenamtes insbesondere die Termini „freiwilliges Engagement“ und „bürgerschaftliches Engagement“ gebraucht. So verständigte sich die Enquete-Kommission im Jahr 1999 auf den Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“, um im Anschluss an republikanische Denktraditionen die gesellschaftspolitische Dimension freiwilligen Handelns zu betonen. Der erstmalig im Jahre 1999 in Auftrag gegebene Freiwilligenurvey spricht relativ neutral von „freiwilligem Engagement“. Hinsichtlich der operativen Dimension gibt es allerdings Konsens dahingehend, dass es sich bei (freiwilligem beziehungsweise bürgerschaftlichem) Engagement um freiwillige, nicht auf materiellen Gewinn gerichtete, gemeinwohlorientierte und im öffentlichen Raum stattfindende Tätigkeiten handelt, die in der Regel gemeinschaftlich beziehungsweise kooperativ ausgeübt werden.

## Freiwilliges Engagement in Deutschland – Ausmaß und Struktur

Für Deutschland liegen unterschiedliche empirische Erhebungen zu Umfang und Struktur des Engagements vor. Neben dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) wird freiwilliges unentgeltliches Handeln auch im European Social Survey (ESS) und im Freiwilligenurvey (FS) erfasst. Allerdings unterscheiden sich diese Erhebungen hinsichtlich ihres Konzepts und des Erhebungsdesigns. Während das SOEP und der ESS im engeren Sinne nach ehrenamtlicher Arbeit fragen, und zusätzlich auch die „informelle Hilfe“ (ESS) beziehungsweise die politische Partizipation (SOEP) erfassen, verfolgt der FS einen breiten Untersuchungsansatz, in dem ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen unentgeltlicher und freiwilliger Tätigkeiten mit einem einheitlichen Vorgehen erfasst wird. Die Befunde der unterschiedlichen Erhebungen lassen sich daher nicht direkt vergleichen. International vergleichende Angaben lassen sich allerdings nur aus dem ESS ableiten. Danach liegt der prozentuale Anteil ehrenamtlich Aktiver mit 24,6 Prozent in Deutschland deutlich über dem internationalen Durchschnitt (der bei 17,6 Prozent liegt).

Die höchsten Beteiligungsquoten weisen Norwegen (36,6 Prozent), Schweden (34,7 Prozent) und die Niederlande (30,6 Prozent) auf, die niedrigsten dagegen Italien (4,6 Prozent), Polen (5,6 Prozent) und Portugal (6,1 Prozent). Was die Tätigkeitsfelder anbelangt, in denen sich Menschen engagieren so weisen die nordischen Länder vergleichsweise hohe Werte im Bereich Freizeit (inklusive Sport) auf, südliche Länder im Bereich Politik/Gewerkschaften, während in den USA, Belgien und Irland insbesondere der Sozialbereich führend ist. Der internationale Vergleich von Engagementquoten zeigt, dass es kein Verdrängungsverhältnis zwischen sozialstaatlichen Leistungen und freiwilligem Engagement gibt; im Gegenteil: in allen Ländern, in denen der Sozialstaat gut ausgebaut ist, sehen wir auch hohe Engagementquoten, während in den Ländern mit einem schwächer ausgebauten Sozialstaat eher niedrige Engagementquoten vorherrschen.

## Ausgewählte Befunde des Freiwilligenurveys

Noch vor wenigen Jahren überwog in der öffentlichen Debatte ein Krisendiskurs hinsichtlich der Zukunft des freiwilligen beziehungsweise bürger-

schaftlichen Engagements in Deutschland. Vor dem Hintergrund der Diagnose eines „Werteverfalls“ und einer Tendenz zur „Ellenbogengesellschaft“ wurde eine dramatische Abnahme der Bereitschaft zu freiwilligem Engagement befürchtet. Behauptungen solcher Art konnten bis Ende der 1990er Jahre weder bestätigt noch widerlegt werden, da es keine Längsschnittuntersuchungen zur Entwicklung des freiwilligen Engagements gab. Mit der Einführung des Freiwilligenurveys im Jahre 1999 wurde daher der Versuch unternommen, ein Instrument der Dauerbeobachtung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen. Es handelt sich um eine repräsentative Telefonbefragung der deutschen Wohnbevölkerung über 14 Jahre (circa 15.000 Befragte). Die erste Welle wurde im Jahre 1999, die zweite 2004 und die dritte 2009 durchgeführt. Freiwilliges Engagement wird in einem zweistufigen Verfahren erfasst. In einem ersten Schritt wird nach der öffentlichen Beteiligung der Befragten in Gruppen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen im Sinne eines „bloßen“ Mittuns gefragt – eine Beteiligungsform, die als „Gemeinschaftsaktivität“ bezeichnet wird. Erst danach wird gefragt, ob im Kontext der Gemeinschaftsaktivität eine freiwillige Aufgabe oder ein Amt übernommen wird. Darüber hinaus werden unterschiedliche Intensitätsgrade des freiwilligen Engagements erfasst, indem neben der erst genannten Betätigung auch mögliche zweite oder dritte Engagements abgefragt werden. Auf diese Weise konnte der Freiwilligenurvey belegen, dass die Anzahl der in Deutschland freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger weitaus höher ist als vielfach angenommen wurde. So übten im Jahre 1999 34 Prozent der Befragten eine oder mehrere Tätigkeiten im Sinne eines freiwilligen Engagements aus, was circa 22 Millionen Bundesbürgern entspricht. In der zweiten Welle 2004 bestätigte sich dieser Befund; dieses Mal hatten sogar 36 Prozent der Befragten angegeben, sich in irgendeinem Bereich zu engagieren. Dies bedeutet, dass sich im Jahre 2004 die Anzahl sowohl derjenigen Personen, die freiwillig engagiert waren, als auch derjenigen, die mehr als nur eine freiwillige Tätigkeit ausübten, erhöht hat. Hatten 1999 erst 37 Prozent der Engagierten mehr als eine freiwillige Aufgabe übernommen, so waren es 2004 bereits 42 Prozent. Getragen wurde dieses Wachstum sowohl der Gemeinschaftsaktivität als auch des freiwilligen Engagements von der Altersgruppe der

ab 60-Jährigen, wobei insbesondere die Gruppe der 60 bis 69-Jährigen (die jungen Alten) hierzu beigetragen hat. Darüber hinaus waren es vor allem die Frauen, die zu diesem Wachstum beigetragen haben. Was die soziale Struktur des freiwilligen Engagements anbelangt, so zeigt sich, dass insbesondere diejenigen Personen überdurchschnittlich engagiert sind, die über einen großen Freundes- und Bekanntenkreis verfügen, eine hohe Kirchenbindung aufweisen, in einem Haushalt von vier und mehr Personen leben beziehungsweise über einen höheren Bildungsabschluss verfügen. Differenziert man zwischen nicht-materiellen und materiellen Bedingungsfaktoren, dann hat in dem Jahrfünft zwischen 1999 und 2004 die Erklärungskraft von nicht-materiellen Variablen (wie zum Beispiel Kirchenbindung, Werthaltungen etc.) gegenüber materiellen Variablen wie zum Beispiel Einkommen zugenommen. Hinsichtlich des Erwerbsstatus zeigt der Freiwilligensurvey, dass Erwerbstätige die höchsten Engagementquoten aufweisen. Hervorzuheben ist, dass bei den Arbeitslosen die Engagementquote von 23 Prozent auf 27 Prozent und die der Rentner/Pensionäre von 24 Prozent auf 28 Prozent – und damit überdurchschnittlich – angestiegen ist. Differenziert man die freiwillig Engagierten nach Altersgruppen, dann zeigt sich, dass die 40 bis 49-Jährigen zu beiden Befragungszeitpunkten die höchsten Engagementquoten aufweisen, gefolgt von 50 bis 59-Jährigen und den 14 bis 19-Jährigen. Mit einem Anstieg von 31 Prozent auf 37 Prozent ist die Engagementquote insbesondere unter den jungen Alten (60 bis 69 Jahre) gewachsen. Was die Tätigkeitsbereiche anbelangt, so bleibt der Bereich „Sport und Bewegung“ nach wie vor der mit Abstand größte Bereich, gefolgt von „Schule/Kindergarten“, „Kirche und Religion“ sowie „Kultur und Musik“ sowie dem „sozialen Bereich“. In dem Zeitraum zwischen 1999 und 2004 sind insbesondere die Bereiche „Kindergarten/Schule“, „außerschulische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung“ sowie der „soziale Bereich“ gewachsen. Dabei geht diese Zunahme in den beiden erstgenannten Bereichen auf das Konto der jungen Leute (14 bis 30 Jahre), während das Wachstum des „sozialen Bereichs“ vor allem durch Menschen ab 40 Jahre getragen wird. Hinsichtlich der Motive für das freiwillige Engagement zeigt sich, dass die freiwillig Engagierten (in dieser Reihenfolge) durch ihr Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten

wollen, vor allem mit anderen Menschen zusammenkommen wollen, ihr Engagement für eine Aufgabe halten, die gemacht werden muss und für die sich jedoch schwer jemand findet (Pflichtmotiv) bzw. ihr Engagement auch als eine Form von politischem Engagement verstehen. Auch das Engagementpotenzial ist in dem Untersuchungszeitraum angestiegen. So stieg der Anteil der bislang nicht engagierten Befragten, die zum freiwilligen Engagement bestimmt bereit wären, von 10 auf 12 Prozent und der Anteil derjenigen, die zum freiwilligen Engagement eventuell bereit wären, von 16 auf 20 Prozent an. Bei den Arbeitslosen ist die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement seit 1999 sogar um 11 Prozentpunkte angestiegen. Obwohl die Hoffnungen auf eine Ausbreitung generationsübergreifenden Engagements (Jung für Alt, beziehungsweise Alt für Jung) erheblich sind, zieht es die überwiegende Mehrzahl der Engagierten, deren Engagement überhaupt eine Zielgruppe hat, vor, mit Menschen zu arbeiten, die in einem ähnlichen Alter sind wie sie selbst. So haben junge Menschen in ihrem Engagement sehr häufig etwas mit Kindern und Jugendlichen zu tun und ältere Menschen arbeiten überwiegend für ältere Menschen. Diese Tendenz verstärkt sich, je jünger beziehungsweise älter die Befragten sind.

#### Was erwarten die Engagierten von Unternehmen beziehungsweise dem Staat?

Insgesamt schätzen die Befragten die Unterstützung ihres Engagements durch Unternehmen als unzureichend ein. Während 53 Prozent der Befragten sich nicht durch ihr Unternehmen unterstützt sehen, berichten 29 Prozent der Befragten von entsprechenden Unterstützungen. Dabei leisten Institutionen des öffentlichen Dienstes sowie des gemeinnützigen (und hier insbesondere des kirchlichen) Bereiches die meiste Unterstützung, während sich die Situation in der privaten Wirtschaft ungünstiger darstellt. Zu den erwarteten Unterstützungen gehören Freistellungen für das Engagement, die Möglichkeit der Nutzung der Infrastruktur des Unternehmens, flexible Arbeitszeitgestaltung und die Anerkennung des Engagements zum Beispiel durch Lob und Beförderungen. Hinsichtlich der Erwartungen an den Staat sinkt die Bedeutung materieller Fragen (wie steuerliche Absetzbarkeit der Aufwandsentschädigungen), wäh-

rend eine bessere Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements nach wie vor an der Spitze der Verbesserungsvorschläge steht. Insbesondere ältere Menschen über 65 Jahre stuften diesen Punkt deutlich verbesserungswürdig ein als 1999. Ältere Menschen haben zwar den besten Zugang zu öffentlichen Beratungs- und Kontaktstellen, schätzen aber die öffentliche Information zunehmend als verbesserungswürdig ein.

#### Fazit und politischer Handlungsbedarf

1. Zusammenfassung der empirischen Befunde
  - Das quantitative Ausmaß des freiwilligen Engagements ist in Deutschland mit 36 Prozent durchaus (für manche überraschend) hoch; mit dieser Engagementquote befindet sich Deutschland im internationalen Vergleich im oberen Mittelfeld.
  - Allerdings gibt es eine hohe soziale Selektivität nach Bildungsstand, sozialer Vernetzung, ethnischer Zugehörigkeit, beruflicher Tätigkeit, etc.; insofern bestätigt sich die Gültigkeit des Ressourcenansatzes zur Erklärung des bürgerschaftlichen Engagements
  - Viele Organisationen klagen dennoch über einen Rückgang ehrenamtlicher Beteiligung und schwindender Bereitschaft zur Ausübung langfristiger bindender Engagements etwa im Führungs- und Leitungsbereich; hier erweist sich ein weiteres Mal, dass freiwilliges Engagement eine schwer zu bindende Ressource ist, die entsprechender Rahmenbedingungen bedarf
2. Politischer Handlungsbedarf
  - Seit dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ sind viele Schritte unternommen worden (Haftpflicht- und Versicherungsschutz, Ehrenamts-Card, Ehrenamts-Nachweise, Stabsstellen in Ministerien, lokale, Landes- und Bundesnetzwerke etc., Ausbau der Infrastruktur, Initiative ZivilEngagement, Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag etc.).
  - Allerdings gibt es weiterhin eine Reihe von Problemen und entsprechenden Handlungsbedarf:
    - » Die Infrastruktur zur Förderung des Engagements hat nach wie vor keine nachhaltige Finanzbasis.

- » Es herrschen weiterhin befristete Programme und Projekte vor, bei deren Auslaufen getätigte Investitionen nicht selten verpuffen.
- » Es gibt eine stark ausgeprägte Tendenz, das bürgerschaftliche Engagement auf „Helfen“ und „Gut-Tun“ zu reduzieren, während das Interesse an Mit-Entscheiden, Partizipation usw. gerne ausgeblendet wird.
- » Es herrscht eine große Unsicherheit bei den politischen Akteuren darüber, was die Ressource „bürgerschaftliches Engagement“ zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen (Integration, demografischer Wandel, Rechtsextremismus etc.) beitragen kann.

#### Literatur

Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Wiesbaden, 2006.  
 Gensicke, Thomas/Olk, Thomas/Reim, Daphne/Schmidhals, Jenny/ Diemel, Hans-Luidger: Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Erfolge und Herausforderungen, Wiesbaden, 2009.

# Topographie des freiwilligen Engagements in der Schweiz

Isabelle Stadelmann-Steffen



### Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen

ist Projektmitarbeiterin am Lehrstuhl für Vergleichende Politik der Universität Konstanz. Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind die vergleichende Policy-Forschung, Wahl- und Abstimmungsdemokratie sowie zivilgesellschaftliches Engagement und Sozialkapital. Sie ist Mitautorin der Monographie „Freiwilligen-Monitor Schweiz 2007“.

Organisationsstrukturen ausgeübt werden (formelle Freiwilligkeit), (2) um freiwillige Arbeiten wie Nachbarschaftshilfe oder das Hüten fremder Kinder, die außerhalb solcher Organisationsstrukturen stattfinden (informelle Freiwilligkeit), sowie (3) um das Spenden von Geld oder Naturalien. Die wichtigsten Ergebnisse hinsichtlich dieser drei Freiwilligenformen können wie folgt zusammengefasst werden:

### Formelle Freiwilligkeit

Rund ein Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung ist innerhalb von Vereinsstrukturen freiwillig engagiert. Hierbei können die bereits in früheren Untersuchungen festgestellten Unterschiede zwischen der Romandie beziehungsweise dem Tessin und der Deutschschweiz bestätigt werden. In der Deutschschweiz sind substantiell mehr Personen freiwillig tätig, als dies in der lateinischen Schweiz der Fall ist. Dies gilt nicht nur für freiwillige Tätigkeiten im Allgemeinen, sondern ebenso für die Übernahme von Ehrenämtern im Besonderen. Mit einem Bevölkerungsanteil von gut zehn Prozent sind die meisten der formell Freiwilligen in Sport- und Freizeitvereinen tätig. Umgekehrt engagieren sich weniger als zwei Prozent in politischen Parteien oder in Menschenrechts- und Umweltverbänden. Darüber hinaus ist ein hoher sozialer Status, das heißt eine hohe Bildung, ein hohes Haushaltseinkommen und eine gute berufliche Stellung dem freiwilligen Engagement grundsätzlich förderlich. Demgegenüber ist die verfügbare Zeit nicht das wesentliche Merkmal formell Freiwilliger (vgl. auch Nollert und Huser 2006, 31). Gerade Bevölkerungsgruppen, die im Prinzip über zeitliche Ressourcen verfügen, um sich in Vereinen und Organisationen freiwillig zu betätigen, wie etwa Rentner, Arbeitslose oder Teilzeiterwerbstätige, engagieren sich nicht so stark wie erwartet (vgl. dazu auch Erlinghagen 2000).

Vielmehr ist die soziale Integration – sei es über den Beruf oder über familiäre Beziehungen und Freunde – von zentraler Bedeutung für ein freiwilliges oder ehrenamtliches Engagement.

### Informelle Freiwilligkeit

In der Schweiz sind insgesamt über 37 Prozent der Bevölkerung informell, also außerhalb von Vereinen und Organisationen, freiwillig tätig. Ähnlich wie beim formell freiwilligen Engagement ergeben sich dabei erhebliche regionale Unterschiede. Vor allem in den Kantonen der Ost- und Zentralschweiz ist das informelle Engagement ausgeprägt, während in der Romandie und im Tessin ein deutlich geringerer Anteil von Personen informelle Freiwilligentätigkeit ausübt. Die informelle Freiwilligkeit kann dabei überwiegend mit persönlichen Hilfeleistungen für Freunde und Bekannte beschrieben werden: Rund zwei Drittel der informell Freiwilligen gehen im Rahmen ihres Engagements anderen Menschen zu Hilfe. Dieses stark altruistische Element dürfte begründen, warum Frauen im informellen Bereich der Freiwilligkeit tendenziell stärker vertreten sind (Wilson und Musick 1997, 700f.). Während knapp ein Drittel der Männer in der Schweiz informell freiwillige Aufgaben übernimmt, sind rund 43 Prozent der Frauen informell freiwillig engagiert. Damit zeigt sich ein im Vergleich zur formellen Freiwilligkeit umgekehrtes Geschlechterverhältnis. Aus den Befunden zur informellen Freiwilligkeit kann insgesamt der Schluss gezogen werden, dass der informelle Bereich insbesondere jenen Gruppen gute Möglichkeiten zu freiwilligen Tätigkeiten bietet, deren soziale Integration gerade nicht über den Arbeitsmarkt verläuft. Zu nennen sind hier neben Hausfrauen auch Rentner und Arbeitslose, die im Vergleich zur Freiwilligkeit in Vereinen und Organisationen im informellen Bereich ein stärkeres Engagement zeigen.

### Spenden

Das Spenden von Geld oder Naturalien ist die am weitesten verbreitete Art des freiwilligen Engagements. Rund drei von vier Personen der Schweizer Wohnbevölkerung über 15 Jahren geben an, Geld oder Naturalien zu spenden. Die hohe Spendentätigkeit im Vergleich zu den Beteiligungsraten im Bereich der freiwilligen Arbeit ist in erster Linie auf die geringen (immateriellen) Anforderungen an ein Individuum

zurückzuführen. Wichtigste Voraussetzung ist hier insbesondere eine sozioökonomisch gesicherte Situation, die es erlaubt, zumindest einen kleinen Betrag des Einkommens abzugeben. Die Spenden-tätigkeit wird auch im Alter beibehalten, während ein freiwilliges Engagement in oder außerhalb von Organisationen und Vereinen häufig aufgegeben wird. Der vielleicht größte Unterschied zwischen dem Spenden und der Ausübung freiwilliger Arbeiten ist jedoch, dass für Ersteres bestimmte Werte und Einstellungen wesentlich wichtiger sind: Der Spendentätigkeit liegt die Überzeugung von der Wichtigkeit der finanziellen Unterstützung bestimmter Bereiche zu Grunde.

### Motive der formellen Freiwilligkeit

Das freiwillige Engagement der Schweizerinnen und Schweizer ist mehr als altruistisches Verhalten. Dies spiegelt sich auch in den wichtigsten Motiven der Ausübung formell freiwilliger Tätigkeiten wider. Während uneigennützig, wohlthätige Aspekte zwar eine wichtige Rolle für die Übernahme von freiwilligen und ehrenamtlichen Aufgaben spielen, sind stärker selbstbezogene Argumente wie das Zusammensein mit Freunden oder der Spaß an der Tätigkeit für viele der Hauptgrund ihres freiwilligen Engagements. Obwohl der Ausübung freiwilliger Tätigkeiten damit in erster Linie persönliche Motive zu Grunde liegen, kommt der Anstoß für die Übernahme freiwilliger Arbeiten dennoch häufig von außen. Hier bilden persönliche Kontakte und Netzwerke den hauptsächlichen Beweggrund für freiwillige Tätigkeiten in Vereinen und Organisationen. Allgemeine Hinweise aus den Medien oder durch Informations- und Kontaktstellen geben nur in Einzelfällen den Anstoß für ein freiwilliges Engagement.

### Förderung der Freiwilligkeit

Das Potenzial an Freiwilligen in der Schweiz kann als vergleichsweise groß bezeichnet werden. Lediglich gut ein Fünftel der Schweizer Wohnbevölkerung über 15 Jahren war noch nie freiwillig engagiert und ist auf Grund der individuellen Voraussetzungen nur schwer für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Umgekehrt schließt eine Mehrheit der ehemals formell Freiwilligen ein zukünftiges Engagement zumindest nicht aus. Hervorzuheben ist, dass die viel diskutierten Instrumente zur Förderung der Freiwilligkeit wie etwa

das Ausstellen von Ausweisen und Zeugnissen oder eine stärkere Monetarisierung freiwilliger Tätigkeiten von den Freiwilligen kaum als wirksame Mobilisierungsmaßnahmen betrachtet werden. Aus den Analysen kann vielmehr geschlossen werden, dass die Förderung des freiwilligen Engagements weniger bei Instrumenten der nachträglichen Anerkennung und Entschädigung, sondern viel mehr bei der Unterstützung und dem stärkeren Einbezug der Freiwilligen bei ihren Tätigkeiten ansetzen muss.

### Typen von Freiwilligen

Die explizite Differenzierung verschiedener Formen freiwilligen Engagements verdeutlicht, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, sich freiwillig zu engagieren. Außerdem erlauben die gewählten Begrifflichkeiten die Bildung verschiedener Typen von Freiwilligen, welche nicht zuletzt die Vielfältigkeit der Freiwilligkeit in der Schweiz zu verdeutlichen vermögen. Zunächst sind die „umfassend Freiwilligen“ zu nennen, die sowohl informelle als auch formelle Tätigkeiten übernehmen und zusätzlich auch noch Geld oder Naturalien spenden.

Den Kontrapunkt zu dieser Gruppe bilden die „Nicht-Freiwilligen“, die in keiner Weise freiwillig engagiert sind. Von Letzteren unterscheiden sich die „Checkbuch-Freiwilligen“ darin, dass sie selbst zwar keine freiwilligen Arbeiten ausführen, jedoch für gemeinnützige Zwecke Geld oder Naturalien zur Verfügung stellen. Daneben können jene Gruppen von Freiwilligen unterschieden werden, die entweder formell oder aber informell freiwillig tätig sind, „die Formellen“, beziehungsweise „die Informellen“, und dieses Engagement zum Teil mit einer Spendentätigkeit ergänzen, „die Formellen Plus“, beziehungsweise „die Informellen Plus“.

Diese Typen des freiwilligen Engagements treten in der Schweizer Wohnbevölkerung über 15 Jahren unterschiedlich häufig auf. Die größte Gruppe bilden die „Checkbuch-Freiwilligen“. Fast ein Drittel der Schweizer Wohnbevölkerung über 15 Jahren übernimmt zwar keine freiwilligen Arbeiten, stellt jedoch Geld oder Naturalien für einen gemeinnützigen Zweck zur Verfügung. Lediglich gut 16 Prozent sind demgegenüber in keiner Art und Weise freiwillig engagiert. Des Weiteren zeigt sich, dass formelle und informelle freiwillige Tätigkeiten unterschiedlich kombiniert und dabei meist zusätzlich durch Spenden ergänzt werden. Konkret sind 12 Prozent

der Bevölkerung sowohl formell wie auch informell freiwillig tätig: Über 80 Prozent dieser Gruppe spenden zusätzlich Geld oder Naturalien. Der Anteil jener, die entweder formell oder informell freiwillig engagiert sind, beträgt 15 beziehungsweise 25 Prozent. Nur zwei beziehungsweise fünf Prozent der Bevölkerung sind formell oder informell engagiert, ohne gleichzeitig zu spenden. Das bedeutet: Wer freiwillige Arbeiten als „aufwändige“ Art der Freiwilligkeit übernimmt, ergänzt diese oft zusätzlich mit der „einfacheren“ Form des freiwilligen Engagements, dem Spenden.

### Literatur

- Erlinghagen, Marcel: Arbeitslosigkeit und ehrenamtliche Tätigkeit im Zeitverlauf. Eine Längsschnittanalyse der westdeutschen Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1992 und 1996. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52 (2) 2000, S. 291-310.
- Nollert, Michael/Huser, Christian: Freiwillig Aktive in der Schweiz. Einflussfaktoren und typische Profile. In: Farago, Peter (Hrsg.): *Freiwilligenarbeit in der Schweiz*. Zürich, 2006, S. 15-54.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle/Freitag, Markus/Bühlmann, Marc: *Freiwilligen-Monitor Schweiz 2007*, Zürich, 2007.
- Wilson, John/Musick, Marck: Who cares? Toward an Integrated Theory of Volunteer Work. In: *American Sociological Review* 62 (1997), S. 694-713.

# Topographie des freiwilligen Engagements in Österreich

Eva More-Hollerweger



**Eva More-Hollerweger**

ist Vorstandsmitglied und Senior Researcher des Instituts für interdisziplinäre Nonprofit Forschung an der Wirtschaftsuniversität Wien (NPO-Institut) und beschäftigt sich seit über zehn Jahren mit dem Thema Freiwilligenarbeit.

## Hintergrund

Freiwilligenarbeit findet in Österreich – wie in vielen Ländern – in unterschiedlichsten Bereichen und Formen statt. Ebenso vielfältig und facettenreich wie die Tätigkeiten sind die Personen, die sich ehrenamtlich engagieren und ihre Motive. Freiwilligenarbeit wird gerne als niederschwellige Möglichkeit gesehen, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, die grundsätzlich allen Menschen offen steht. Empirische Ergebnisse zeigen jedoch, dass diese Möglichkeit nicht von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen genutzt wird. Beispielsweise weisen erwerbstätige, besser gebildete Personen

auch einen höheren Beteiligungsgrad bezüglich Freiwilligenarbeit auf. Die Entscheidung, sich freiwillig zu engagieren, ist nicht nur auf individuelle Präferenzen zurückzuführen, sondern wird durch verschiedenste Faktoren beeinflusst. Der Überblick über das freiwillige Engagement in Österreich beleuchtet die gesellschaftlichen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen. Dabei wird auf Daten zurückgegriffen, die im Rahmen einer Zusatzerhebung zum Mikrozensus Ende 2006 erhoben wurden und Aufschluss über das Ausmaß des freiwilligen Engagements und die Beteiligungsstruktur in Österreich geben. Die Daten werden derzeit für den ersten Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich, den das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz herausgeben wird, themenweise aufbereitet.

## Erhebung zum Volumen und zur Beteiligungsstruktur der Freiwilligenarbeit in Österreich

Für die Erhebung wurde folgende Definition gewählt: Freiwilligenarbeit ist „eine Arbeitsleistung, die freiwillig (das heißt ohne gesetzliche Verpflichtung) geleistet wird, der kein monetärer Gegenfluss gegenübersteht (die also unbezahlt geleistet wird) und deren Ergebnis Konsumentinnen und Konsumenten außerhalb des eigenen Haushalts zufließt“ (vgl. Badelt 2002, S. 573f. und Badelt 1985, S. 60). Im Gegensatz zu anderen Studien wurde in dieser Erhebung auch informelle Freiwilligenarbeit in Betracht gezogen, also auch jene Form von Freiwilligenarbeit, die in keinem organisationellen Kontext stattfindet. Dabei handelt es sich vor allem um die Nachbarschaftshilfe. Durch die Art der Befragung ist es jedoch möglich, zwischen informeller und formeller Freiwilligenarbeit zu unterscheiden. Demnach beteiligen sich 44 Prozent der österreichischen Bevölkerung er 15 Jahren in irgendeiner Weise an Freiwilligenar-

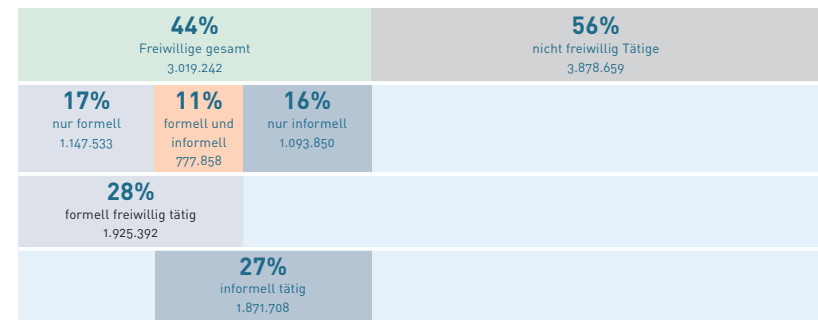


Abb. 1: Beteiligung an der Freiwilligenarbeit in Österreich

beit, 28 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher beteiligen sich an formeller Freiwilligenarbeit, 27 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher leisten informelle Freiwilligenarbeit (siehe Abb. 1). Vordergründiges Ziel der Erhebung war es, Auskunft über das Volumen von Freiwilligenarbeit sowie über die Beteiligungsstruktur zu erhalten.

## Freiwilligenarbeit als Beitrag zur Wertschöpfung

Ehrenamtliche Arbeit ist per Definition eine Leistung für andere. Diese wird zwar nicht am Markt verkauft und hat daher keinen Preis, wohl aber einen ökonomischen Wert. Wie andere Aktivitäten jenseits des Marktes wurde ehrenamtliche Arbeit lange Zeit kaum als Beitrag zur Wohlfahrt wahrgenommen. Sie geht beispielsweise nicht in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts ein, das als wesentlicher Wohlfahrtsindikator gilt und gemeinhin zur Darstellung der wirtschaftlichen Situation eines Landes herangezogen wird. Zwar existieren mittlerweile alternative Systeme an Kennzahlen, deren Ziel es ist, ein stärker ganzheitliches Bild der ökonomischen Lage von Ländern zu zeichnen (vgl. Glatzer/Zapf 1984) beziehungsweise gibt es Bestrebungen, Nicht-Marktleistungen in das „system of national accounts“ zu integrieren (vgl. Anheier et al. 2001). Derlei Ansätze sind jedoch im Alltagsgebrauch wirtschaftlicher Kennzahlen noch wenig verbreitet. Dies ist insofern problematisch, als unbezahlte Arbeit einen wesentlichen Beitrag für das Funktionieren einer Gesellschaft und damit auch für die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Landes leistet. Insgesamt werden von Freiwilligen in Österreich – hochgerechnet aus den Daten der Mikrozensuszusatzerhebung – wöchentlich knapp 14,7 Millionen

Arbeitsstunden geleistet, knapp 8 Millionen unter Einbindung in eine Organisation, also in Form von formeller Freiwilligenarbeit, 6,7 Millionen Arbeitsstunden werden in Form von informeller Freiwilligenarbeit geleistet. In Summe entspricht dies der Arbeit von rund 425.000 Vollzeitäquivalenten (40 Stunden). In Österreich kommt dies dem Arbeitsvolumen von 10,7 Prozent der selbstständigen Erwerbstätigen gleich.

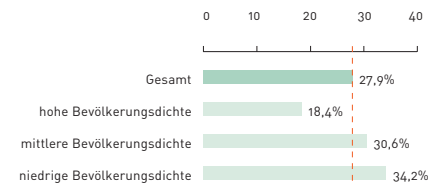
Abb. 2  
Wöchentliches Arbeitsvolumen der Freiwilligenarbeit nach Tätigkeitsbereichen

Bereich	Stunden pro Woche
Katastrophenhilfsdienste	1.575.932
Kultur, Kunst, Freizeit und Unterhaltung	1.761.588
Umwelt-, Natur- und Tierschutz	349.906
Kirchliche und religiöse Dienste	1.026.121
Soziales und Gesundheit	564.689
Politische Arbeit und Interessensvertretung	640.905
Gemeinwesen	278.223
Bildung	302.910
Sport und Bewegung	1.418.408
Summe formelle FWA	7.918.683
Informelle FWA/ Nachbarschaftshilfe	6.773.996
<b>Gesamt</b>	<b>14.692.679</b>

### Wer leistet formelle Freiwilligenarbeit in Österreich?

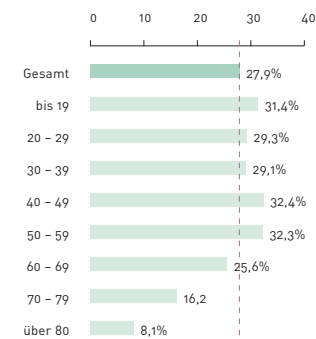
Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf formelle Freiwilligenarbeit. Formelle Freiwilligenarbeit findet in ganz unterschiedlichem Kontext statt und wird stark geprägt durch die jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen. Viele der Organisationen, die Freiwillige beschäftigten, weisen eine lange Tradition auf. Beispielsweise wurde der österreichische Feuerwehrverband bereits 1889 gegründet. Bei anderen handelt es sich um ganz junge Organisationen. Neben dem Gründungsdatum unterscheiden sich die Organisationen sehr stark in Bezug auf Größe und Personalstruktur. Kleinere Vereine basieren oft ausschließlich auf Freiwilligenarbeit. Große Organisationen weisen hingegen häufig einen mehr oder minder großen Anteil an bezahlten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf. Unterschiede gibt es diesbezüglich auch zwischen Stadt und Land. Mitunter werden Leistungen im ländlichen Raum ehrenamtlich ausgeübt, die im städtischen Bereich mit bezahltem Personal erbracht werden. Beispiele dafür sind die Feuerwehren sowie Bibliotheken und Museen. Freiwilliges Engagement weist demnach große regionale Unterschiede auf, insbesondere was die Beteiligung in städtischen oder ländlichen Gegenden anbelangt. Mit zunehmender Bevölkerungsdichte nimmt die Beteiligungsquote deutlich ab. So weisen Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte mit rund 18 Prozent eine deutlich niedrigere Beteiligungsquote auf als dünn besiedelte Gebiete mit rund 34 Prozent. In Wien – mit knapp 1,7 Millionen Einwohnern die größte Stadt Österreichs, die zweitgrößte Stadt Graz hat lediglich rund 255.000 Einwohner – beträgt die Beteiligungsquote überhaupt nur rund 14 Prozent.

Abb. 3  
Formelle Freiwilligenarbeit: Beteiligungsquoten nach dem Urbanisierungsgrad



In Bezug auf das Alter liegen in Österreich die Beteiligungsquoten mit leichten Schwankungen bis zum 60. Lebensjahr – am höchsten sind sie bei den 40 bis 59-Jährigen – auf relativ konstantem Niveau und sinken dann rapide ab. Die Formel „mehr frei verfügbare Zeit durch weniger Erwerbsarbeit und daher mehr Freiwilligenarbeit“ trifft, wie sich auch aus anderen Zusammenhängen zeigt, bei den älteren Menschen nicht zu. Ältere Menschen beteiligen sich vor allem in den Bereichen Kirche/religiöse Dienste und Kultur/Kunst/Freizeit. Überdurchschnittlich hoch ist die Beteiligung 65 bis 79-Jähriger im Bereich der sozialen Dienste.

Abb. 4  
Formelle Freiwilligenarbeit: Beteiligungsquoten nach dem Alter



Dem Bildungsstand kommt als Ressource für freiwilliges Engagement eine herausragende Bedeutung zu. Studien bestätigen den positiven Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Beteiligungsquote (vgl. Warendorf/Siegrist 2008, S. 68; Wilson 2000, S. 219). Mit der Höhe des Ausbildungsgrades steigt somit die Wahrscheinlichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren (vgl. Künemund/Schupp 2008, S. 156). Die aktuellen Daten bestätigen den beschriebenen Zusammenhang im Großen und Ganzen auch für Österreich. So weisen Personen mit Pflichtschulabschluss mit rund 19 Prozent die niedrigste, und Absolventen von hochschulverwandten Lehreinrichtungen und von Universitätslehrgängen mit knapp 45 Prozent die höchste Beteiligungsquote auf.

Abb. 5  
Formelle Freiwilligenarbeit: Beteiligungsquoten nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung

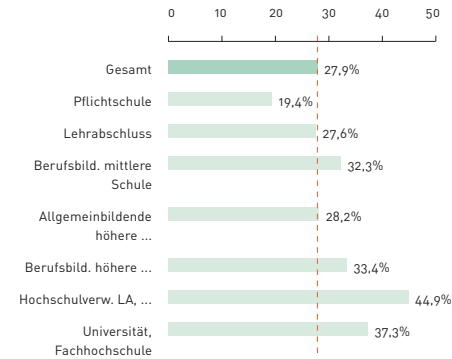
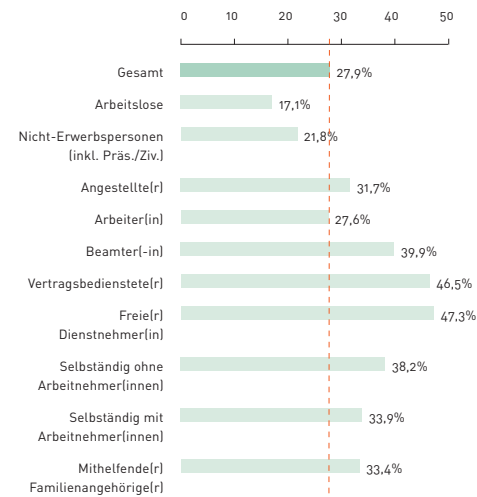
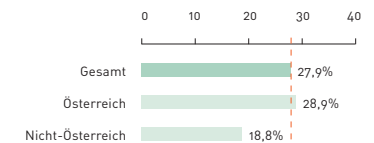


Abb. 6  
Formelle Freiwilligenarbeit: Beteiligungsquoten nach der Stellung im Erwerbskontext



Neben dem Bildungsgrad hat sich in zahlreichen Studien auch die Stellung im Erwerbskontext als wichtige Einflussgröße auf freiwilliges Engagement bestätigt. Wie die Abb. 6 zeigt, weisen Arbeitslose mit 17 Prozent die geringste Beteiligungsquote auf, wohingegen Vertragsbedienstete und freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer mit jeweils rund 47 Prozent die höchsten aufweisen. Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft beteiligen sich mit rund 19 Prozent deutlich seltener im Feld der Freiwilligenarbeit als Österreicher mit 29 Prozent. Dieses Ergebnis findet sich auch in anderen europäischen Ländern wieder (vgl. zum Beispiel für Deutschland: Künemund/Schupp 2008, S. 155).

Abb. 7  
Formelle Freiwilligenarbeit: Beteiligungsquoten nach der Staatsbürgerschaft



Wie sich aus den Daten, aber auch aus ergänzenden Interviews und Gruppendiskussionen mit Organisationen zeigte, ist die Einbindung von gesellschaftlichen Randgruppen über Freiwilligenarbeit keineswegs ein Automatismus. Voraussetzungen dafür sind ein entsprechendes Bewusstsein beziehungsweise eine entsprechende Zielsetzung in den Organisationen und nicht zuletzt auch Ressourcen im Management von Freiwilligen.



**Literatur**

- Anheier, Helmut K./Kendall, Jeremy (Hrsg.): The Nonprofit Sector at the Crossroad: A Comparative Analysis, London, 2001.
- Badelt, Christoph: Politische Ökonomie der Freiwilligenarbeit. Theoretische Grundlegung und Anwendung in der Sozialpolitik, Frankfurt/New York, 1985.
- Badelt, Christoph: Ausblick: Entwicklungsperspektiven des Non-Profit Sektor. In: Handbuch der Non-Profit Organisation – Strukturen und Management, Stuttgart, 2002.
- Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York, 1984.
- Künemund, Harald/Schupp, Jürgen: Konjunkturen des Ehrenamtes – Diskurse und Empirie. In: Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften, Wiesbaden, 2008, S. 145-163.
- Wahrendorf, Morten/Knesebeck Olaf von dem/Siegrist, Johannes: Social Productivity and Quality of Life – First Prospective Findings. In: Börsch-Supan, Axel/Brugiavini, Agar/Jürges, Hendrik/Kapteyn, Arie/Mackenbach, Johan/Siegrist, Johannes/Weber, Guglielmo: Health, Ageing and Retirement in Europe – Starting the longitudinal dimension. Mannheim, 2008.
- Wilson, John: Volunteering. Annual Review of Sociology 26, 2000, S. 215-240.

# Chancengleich? Vorraussetzungen und Zugänge zum freiwilligen Engagement



Viele Menschen engagieren sich freiwillig. Gelegenheitsstrukturen und Zugänge zum freiwilligen Engagement beruhen auf Voraussetzungen und Ressourcen, zum Beispiel Bildung, Einkommen, auf beruflicher und sozialer Integration. Das Ziel dieses Workshops bestand darin, Möglichkeiten herauszuarbeiten, wie die Voraussetzungen für Engagement verbessert und angemessene Zugänge für bislang „engagementferne“ Gruppen geschaffen werden können.

Fragestellungen an die Referenten und Teilnehmenden hierbei waren unter anderem:

Welches sind aus Ihrer Erfahrung heraus die wichtigsten Voraussetzungen persönlicher und struktureller Art, damit Menschen sich engagieren? Welche Personengruppen sollten vermehrt für Engagement gewonnen werden und warum? Welche innovativen Methoden und Ansätze sehen Sie, auch vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrung/Ihrer Forschungsergebnisse, um neue Personengruppen für freiwilliges Engagement zu gewinnen?

**Moderation**

Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Berlin  
Rita Trattnigg, Lebensministerium, Wien

## Freiwilliges Engagement in Deutschland

Heidi Merk



**Heidi Merk**

Heidi Merk ist ehrenamtliche Vorsitzende des Paritätischen. Im Paritätischen Wohlfahrtsverband und seinen Mitgliedsorganisationen engagieren sich über eine Million Menschen ehrenamtlich in den verschiedensten Bereichen sozialer Arbeit. Heidi Merk ist in zahlreichen Vereinen und Organisationen engagiert.

- wo man eigene Fertigkeiten, Fähigkeiten und Talente einbringen möchte,
- wo man aber auch Neues erfahren will,
- andere Menschen einem auch dabei etwas geben,
- wo Zufriedenheit und Freude eine Rolle spielt,
- wo man mitgestalten und Verantwortung übernehmen kann,
- wo Geben und Nehmen gefragt ist,
- wo Kooperation, Toleranz, Achtung und Respekt sich wechselseitig brauchen.

Vieles könnte man noch hinzufügen, ich will es aber dabei belassen.

Ich selbst habe in meinem Leben keine Definitionen für mein ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement gesucht, sondern immer da, wo ich eine Notwendigkeit sah, etwas zu tun, mich entweder anderen angeschlossen, die ebenso dachten und handeln wollten, oder etwas Neues gegründet, weil die Gegebenheiten einfach nach Lösungen schrien, die keiner bisher herbeiführen wollte.

Als ich als junge Rechtsreferendarin einen Teil meiner Ausbildung in Peru machte und das humanitäre Elend, die vielen alltäglichen Menschenrechtsverletzungen und die nicht erträgliche Armut anderer erlebte, begann mein ehrenamtliches Engagement schon dort und dann verstärkt nach meiner Rückkehr. Der Schutz und die Achtung der Menschenrechte waren ab da meine ehrenamtliche, aber auch berufliche Triebfeder.

Ein Leben ohne freiwilliges Engagement ist für mich nicht vorstellbar und so ist das auch bei vielen Menschen in Deutschland.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband, dessen ehrenamtliche Vorsitzende ich bin, ist auf Grund seiner spezifischen, überkonfessionellen und überparteilichen Struktur seit jeher das Forum von Vereinen, Gruppen und Initiativen, die offenbar ganz und gar nicht „out“ sind. Unter dem Dach des Paritätischen

### Chancengleichheit? Voraussetzungen und Zugänge zum Freiwilligen Engagement

Wie sieht in Deutschland das freiwillige Engagement aus, wie hat es sich entwickelt, von wem und wie wird es wahrgenommen?

Ich will mich auch nicht lange bei der Frage aufhalten, ob wir von Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, bürgerschaftlichem Engagement sprechen. Wichtig ist nur:

Wir meinen das freiwillige Engagement, das unentgeltlich ausgeübt wird,

- wo man für sich und andere etwas tun will,

sind bundesweit rund 10.000 Mitgliedsorganisationen – von der Elterninitiative bis zum Behinderten-selbsthilfverband – organisiert, und diese wiederum betreiben häufig eigene Einrichtungen. Insgesamt sind es über eine Million Menschen, die sich allein im Paritätischen ehrenamtlich engagieren, darunter circa 85.000 in Ehrenämtern beziehungsweise Funktionen, wobei diese Zahl auf sehr zurückhaltenden Schätzungen beruht.

Wenn wir vom freiwilligen Engagement sprechen, so gehört meines Erachtens dazu die Leitbilddiskussion der Bürgergesellschaft und damit die Frage nach den Anforderungen an den Staat. Denn es geht nicht, dass sich die Gesellschaft zum freiwilligen Engagement bekennt und versucht, dafür viele Menschen zu gewinnen, wenn der Staat im althergebrachten Denkmuster verbleibt. Es geht vielmehr um ein neues Verhältnis zwischen unserem Staat und unserer Gesellschaft. Und damit kommt man dazu, eine neue Aufgabenteilung einzufordern. Es geht um eine umfassende Einbeziehung der Bürger bei Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit, ihrer Selbstorganisation, ihrer Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Und hier wiederum ist es Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die das freiwillige Engagement ermöglichen, keine neuen Abhängigkeiten schaffen, keine Gängelung entwickeln und ein Lösen von Fragen auf gleicher Augenhöhe sicherstellen.

Wer keine Zuschauerdemokratie, wer beim freiwilligen Engagement keine Alibiveranstaltungen will, muss den Bürgern diese Ebenen eröffnen.

### Voraussetzungen persönlicher und struktureller Art, damit sich Menschen engagieren

#### Voraussetzungen persönlicher Art

- Man will für sich und andere etwas tun.
- Man will anderen Menschen etwas geben, helfen und dabei für sich auch Freude empfinden.
- Man will mitgestalten und Verantwortung übernehmen.
- Man will bei der Lösung von Problemen mitwirken zusammen mit Anderen.
- Man will Gemeinschaftsgefühl und gemeinsame Stärke.
- Man will eigene Fertigkeiten und Fähigkeiten sowie Talente einbringen.
- Man will Lebens- und Berufserfahrung einbringen.

- Man will für sich Horizonte erweitern und dazu lernen.
- Man sucht nach Lösungen zur Bewältigung eigener oder fremder Probleme.
- Man will die eigenen Lebenswelten gestalten und verändern.
- Man sucht nach Anerkennung.
- Man sucht Kommunikation.
- Man sucht Geborgenheit.
- Man sucht Freizeitgestaltung.
- Man ärgert sich über Entwicklungen im Staat, man meint, dass da zu wenig getan wird.

#### Voraussetzungen struktureller Art

- Freiwilligkeit ohne Gängelung steht an erster Stelle.
- Jeder muss die volle Freiheit haben, seine individuelle Konzeption unter eigenem Namen und ohne Eingriffe von außen zu verwirklichen.
- Die Freiwilligkeit ersetzt keine Erwerbsarbeit.
- Über den Grad der Verfügbarkeit und Zumutbarkeit des Engagements muss der Freiwillige selbst entscheiden.
- Freiwilligkeit braucht den Boden der Offenheit, der Toleranz und eigenen Identifikationsmöglichkeit.
- Fremdhilfe und Selbsthilfemotive stehen gleichberechtigt nebeneinander.
- Freiwilliges soziales Engagement besitzt eigenständige Qualität, die einer beruflichen Arbeit nicht nachgeordnet ist, sondern in wechselseitiger Ergänzung zu ihr steht und von ihr geachtet wird.
- Freiwilliges Engagement und soziale Gerechtigkeit bedingen sich wechselseitig, denn es ist nicht selbstverständlich, dass Menschen Zeit und Kraft in freiwilliges Engagement investieren, erst recht nicht, wenn sie in Notlagen sind.
- Das persönlich vorhandene Zeitbudget muss akzeptiert werden.

#### Welche Personengruppen sollten vermehrt für Engagement gewonnen werden?

Um zu sehen, wo wir mehr Engagement gewinnen sollten, habe ich mir den Freiwilligensurvey der Bundesregierung vorgenommen. Hier kann man sehr schnell erkennen, wo wir verstärkt ansetzen sollten. Im Bereich Sport und Bewegung zeigt sich für alle, ob Männer oder Frauen, dass hier der größte Bereich des freiwilligen Engagements liegt. Dabei überragen die Männer die Frauen, die 14 bis 45-Jährigen nehmen den breitesten Anteil ein. Im Bereich Schule

und Kindergarten überragen die Frauen die Männer und dabei liegen die 31 bis 45-Jährigen an der Spitze. Auch im Bereich Kirche und Religion liegen die Frauen vor den Männern im freiwilligen Engagement, die stärkste Gruppe sind dabei die der 45 bis 65-Jährigen.

Im Bereich Politik und Interessenvertretung dominieren die Männer, ebenso im Bereich Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste, bei lokalem bürgerschaftlichen Engagement ebenso, leider auch im Bereich Kultur und Musik, selbstverständlich bei Freizeit und Geselligkeit.

Frauen hingegen dominieren im Bereich Soziales, Umwelt, Tierschutz und Gesundheit.

Insgesamt lässt sich sagen, dass sich in Deutschland nicht nur mehr Personen freiwillig engagiert haben, sondern auch der Anteil von freiwillig Engagierten gestiegen ist, die mehr als nur eine freiwillige Tätigkeit ausübten. Hatten beispielsweise noch 1999 erst 37 Prozent der freiwillig Engagierten mehr als eine Aufgabe übernommen, waren es bereits 42 Prozent im Jahr 2004. Es werden die freiwilligen Tätigkeiten nicht nur insgesamt auf mehr Schultern verteilt, sondern auch die Menge der ausgeübten Tätigkeiten wächst ständig. Aber was erkennen wir außerdem bei der Belegung bestimmter Tätigkeitsfelder im freiwilligen Engagement? Für mich wird an diesen Beispielen deutlich, dass wir bei den Mustern für Engagement dort hängen geblieben sind, wo Frauen und Männer im Wesentlichen schon immer waren. Auch hier spiegelt sich wider, was sich auch sonst in der Gesellschaft fest zementiert hat, und wo an Domänen auch sonst im öffentlichen, privaten und beruflichen Leben festgehalten wird und diese zäh verteidigt werden. Frauenförderung, Genderarbeit und Kampf um Gleichberechtigung und Chancengleichheit wird weiter unsere Aufgabe sein, erst dann verändert sich auch das Bild im Freiwilligenbereich.

Ein weiterer Bereich, der betrachtet werden muss, sind die Gruppe der Arbeitslosen sowie die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Die Engagementquote der Arbeitslosen stieg im Vergleich zu 1999 (1. Freiwilligensurvey der Bundesregierung) deutlich von 23 Prozent auf 27 Prozent. Dabei erhöhte sich das Engagement der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern überproportional. Der Prozentsatz der Arbeitslosen, die weder freiwillig engagiert sind, noch dazu Bereitschaft zeigen, ist von 40 Prozent auf 25 Prozent gesunken.

Im Vergleich zu 1999 ist den Arbeitslosen der berufliche Nutzen des Engagements und die Erweiterung ihrer Kenntnisse (soziale Kompetenz als Pluspunkt) wichtiger geworden. Sie wünschten sich jedoch auch im gestiegenen Maß Anerkennung und die Möglichkeit zur Übernahme eigenständiger Verantwortung.

Klar ist, dass diese Quote angesichts der steigenden Arbeitslosenquote im Hinblick auf die Weltwirtschaftskrise auch steigen könnte, aber auch Unterstützung und Hilfestellung benötigt. Sonst könnte das auch umschlagen in rückläufige Tendenzen. In der Gruppe der Migrantinnen und Migranten in Deutschland engagierten sich 2004 21 Prozent freiwillig. Mit 42 Prozent waren in dieser Gruppe zusätzlich viele Menschen bereit, sich freiwillig zu engagieren. Für die Gruppe der Migranten mit ausländischem Pass ist auf der Basis des Freiwilligen-survey eine Trendaussage möglich.

In dieser Gruppe erhöhte sich das Engagement seit 1999 überproportional von 20 auf 24 Prozent. Für Migrantinnen und Migranten steht beim freiwilligen Engagement das Lösen eigener Probleme stärker im Vordergrund als bei Engagierten ohne Migrationshintergrund, aber auch die Erweiterung der Kenntnisse und Erfahrungen und der berufliche Nutzen des Engagements. Die vertiefende Auswertung der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund zeigt sowohl besondere Motivlagen als auch vermehrte Probleme auf, die ihrem Engagement entgegenstehen. Es ist klar, dass die Sprache als Mittler und Zugang zum freiwilligen Engagement bei mangelnder Beherrschung der deutschen Sprache das freiwillige Engagement nicht unbedingt erleichtert.

Aber auch der Staat setzt zu viele und zu hohe Hürden für den Verbleib und die verbesserte Existenz vieler, er wird zu Recht oft als abwehrender Staat empfunden und nicht einer, dem Personen mit Migrationshintergrund besonders willkommen sind. Und dies ist eines der großen Hindernisse für freiwilliges Engagement außerhalb des eigenen Problemkreises. Solange dieser nicht zufrieden stellend für die Migrantinnen und Migranten gelöst ist, wird sich der Prozentsatz hauptsächlich in eigenen Problemfeldern steigern, aber nicht darüber hinausgehen. Nicht vergessen werden darf, dass auch das Bildungsniveau dringend verbessert werden muss, immerhin ist dieser Förderbedarf inzwischen allgemein anerkannt. Hier hat der Staat noch viel nachzuholen.

### Innovative Methoden und Ansätze, um neue Personengruppen zu gewinnen

Voraussetzung für die Gewinnung weiterer Ehrenamtlicher ist eine Tätigkeitsbeschreibung, in welchen Bereichen ein Einsatz erfolgen kann.

Welche Anforderungen und Kompetenzen sind in dem beschriebenen Tätigkeitsfeld erforderlich, wo liegen zum Beispiel die Schnittstellen zwischen der hauptamtlichen Aufgabe und der Ehrenamtlichen? Wo liegen die Verantwortungsbereiche?

Welches Zeitkontingent wird benötigt, welches Zeitkontingent kann gegeben werden? Täglich, wöchentlich, nur ab und zu und kann man auch nein sagen? Welche Einarbeitungszeit wird benötigt?

Je durchsichtiger die Struktur, desto leichter ist die Entscheidung zum freiwilligen Engagement. Daher müssen auch Leitgedanken offen gelegt werden. Die Philosophie ist wichtig. Über Datenschutz und Schweigepflicht muss informiert werden.

Gibt es Versicherungsschutz, wird man fachlich begleitet, bekomme ich ein Taschengeld oder eine Aufwandsentschädigung? Habe ich auch Mentoren zur Seite?

Untersuchungen der bereits bestehenden Netzwerke helfen, die Angebotspalette zu erweitern. Arbeit mit den Medien als Multiplikatoren ist notwendig, kein Schattendasein führen, Werbung in öffentlichen Einrichtungen, Faltblätter, Vorträge, Kontaktpflege.

Das sind Stichpunkte. Inzwischen ist es bei vielen Bundesländern und auch Kommunen und beim Bund fast zur Selbstverständlichkeit geworden, eine Internetseite für das Freiwillige Engagement anzubieten. Es ist bei allen Untersuchungen, Enquetekommissionen und Forschungen deutlich geworden, dass dort Datenbanken über alle bestehenden Vereine, Interessengruppen, Organisationen und Initiativen zu finden sein sollten. Hier muss es zum Austausch von Ideen und Informationen kommen können.

Hier kann man nachfragen, Kontakte knüpfen, hier geht es um offene und ernst gemeinte Information und Kommunikation. Es darf nicht darum gehen, Gängelungen und Überbürokratie wieder durch die Hintertür einzuführen oder hauptberufliche Arbeit zu ersetzen, nicht einmal der Anschein darf dazu geweckt werden. Bürokratendeutsch ist fehl am Platz.

### Fragen an einen aktivierenden Staat

Vielmehr muss ein aktivierender Staat ermuntern,

erleichtern, Hürden abbauen und keine Scheu der Suchenden aufkommen lassen. Dazu gehören natürlich Überlegungen zu steuerlichen Erleichterungen (zum Beispiel steuerfreie Übungsleiterpauschale).

Welche finanzielle Unterstützung kann man erwarten? Wie sieht das Gemeinnützigkeitsrecht aus, in dem Bildung und Umwelt benachteiligt werden? Welche Vergünstigungen können Ehrenamtlichen angeboten werden? Wo besteht wirklicher Reformbedarf, im politischen Raum oder im Verwaltungsraum?

Welche Anerkennungskultur haben wir? Werden dabei Männer und Frauen gleichbehandelt? Wie ernst nehmen wir die viel beschworene Bürgergesellschaft? Wie können wir die Medien für eine „Berichterstattung des Guten“ gewinnen?

Welche Organisationen, zum Beispiel Kirchen, Gewerkschaften oder die Wirtschaft müssen sich mehr anstrengen, Ehrenamtliche zu gewinnen?

Wie kann ich bei Arbeitslosen Hürden abbauen, dass ihre wirtschaftliche Not sie nicht hindert, mitmachen zu können?

Kann ich die Internetseiten nicht ebenso in verschiedenen Sprachen anbieten, auch wenn die Amtssprache Deutsch ist? Kann ich diese zugänglich machen in Wartezeiten bei den Ämtern, im Jobcenter, in Freizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen? Kann ich Schulpraktika anbieten, die zeigen, was freiwilliges Engagement ist? Kontaktbörsen, Familienbildungsstätten sind ebenfalls Möglichkeiten, mit Information an die Menschen heranzukommen. Wie kann ich die Einsatzfelder für Ehrenamtliche am besten öffentlich machen, zum Beispiel durch Stellenausschreibungen? Über Fortbildung muss genauso geredet werden wie bei Hauptamtlichen, zum Beispiel hilft auch die Ausstellung einer Ehrenamtskarte?

Wie sieht die finanzielle Förderung durch den Staat, die Kommune, die Organisation etc. aus? Gibt es tatsächlich Versicherungsschutz fürs Ehrenamt?

Das alles sind Fragen, die in die zentrale Frage münden: Wie motiviere ich zum Freiwilligen Engagement und welche Anerkennungskultur haben wir?

### Literatur

Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine:  
Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004,  
Wiesbaden, 2006.

## Mehr freiwilliges Engagement im bedrängten Sozialstaat?

Carlo Knöpfel



**Dr. Carlo Knöpfel**

(Sozialwissenschaftler, Dr. rer. pol.) ist Leiter des Bereichs Grundlagen und Mitglied der Geschäftsleitung von Caritas Schweiz. Er ist Mitglied der Geschäftsleitung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS und Dozent an den Fachhochschulen für Soziale Arbeit in Luzern, Basel und Zürich mit den Themenschwerpunkten: Gesellschaftlicher Wandel, Armut, Arbeitslosigkeit, Soziale Sicherheit und freiwilliges Engagement. Herr Knöpfel übernimmt regelmäßige Referats-, Beratungs- und Publikationstätigkeiten zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen.

möchten mehr und mehr ältere Menschen gepflegt und besucht werden. Dazu kommt, dass die Zahl jener Menschen, die Hilfe vom Sozialstaat beanspruchen müssen, deutlich angestiegen ist. Diese quantitative Zunahme von Menschen in Not wird durch eine Vervielfältigung der Problemlagen akzentuiert.

Es kann darum nicht überraschen, wenn Forderungen nach einem weiteren Ausbau des Sozialstaates laut werden. Diese stoßen im weltweiten Standortwettbewerb rasch an Grenzen der Finanzierbarkeit. Der organisierten und der informellen Freiwilligenarbeit werden darum oft und gerne eine entlastende Funktion zugeschrieben. Im bedrängten Sozialstaat wird an die sozialen Organisationen appelliert, zusammen mit Freiwilligen mehr Aufgaben im welfare state zu übernehmen. In dieser Situation irritiert es besonders, dass das freiwillige Engagement in der Schweiz in der Tendenz abnimmt, besonders im sozialen Bereich.

Angesichts dieses Befundes stellen sich vielfältige Fragen: Wie kann die Zahl der Freiwilligen im sozialen Bereich wieder erhöht werden, wenn Frauen mehr und mehr erwerbstätig und Männer schwer zu motivieren sind, solche Einsätze zu leisten? Wie können hilfsbereite Migrantinnen und Migranten erreicht werden, wenn das freiwillige Engagement in vielen Ethnien kaum entwickelt ist? Wie kann die Qualität des freiwilligen Engagements verbessert werden, wenn die Aus- und Weiterbildung von Freiwilligen schwer zu finanzieren ist? Wie kann die Konstanz und Verbindlichkeit des freiwilligen Engagements sichergestellt werden, ohne in prekäre Arbeitsverhältnisse abzurutschen? Wie kann die organisierte Freiwilligenarbeit gefördert werden, wenn den Hilfsorganisationen für ihren Vermittlungsaufwand kaum Mittel zur Verfügung gestellt werden?

Auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit Einsätzen von Freiwilligen, wie sie Caritas in der Schweiz

vermittelt („time out“ für Jugendliche bei Bergbauernfamilien, „corporate volunteering“ im Berggebiet, „mentoring“ von Kaderfrauen für junge Migrantinnen, Mitarbeit im Caritas-Markt, Begleitung von Asylsuchenden im Aufnahmeverfahren, junge Freiwillige bei young-Caritas) werden hier vier Thesen zu den neuen Anforderungen an das freiwillige Engagement im bedrängten Sozialstaat konkretisiert:

1. Die Professionalisierung der Freiwilligenarbeit schreitet voran.
2. Die Freiwilligenarbeit im sozialen Bereich vergisst viele Personen.
3. Die Freiwilligenarbeit muss (wieder) verbindlicher werden.
4. Die Freiwilligenarbeit ist kein prekäres Arbeitsverhältnis.

Dabei ist der Anspruch klar benennbar: Es braucht mehr Freiwillige im sozialen Bereich. Das freiwillige Engagement muss attraktiver werden. Das Potenzial bei jungen Menschen, Migrantinnen und Männern muss besser genutzt werden.

### These 1: Die Professionalisierung der Freiwilligenarbeit schreitet voran

Vieles, was heute in Hilfsorganisationen mit Hilfe von Freiwilligen an sozialen Dienstleistungen angeboten wird, ist sehr anspruchsvoll. Die Erwartungen an die Arbeit der Freiwilligen sind entsprechend hoch. Freiwilliges Engagement will immer mehr gelernt sein. Ein direkter Einstieg in das freiwillige Engagement ist kaum mehr möglich. Zuerst muss eine Ausbildung, Schulung und intensive Einführung durchlaufen werden, die mehrere Monate in Anspruch nehmen kann, bevor Freiwillige zu ihrem Einsatz kommen. Diese Fortbildung muss von der Einsatzorganisation finanziert werden. Damit wird erneut deutlich, dass freiwilliges Engagement zwar unentgeltlich, aber nicht gratis zu haben ist. Diese Qualifizierung der Freiwilligen wird in vielen Fällen noch zu wenig offensiv thematisiert. Freiwilliges Engagement ist eine Form der Weiterbildung. Und damit ein Argument und ein Motiv für potentielle Freiwillige, vor allem für junge Menschen, aber auch für Migrantinnen und Migranten, die Mühe haben, sich gesellschaftlich zu integrieren und auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das Schulungsangebot muss dabei auf die Zielgruppe, die man für ein

freiwilliges Engagement gewinnen will, spezifisch ausgerichtet werden.

Fazit 1: Wer mehr Freiwillige im sozialen Bereich will, muss den Wert der Weiterbildung für die Zielgruppe klarer kommunizieren.

### These 2: Die Freiwilligenarbeit im sozialen Bereich vergisst viele Personen

Erfahrung und Forschung zeigen, dass freiwilliges Engagement möglichst früh erlebt werden soll. Viele junge Menschen „erben“ ihr freiwilliges Engagement von ihren Eltern, wenn diese sich selber gemeinnützig engagieren. Wo diese Vorbilder fehlen, sind die Hürden zum Einsatz als Freiwillige hoch. Wer aber in jungen Jahren diese Erfahrung nicht machen kann, bei dem sinkt die Wahrscheinlichkeit rapide, noch in späteren Jahren einen Zugang zur Freiwilligenarbeit zu finden, vor allem im sozialen Bereich. Umso beklagenswerter ist es, dass ein wichtiger Bereich, wo junge Menschen erste Eindrücke als Freiwillige sammeln können, mehr und mehr wegbriecht: die Jugendarbeit in den Pfarreien und Kirchengemeinden. Traditionelle soziale Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, sind noch immer sehr stark auf eine soziale Gruppe fixiert: die gebildete, verheiratete Mutter zwischen 35 und 55 aus der Mittelschicht. Doch diesen oft auch berufstätigen Frauen fehlt mehr und mehr Zeit für ihr freiwilliges Engagement. Einsatzorganisationen im sozialen Bereich müssen darum lernen, neue Freiwilligen-Angebote für junge Menschen, Migrantinnen und Männer zu schaffen. Hier liegt das Potenzial für Freiwilligenarbeit im sozialen Bereich. Diese Angebote sind spezifisch auf die Erwartungen und Bedürfnisse dieser verschiedenen Zielgruppen auszurichten.

Dabei ist ein Weiteres zu beachten: Die Art des freiwilligen Engagements ändert sich im Laufe des Lebens. Wenn Organisationen Freiwillige „an sich binden“ möchten, müssen sie das Angebot für freiwilliges Engagement lebenslauforientiert gestalten.

Fazit 2: Wer mehr Freiwillige im sozialen Bereich will, muss die Einsatzmöglichkeiten verstärkt nach den Bedürfnissen der Zielgruppen gestalten.

### These 3: Die Freiwilligenarbeit muss (wieder) verbindlicher werden

Die Freiwilligenarbeit ist ein Tauschgeschäft mit Regeln. Die Einsatzorganisationen bieten Möglichkeiten für freiwilliges Engagement an, müssen dabei aber auf einige Punkte bezüglich Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Aufgabenerfüllung pochen können. Menschen, die sich freiwillig engagieren, bieten Zeit, Erfahrung und Können an, das die Einsatzorganisationen, ohne Entgelt entrichten zu müssen, für die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen für Bedürftige nutzen können. Die Freiwilligen müssen dabei aber von der Einsatzorganisation auch erwarten können, dass sie mit ihren spezifischen Motiven auf ihre Rechnung kommen. Hier ist das Spektrum weit: Die einen wollen, dass ihr freiwilliges Engagement anerkannt und dokumentiert wird, die anderen suchen Anschluss und neue Kontakte, wieder andere möchten etwas lernen, und dann gibt es auch Menschen, die einfach „nur“ helfen und bedürftige Menschen glücklich machen wollen. Alle aber wollen auch Spaß an ihrem Einsatz haben.

Verbindlichkeit ist gerade im sozialen Bereich, wo Dienstleistungen und Hilfestellungen in einem direkten und persönlichen Kontakt mit den Bedürftigen erbracht werden, von besonderer Bedeutung. Trotzdem kann von Freiwilligen kaum mehr erwartet werden, dass sie sich von vorne herein auf Jahre an eine Einsatzorganisation und Aufgabe binden. Die dauerhafte Verpflichtung muss darum viel mehr durch die persönliche Bindung zwischen den Freiwilligen und den Menschen, denen sie helfen, entwickelt werden. Wer schon über ein paar Wochen eine junge Migrantin bei der Suche nach einer Lehrstelle begleitet hat, bricht den Kontakt kaum ab, bevor nicht ein Ausbildungsplatz in einem Unternehmen oder eine annehmbare Alternative gefunden ist. Das bedeutet aber auch, dass Verbindlichkeit heute einen überschaubaren Zeithorizont braucht. Mehr und mehr Freiwillige wollen wissen, was das Ziel ihres Einsatzes ist und wann ein Einsatz abgeschlossen werden kann.

Fazit 3: Wer mehr Freiwillige im sozialen Bereich will, muss klar kommunizieren, was er von ihnen erwartet und was er ihnen anbieten kann.

### These 4: Die Freiwilligenarbeit ist kein prekäres Arbeitsverhältnis

Freiwilligenarbeit muss freiwillig bleiben. Das ist nicht so banal, wie es sich liest. Freiwilliges Engagement wird heute zur Förderung der sozialen Integration von Menschen in der Sozialhilfe propagiert. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass dieses freiwillige Engagement dereinst zur Bedingung für den Bezug von Unterstützungsleistungen in der Sozialhilfe gemacht wird.

Freiwilligenarbeit darf über die Deckung tatsächlich entstandener Spesen nicht abgegolten werden. Auch das ist nicht so banal, wie es sich liest. Heute sind Spesenregelungen anzutreffen, die in den Bereich tiefer Löhne reichen. Ein solches abgeglichenes „freiwilliges Engagement“ droht dann schnell in ein prekäres Arbeitsverhältnis umzuschlagen. Freiwillig engagierte Menschen sind keine Hilfskräfte. Die Zusammenarbeit zwischen fest angestellten und freiwillig engagierten Mitarbeitenden muss klar geregelt sein. Freiwillige dürfen nicht zu Lückenbüsserinnen und Lückenbüssern degradiert werden. Umgekehrt darf es aber auch nicht dazu kommen, dass mit Freiwilligen Arbeitsplätze für Festangestellte eingespart werden, wie dies im Bereich des Zivildienstes vorkommt.

Fazit 4: Wer mehr Freiwillige im sozialen Bereich will, braucht klare Abmachungen über die Abgeltung des Einsatzes und die Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeitenden.

Die Überlegungen zu den vier Thesen und die vier Schlussfolgerungen können noch einmal formelhaft zusammengefasst werden: Wer mehr Freiwillige im sozialen Bereich möchte,

- muss seine Angebote zielgruppen- und lebenslauforientiert gestalten;
- muss die Integrationsfunktion des freiwilligen Engagements ernst nehmen;
- muss sein Angebot auch als Ort der Weiterbildung verstehen;
- muss sein Angebot gegenüber prekären Arbeitsverhältnissen deutlich abgrenzen.

### Literatur

- Bachmann, Ruth/Bieri, Oliver: Neue Freiwillige finden. Bereitschaft, Motive, Erwartungen, Luzern, 2000.  
 Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Freiwilligenarbeit in der Schweiz, Neuchâtel, 2008.  
 Caritas Schweiz (Hrsg.): Mehr freiwilliges Engagement im bedrängten Sozialstaat? Ein Positionspapier von Caritas Schweiz zur Freiwilligenarbeit und Sozialzeit, Luzern, 1998.  
 Knöpfel, Carlo: Mehr freiwilliges Engagement im bedrängten Sozialstaat? In: Soziale Sicherheit CHSS 2/2007, S. 71-75.

## Roter Teppich – Beteiligungsdifferenzen und Förderung der Chancengleichheit im freiwilligen Engagement

Arno Heimgartner



**Dr. Arno Heimgartner**

ist Ao. Univ.-Prof. im Arbeitsbereich Sozialpädagogik des Institutes für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz. Aktuelle Forschungsprojekte: Österreichischer Freiwilligenbericht gemeinsam mit NPO-Institut Wien (BMSK), Soziale Qualität in Nachmittagsbetreuung (Jubiläumsfonds ÖNB). Er ist außerdem Board Member des International Consortium for Social Development (European Branch) und wissenschaftlicher Beirat für die Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit/Revue suisse de travail social. Arbeitsschwerpunkte: Theorien, Konzepte und Entwicklungen der Sozialen Arbeit, unter anderem Professionalisierung und Ehrenamtlichkeit, Empirische Forschungsmethoden in der Sozialen Arbeit.

Das Hauptthema dreht sich um die Schnittstelle zwischen freiwilligem Engagement und Nicht-Engagement und den Möglichkeiten der Auflösung von Nicht-Engagement. Strukturell gedacht bedeutet dies eine Platzierung von freiwilligen Engagementmöglichkeiten in einer Weise, dass sie Menschen

besser akzeptieren können. Obwohl das Ziel unumstritten scheint, möglichst alle Menschen am Gut freiwilligen Engagements partizipieren zu lassen und damit das gesellschaftliche Zusammenleben zu befördern, sind einige reflexive, vorbereitende Gedanken angebracht (vgl. Munsch 2003; Heimgartner 2004).

### Reflexives zu Beginn

Im Folgenden soll auf das Prioritätsthema, die Workloadproblematik, die Stigmatisierungsgefahr und das Empirieproblem eingegangen werden.

### Prioritätsthema

Ein erster Einwurf, den es zu entkräften gilt, könnte etwa so lauten: Menschen, die von freiwilliger Arbeit entfernt sind, sind wohl häufig auch von bezahlter Arbeit entfernt. Da wäre es angebracht, sich um die bezahlten Arbeitsmöglichkeiten der Menschen zu kümmern, bevor freiwilliges Engagement angekurbelt wird. Existenzmöglichkeiten ließen sich durch Arbeit geeigneter als durch freiwilliges Engagement schaffen.

In der Tat hat die Förderung von freiwilligem Engagement sensibel mit fragilen Existenzkonstruktionen umzugehen. Annäherungen an das freiwillige Engagement für Menschen zu realisieren, die ihm gesellschaftlich fern sind, haben nicht mit der Absicht zu geschehen, Menschen von bezahlter Arbeit fern zu halten. Nicht die Festigung einer prekären, ökonomisch deprivierten Lebenssituation steht zur Diskussion, sondern, falls der Status besteht, ohne bezahlte Arbeit beziehungsweise entsprechenden Finanzleistungen auskommen zu müssen, die Bewahrung vor einer doppelten Exklusion, nämlich keine bezahlte Arbeit zu haben und auch kein freiwilliges Engagement – ein entsprechendes Interesse vorausgesetzt – leisten zu können. Zu priorisieren

ist eine existentielle Absicherung von Menschen, aber ein Wegdrängen von freiwilligem Engagement widerstrebt ebenfalls einem gesellschaftlichen Inklusionsgedanken. Eine bewusste Förderung freiwilligen Engagements hat existentielle Mangellagen einzubeziehen und möglicherweise sogar Räume zu schaffen, gerade diese existentiellen Benachteiligungen abzubauen. Keinesfalls soll es den Menschen vereinnahmen, fernhalten, Optionen wegnehmen. Da es ein weicher Boden ist, auf dem sich freiwilliges Engagement bewegt, weil auf die individuelle Freiwilligkeit und das angesprochene Eigeninteresse soziale und gesellschaftliche Einflüsse gestaltend einströmen, bedarf es stets der reflexiven Betrachtung und der dafür nötigen Arrangements.

### Workloadproblematik

Ehrenamtliche Arbeit befindet sich im Kontext verschiedener Arbeitsfelder und ihrer Relevanzen für die Person, das Gemeinwesen und die Gesellschaft. Als Arbeitsfelder stehen zunächst die Arbeit für sich selbst, für die Partnerin oder den Partner, die Kinder, die Freunde, die Verwandten oder die Nachbarn zur Diskussion. Vieles an Arbeit passiert abseits des institutionellen Kontextes, insbesondere wenn Familie nicht schon als Institution aufgefasst wird. Abseits der freiwilligen Arbeit befinden sich auch andere Systeme, wie das des Zivildienstes oder der Schwarzarbeit. Eine andere Abwandlung betrifft den Begriff der Arbeit beziehungsweise des Engagements selbst. Daraus leiten sich Fragen der Dimensionierung dieser Zugänge zur gesellschaftlich wahrgenommenen Lebensgestaltung ab. Wie viel Rückzug auf die eigene Person und die Familie darf sein? Wie viel Run auf bezahlte Arbeit darf sein? Wo beginnt die „Nicht-Arbeit“?

In der permanenten gesellschaftlichen Vernetzung wird es schwer, gesellschaftlich bedeutsame Leistungen eindeutig zu klassifizieren. Zu warnen ist jedenfalls vor dem reduzierenden Tunnelblick auf formelle Rollen und Leistungen. Es existieren wahrscheinlich eine Reihe von unsichtbaren, unprotokollierten und unerfragten Leistungen, die Menschen bei näherer Betrachtung als gesellschaftlich wirkend auszeichnen. Selbst bei sichtbaren Aktivitäten stellt sich die machtorientierte Frage, wer über die Bedeutung dieser Lebensführung bestimmt und wer sich das Recht von Abwertungen herausnehmen kann. Freiwilliges Engagement hat sich dementsprechend als ein – wenn auch gewichtiges – Offert zur Betei-

ligung zurückzunehmen, das in der Binnenstruktur und im Kontext zu anderen Formen der Lebensgestaltung in der Entscheidung lebendig bleiben muss, was Gewicht für die Person und für die Gesellschaft hat (vgl. Heimgartner 2009).

Abb. 1  
Formen der Arbeit (und die Nicht-Arbeit)



### Stigmatisierungsgefahr

Das Herauslösen von Gruppen auch mit der besten Förderungsabsicht läuft stets Gefahr als negativer Fingerzeig anzukommen. Bereits bei der folgenden Analyse von Gruppen kann es sein, dass das Ergebnis nicht als Denkanstoß genommen wird, sondern individualisiert der Gruppe angelastet wird. In der Formulierung von Überlegungen, freiwilliges Engagement attraktiv zu machen, sind demnach bevorzugt solche Ideen zu kommunizieren, die sich im Strukturellen bewegen, ohne sofort eine bestimmte, „ehrenamtsferne“ Personengruppe damit zu assoziieren.

### Empirieproblem

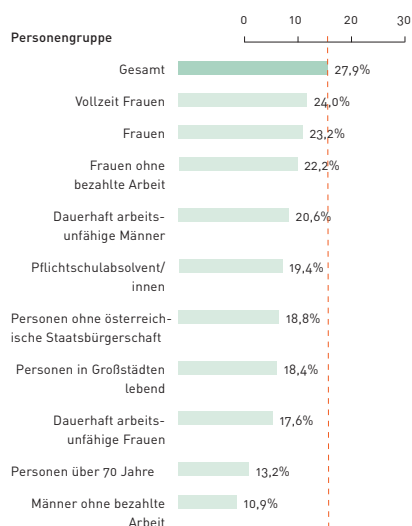
Die Daten, die im Folgenden verwendet werden, entstammen einer Mikrozensuszusatzhebung (n=13.471) (vgl. Statistik Austria 2008), die über ein Call-Center telefonisch abgewickelt wurde, und sie beschreiben die faktischen Beteiligungsquoten<sup>1</sup>. Bestimmte Personengruppen, um die es bei der Frage der Exklusionstendenzen von freiwilligem Engagement geht, sind möglicherweise mit dieser

quantitativen Methode schwer erreichbar. Dazu kommt, dass einige Variablen nicht zur Verfügung stehen (zum Beispiel Behinderung, psychische Krankheit), so dass Aussagen auf dieser Basis über Personen mit diesen Eigenschaften nicht zu leisten sind. Grundsätzlich besteht der Eindruck, dass Personen, die in stationären Einrichtungen wohnen, methodisch kaum erreicht werden.

Hinweise gibt es, dass Personen, die sich nicht freiwillig engagieren, eher als Personen, die sich engagieren, die Teilnahme an der Befragung verweigert haben. Es wurden nämlich Personen, die eine Befragung abgelehnt haben, nochmals kontaktiert. Bei jenen Personen, die beim zweiten Mal zu Antworten bereit waren, zeigt sich eine im Vergleich niedrigere Beteiligungsquote an Tätigkeiten freiwilligen Engagements (vgl. Statistik Austria 2008).

Diese Voranalysen sollen die Sicht auf die Aufgabe freimachen, freiwilliges Engagement als wichtiges Gut der Gesellschaft aufzufassen, deren gerechte Verteilung angestrebt werden sollte. Es gilt Chancengleichheit in den Zugängen und Durchführungsmodi herzustellen. Zunächst ist aber eine empirische Klärung zu vollziehen, soweit diese verfügbar ist.

Abb. 2  
Formelle Beteiligungsquoten unter dem Durchschnitt nach ausgewählten Personengruppen



### Empirisches in der Mitte

In einer Differenzierung zwischen formellem und informellem freiwilligem Engagement sind im Durchschnitt 27,9 Prozent der Bevölkerung in Österreich formell engagiert (vgl. Abb. 2). Schlusslicht dieser Aufstellung der Beteiligungsquoten sind Männer ohne bezahlte Arbeit. Während Frauen ohne bezahlte Arbeit knapp seltener als der Durchschnitt partizipieren, ist der Abfall bei Männern eklatant. Berücksichtigt man außerdem, dass sich im Durchschnitt von allen Männern jeder dritte Mann freiwillig engagiert, fällt das Ergebnis noch drastischer auf. Da sich sogar dauerhaft „arbeitsunfähige Männer“ fast doppelt so häufig freiwillig engagieren, was an sich schon ein Widerspruch in Bezug auf die Arbeitsunfähigkeit ist, ist zu überlegen, mit welchen gesellschaftlichen Rückzugsprozessen der Verlust von bezahlter Arbeit verbunden ist.

Eine zweite Gruppe, die von einer deutlichen Absenz gekennzeichnet ist, sind Personen über 70 Jahre. Entweder individuelle oder strukturelle Gründe lassen es nicht mehr zu, dass Menschen über 70 Jahre ins freiwillige Engagement einbezogen werden. Da in jüngeren Lebensjahren von Personen eine höhere Beteiligungsquote vorliegt, ist davon auszugehen, dass es vor dem 70. Lebensjahr zu Abbrüchen kommt. Ein erwünschter Prozess der Umgestaltung des freiwilligen Engagements beziehungsweise des verändernden Mitwachsens des freiwilligen Engagements findet nicht ausreichend statt.

Mitbestimmend für die Beteiligungsquote ist insbesondere auch der Urbanisierungsgrad. Je städtischer Personen leben, desto geringer ist die Beteiligungsquote. Mehreres an Erklärungsansätzen ist dazu zu diskutieren. Als negative Interpretation kommt eine höhere soziale Isolation in den Großstädten in Frage. Neutral zu sehen ist die Interpretation über die gewachsene hauptamtliche Struktur in den Großstädten. Dies betrifft etwa die Freiwillige Feuerwehr, die in den Städten als Berufsfeuerwehr präsent ist. Aber auch zahlreiche soziale Dienste werden in den Städten eher bezahlt abgedeckt. Eine weitere Dimension betrifft die fehlende Staatsbürgerschaft. Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft tendieren eher dazu, kein formell freiwilliges Engagement zu zeigen. Daraus leitet sich eine konkrete Aufgabe an die Freiwilligenarbeit ab, ihre Strukturen zu überdenken, inwieweit sie sich auf die traditionellen sozialen Zugänge beschränken beziehungsweise auch offen für Personen

ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind. Das Fakt, ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu sein, wird vielfach mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus und arbeitsrechtlichen Beschränkungen verbunden sein, so dass eine Aufnahme in formelle Freiwilligenarbeit eine sozialintegrative Aussage wäre. Schließlich ist auch ein Zusammenhang zur höchsten abgeschlossenen Ausbildung zu sehen. Personen mit Pflichtschulabschluss sind im Vergleich zu anderen Ausbildungsstufen im freiwilligen Engagement seltener vertreten. Dies verweist auf die erforderliche Spezifität der Kompetenzen, die für die Erfüllung der Aufgaben im freiwilligen Engagement erforderlich ist.

Dass die Aussagen spezifisch für formelles freiwilliges Engagement gelten, bestätigt ein Blick auf die informellen Beteiligungsquoten. Hier zeigt sich eine weitaus größere Homogenität bei einem durchschnittlichen Prozentsatz von 27,1 Prozent. Ausgenommen sind über 70-jährige Personen, die auch hier deutlich darunter liegen. Dreht man die Frage um, um zu erfahren, welche Eigenschaften sein müssen, damit hohe formelle Beteiligungsquoten aufscheinen, lassen sich einige interessante Informationen gewinnen. Spitzenreiter

sind Personen, die in der Landwirtschaft arbeiten. Eindeutig ist das Ergebnis, dass Teilzeitbeschäftigung besonders bei Männern (56,7 Prozent), aber auch bei Frauen (36,6 Prozent) die Wahrscheinlichkeit auf freiwilliges Engagement erhöht. Ab drei Kindern (39,6 Prozent), mit Hochschulabschluss (38,8 Prozent) und bei geringerer Bevölkerungsdichte (34,2 Prozent) ist die Beteiligungsquote ebenfalls über dem mittleren Prozentwert.

### Angewandtes zum Schluss

Wendet man sich der Frage zu, welche Maßnahmen im Sinne von Good-Practice Beispielen beziehungsweise als Ideen zu nennen sind, scheint eine Differenzierung in vier Bereiche sinnvoll: zielgruppenunspezifische Maßnahmen, zielgruppenspezifische Maßnahmen, interne Veränderungen und gesellschaftliche Veränderungen mit direkter Relevanz (vgl. Tabelle 1).

Zu den zielgruppenunspezifischen Maßnahmen ist der Ausbau der Siedlungsarbeit zu nennen. Mit der Nähe zu den Bewohnerinnen und Bewohnern können ferne Gruppen für selbst gewählte Themen gewonnen werden (vgl. Sing/Heimgartner 2009). Auch in großstädtischen Siedlungsstrukturen sollte es üblich werden, Gemeinschaftsräume einzuplanen und

Zielgruppenunspezifisch	Zielgruppenspezifisch
Siedlungsarbeit mit Räumen (Ausbau)	Kooperation mit Freizeitassistenten (zum Beispiel Andas, Wochenklausur) (Ausbau)
Betriebe mit Gütesiegel für Soziale Verantwortung (Idee)	Intern
Orte mit Zentren (Urbanisierungsgrad, Zusatzinfo nötig) (Ausbau)	Sanftes Ehrenamt: Profilbildung und Arbeitsentwurf (Ausbau)
Mobile Engagementberater und Engagementberaterinnen (mehrsprachig) (Idee)	Niederschwelliges Clearing und Vermittlungszentren (Ausbau)
Ideenwerkstätten (Idee)	Internetplattform (Ausbau)
Projekte im Ausbildungsbereich (Ausbau)	Messe, Schnuppertage und Aufnahmezeiten (Idee)
	Gesellschaftlich
	Reduktion der bezahlten Arbeitszeit: Teilzeit als Vollzeit (empirisch gestützt)
	Adäquate Mindestsicherung ohne Statusverlust (ohne empirische Ergebnisse)

Tabelle 1  
Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements im Interesse der Chancengleichheit

architektonische Zentren zu ermöglichen, die eine Identifikation mit einem sozialen Gemeinwesen nahe legen. Schön wäre es, bei Produkten und Dienstleistungen der Wirtschaft ein Gütesiegel zu besitzen, das über freiwilliges Engagement im Rahmen von CSR-Aktivitäten Auskunft geben könnte (vgl. respACT 2009). Nicht nur, um Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu erreichen, wären mobile Engagementberater denkbar, welche die Vermittlungsideen der Freiwilligenzentren niederschwellig nach außen tragen. Grundsätzlich positiv wären Ideenwerkstätten zu sehen, die als Ideenbringer den Bürgerinnen und Bürgern relevante Aufgaben bewusst machen. Als ein Teil des personennahen, freiwilligen Engagements könnte die stärkere Einbindung in Ausbildungen fungieren (zum Beispiel Schule, Universität).

Zielgruppenspezifisch arbeitet bereits die Freizeitassistenz, die es Menschen mit Behinderungen erleichtert ihre Freizeit aktiv zu gestalten. Als eine Möglichkeit wäre dabei das freiwillige Engagement stärker zu berücksichtigen, wie es auch die Wochenklausur selbst für eine große, stationäre Einrichtung vorführte (vgl. Aufinger 2004).

Im Sinne eines sanften freiwilligen Engagements sollten noch häufiger eine behutsame und abgestimmte Profilbildung und dezente, individualisierte Arbeitsentwürfe entstehen. Erfreulich sind die örtlich differente Etablierung der Freiwilligenzentren als niederschwellige Orte des Clearings und der Vermittlung von freiwilligem Engagement. Ebenfalls immer stärker angenommen und dennoch ausbaufähig sind die virtuellen Plattformen. Leicht realisierbar wäre eine Messe des freiwilligen Engagements mit Schnuppertagen und nach außen sichtbaren Aufnahmephasen.

Gesellschaftlich lässt sich das höhere Engagement bei Teilzeit als Hinweis zur Arbeitszeitreduktion interpretieren. Inwieweit die erwünschte Mindestsicherung auch eine Förderung des freiwilligen Engagements nach sich ziehen würde, wird abzuwarten sein.

#### Literatur

- Aufinger, Nicola: Überbrücken von Klüften – Deskription einer soziokulturellen Intervention der Wiener KünstlerInnengruppe „WochenKlausur“ im Pflegezentrum Kainbach, Diplomarbeit an der Universität Graz, 2004.
- Heimgartner, Arno: Ehrenamtliche beziehungsweise freiwillige Arbeit in Einrichtungen Sozialer Arbeit, Frankfurt am Main, 2004.
- Heimgartner, Arno: Komponenten einer prospektiven Entwicklung der Sozialen Arbeit, Wien, 2009.
- Munsch, Chantal: Sozial Benachteiligte engagieren sich doch, Weinheim, 2003.
- respACT: Austrian Business Council for Sustainable Development, 2009 (Online: [www.respect.at](http://www.respect.at))
- Sing, Eva/Heimgartner, Arno: Gemeinwesenarbeit in Österreich, 2009.
- Statistik Austria: Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in Österreich. Aktualisierte Ausgabe, Wien, 2008.

#### Anmerkung

- 1) Paul Rameder vom NPO-Institut Wien gilt es für die übermittelten Daten zu danken.

# Freiwilliges Engagement und Integration: Sozialromantik oder Heilsversprechen?



Freiwilliges Engagement besitzt vielfältige Wirkungspotenziale und wird zunehmend als „Problemlöser“ für Wandlungsprozesse in der Gesellschaft wahrgenommen. Eine der zentralen Erwartungen ist die Hoffnung, Engagement schaffe „Integration“: Zwischen Jung und Alt; zwischen Einheimischen sowie Migrantinnen und Migranten; zwischen Menschen in Zeiten der Individualisierung und der Einsamkeit. Das Ziel dieses Workshops bestand darin, nach den Bedingungen und Möglichkeiten, aber auch nach den Grenzen von freiwilligem Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz am Beispiel der interkulturellen Integration zu fragen.

Hier lagen folgende Fragestellungen zugrunde: Unter welchen Bedingungen genau zeigt sich durch freiwilliges Engagement eine „Integrationswirkung“ und wie würden Sie diese beschreiben?

Gibt es „Integrationsleistungen“, die das freiwillige Engagement nicht erbringen kann, beziehungsweise sehen Sie auch Begrenzungen in dieser Wirkung der Integration?

Welche Integrationsleistungen des freiwilligen Engagements sind aus Ihrer Sicht noch nicht beziehungsweise zu wenig erkannt und gewürdigt?

#### Moderation

Dr. Martin Schenkel, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin



## Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement bewirkt Integration

Vicente Riesgo Alonso



**Vicente Riesgo Alonso**

ist Fachberater des Bundes der Spanischen Elternvereine und Vorsitzender der AEF (Spanische Weiterbildungsakademie e.V.). Er koordiniert die Projektarbeit dieser beiden Institutionen und ist für die pädagogische Leitung in Projekten der Multiplikatoren- und Multiplikatorausbildung (zum Beispiel: „Schlaue Kinder starker Eltern“) zuständig. Er koordiniert ebenfalls als Berater die Zusammenarbeit des Europäischen Dachverbandes der spanischen Elternvereine mit Mitgliedsorganisationen in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Belgien. Ehrenamtlich beteiligt er sich seit Jahren an verschiedenen Organisationen, Initiativen, Maßnahmen, Veranstaltungen (Seminaren, Tagungen, Foren) etc. in den Bereichen der Migrations- und der Integrationspolitik.

kann staatliche Verantwortung für zentrale gesellschaftliche Aufgabenbereiche (zum Beispiel Bildung, Gesundheit, Chancengleichheit, etc.) nicht ersetzen. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement spielt aber häufig eine avantgardistische, prospektive Rolle und handelt erfolgreich in Feldern, die sich für die etablierte Politik und die akademische Wissenschaft noch nicht erschlossen haben. Gerade im schwierigen Feld der interkulturellen Integration haben richtungweisende Entwicklungen stattgefunden und sind erfolgreiche Praktiken zu beobachten, die ohne staatliche Unterstützung und häufig sogar gegen den Mainstream in Politik und Gesellschaft vom freiwilligen Bürgerengagement konzipiert, initiiert und getragen werden. Sowohl solidarisches Handeln von Einheimischen – von der Hausaufgabenhilfe bis zur Mitarbeit am lokalen Netzwerk für Menschen ohne Papiere – als auch das selbst organisierte Wirken der Zugewanderten für ihre Anliegen und für die Verbesserung ihrer sozio-kulturellen und -ökonomischen Lage geschehen bisher in der Regel ohne staatliches Zutun, wenn sie nicht sogar mit gewissem Argwohn betrachtet werden. Gerade das selbst organisierte und häufig sehr erfolgreiche Handeln von Migranten in den Selbstorganisationen wurde in der Vergangenheit – und wird auch heute noch – nicht selten von relevanten, einheimischen politischen und gesellschaftlichen Institutionen ignoriert, missachtet oder als wenig integrativ disqualifiziert. Zu häufig sind sie dem selbst organisierten bürgerschaftlichen Engagement von Migranten mit Misstrauen begegnet, zu häufig haben sie fast ausschließlich auf seine Defizite und Unzulänglichkeiten hingewiesen und Angst vor angeblich damit einhergehenden „Parallelgesellschaften“ gestreut. Damit haben Politik und Gesellschaft zu lange die Fähigkeiten und Potenziale verkannt, die dieser Form des bürgerschaftlichen Engagements eigen sind, und damit auch wichtige Integrationschancen vertan.

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement gilt heute als ein Merkmal entwickelter demokratischer Gesellschaften und läuft andererseits Gefahr, für den Rückzug des Staates aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung instrumentalisiert zu werden. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement

### Freiwilliges Engagement und Integrationspotenziale

In den folgenden Zeilen sollen einige wichtige Bedingungen erörtert werden, unter denen das freiwillige Engagement von Migranten Gefahren vermeiden und seine Integrationspotenziale voll entfalten kann. Diese Bedingungen oder Voraussetzungen sind nicht spekulativ oder deduktiv aus allgemeinen Prinzipien abgeleitet worden, sondern basieren auf der Konzeptualisierung der erfolgreichen Praxis bürgerschaftlichen Engagements einiger Migrantenorganisationen, insbesondere der seit den frühen 1970er Jahren handelnden spanischen Elternvereine und ihres Bundesverbandes in Deutschland. Das aus dieser guten Praxis gewonnene Wissen und die Erkenntnisse zeigen die erfolgreiche Integrationswirkung des freiwilligen Engagements von Migranten vor allem dann, wenn folgende grundlegende Voraussetzungen vorliegen:

- Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Migranten soll auf die Mobilisierung der eigenen Ressourcen und Potenziale orientiert sein. Aus der Überzeugung heraus, dass die Migrantinnen und Migranten Experten in der eigenen Lebenswelt sind, können und sollen sie selbstbestimmt „das Wort ergreifen“, ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen artikulieren und vertreten und als aktive Subjekte in der Gesellschaft handeln. In der Auseinandersetzung mit anderen Betroffenen um die eigene Lebenssituation können Gemeinsamkeiten entdeckt und Zusammenhänge besser erkannt werden. So entsteht ein Prozess des Von-und-miteinander-Lernens. Aus der resignierten Isolierung (bzw. Isolierungsgefahr) entwickelt sich aktive Solidarisation, die eigene Fähigkeiten und Ressourcen mobilisiert. Auf diese Weise werden die Mängel zu einem Ansporn zur Tat, und die Schwächen verwandeln sich in Stärken.
- Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Migranten soll sich auf zentrale, wichtige Themen konzentrieren. Diese Themen können später eine „generative“ Funktion für andere Themen übernehmen. Deshalb ist die richtige Themenwahl ein Hauptanliegen beim freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement von Migranten. Die generativen Themen erlauben die Formulierung von konkreten Handlungsalternativen, „unerprobte Handlungsmöglichkeiten“ auszuloten und verlangen „nach der Durchführung neuer Aufgaben“<sup>1</sup>. Die Auswahl der richtigen Themen ermöglicht, aus Problem- beziehungsweise Grenzsituationen eine Chance zum Mehr-Sein zu entwickeln und lässt neue Möglichkeiten erst entstehen. So haben die in den spanischen Elternvereinen zu Beginn der 1970er Jahre engagierten Eltern die schlechten Schulergebnisse ihrer Kinder als Chance zur Mobilisierung der eigenen Kräfte und zur Veränderung dieser Situation durch eigenes Handeln verstanden. Im Rahmen der Selbstorganisation haben sie das Schulsystem in Deutschland kritisch und problemformulierend analysiert und aus dieser Analyse eine klare Strategie formuliert und sich konkrete Aufgaben gestellt, um ihren Kindern beim Schulerfolg zu verhelfen. Dabei verstießen sie grundsätzlich gegen die (teilweise impliziten) Regeln des Status quo im deutschen Schulsystem: Sie sprachen sich für die Einschulung der Gastarbeiter-Kinder in die deutsche Regelschule und gegen die für herkunftshomogene Schüler vielerorts von den Schulverwaltungen erdachten, so genannten „Nationalklassen“ aus. Sie befürworteten den muttersprachlichen Zusatzunterricht gegen die bei Lehrern und Lehrerinnen vorherrschende Meinung, dies würde eine „Überlastung“ für die ausländischen Kinder bedeuten. Sie sprachen sich für eine weitestgehende Teilnahme ihrer Kinder an weiterführenden Schulen, insbesondere am Gymnasium und gegen die vorherrschende Meinung aus, diese seien für Kinder aus ausländischen, nicht akademischen Elternhäusern nicht geeignet. Die spanischen Eltern in Deutschland haben unerprobte Möglichkeiten gewagt und sie haben Recht behalten<sup>2</sup>.
- Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Migranten soll auf die Förderung und Stärkung der eigenen Kompetenzen und der Selbstorganisation ausgerichtet sein. Das Leben unter den Umständen der Migration erfordert immer große Anstrengungen, sei es im persönlichen, familiären oder beruflichen Bereich. Die Problem- oder Grenzsituationen, die jeder Mensch in seinem Leben erfährt, haben in der Migration eine durch die Herausforderung der Anpassung an die neue gesellschaftliche Wirklichkeit bedingte, zusätzliche und erschwerende Komponente. Zur Über-

windung dieser Situationen bietet die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen der Individuen sowie der Gemeinschaften durch die Reflexion, Bildung und das solidarische Handeln in der Selbstorganisation die besten Voraussetzungen an. Höhere persönliche Kompetenzen und gemeinschaftliche Selbstorganisation eröffnen neue Perspektiven und verwandeln die Engpässe und scheinbaren Sackgassen der Migration in überwindbare Herausforderungen und bieten ein Sprungbrett zu neuen Chancen. In diesem Sinne haben die spanischen Elternvereine – neben der Stärkung der eigenen Organisationsstrukturen – ihr besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Erziehungskompetenzen von Müttern und Vätern unter den konkreten Bedingungen der Migration gerichtet und zu diesem Zweck die Eltern- und Erwachsenenbildung intensiv gepflegt.

- Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Migranten soll staatliches Handeln in den genannten zentralen gesellschaftlichen Aufgabebereichen einfordern, aber nicht warten, bis der Staat handelt, um Missstände zu beseitigen. Das aktive Handeln engagierter Bürgerinnen und Bürger zur Veränderung der sozialen Wirklichkeit ist nur denkbar auf der Grundlage einer problemformulierenden und kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen gesellschaftlichen Lebenssituation und deren Bedingungen und ist somit in diesem Sinne immer politisch. Als die spanischen Elternvereine sich für eine aktive Förderung der Teilnahme ihrer Kinder an weiterführenden Schulen entschieden, haben sie nicht nur selbstinitiativ gehandelt, sondern sie taten es auch im vollen Bewusstsein, dass staatliche Schulpolitik immer interessengetrieben ist und deswegen keine wesentliche Veränderung auf diesem Gebiet kurzfristig zu erwarten war. Sie haben aber weiterhin jahrzehntelang öffentlichpolitisch gegen die Unzulänglichkeiten und strukturellen Ungerechtigkeiten des deutschen Schulsystems (Benachteiligung von Migrantenkindern bei den Schulpflichtungen, frühzeitige Selektierung und geringe Beteiligung an weiterführenden Schulen, etc.) Stellung genommen und deren Beseitigung beziehungsweise Aufhebung eingefordert<sup>3</sup>. Aus dieser Erfahrung wird deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement von Migranten langfristige, klare Strategien mit mittel-

und kurzfristigen Zielsetzungen und Prozessen verbinden muss. Grundsätzliche strukturelle Veränderungen sind in der Demokratie immer das Ergebnis von langfristigen und komplexen Aushandlungsprozessen, auf die zugewanderte Individuen und Gemeinschaften in der Regel eher sehr eingeschränkt Einfluss nehmen können.

- Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Migranten soll die eigene Organisationsarbeit mit der Bildungsarbeit stark verbinden. In der Arbeit der spanischen Elternvereine in Deutschland hat sich eine an den pädagogischen Ansätzen Paolo Freires orientierte Eltern- und Erwachsenenbildung als sehr nützlich zur Erreichung dieses strategischen Ziels gezeigt. Die Eltern-/Erwachsenenbildung von bürgerschaftlich engagierten Migrantinnen und Migranten ist keine rein kognitive Beschäftigung mit vorher von vermeintlichen Experten festgelegten „Sachthemen“, sondern beinhaltet vielmehr eine kritische Reflexion der eigenen Praxis – auch und gerade der eigenen Organisationsarbeit – die wiederum die Themen und den Prozess der Bildungsarbeit bestimmt. Die gute Gestaltung der (Selbst-)Organisationsarbeit von Migranten ist somit viel mehr als nur „Vereinsmanagement“: Sie ist eine wahre Schule des Lebens und der Demokratie und trägt wesentlich zur Bewusstseins- und Persönlichkeitsbildung der darin engagierten Akteurinnen und Akteure bei.
- Das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Migranten benötigt eine professionelle, organisatorische und pädagogische Unterstützung und Begleitung. Die spanischen Elternvereine konnten dafür von Anfang an mit dem Fach- und Sachverstand des Referats für Schulwesen und Erwachsenenbildung der spanischsprachigen Katholischen Missionen in Deutschland und seit 1984 auch der AEF – Spanische Weiterbildungsakademie rechnen.

Zusammenfassend zeigt die Geschichte der spanischen Elternvereine in Deutschland, dass es gelungene Beispiele für die erfolgreiche Integrationswirkung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements von Migranten gibt, wenn die hier aufgezeigten Bedingungen erfüllt sind.

#### Anmerkungen

- 1) Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Hamburg, 1985, S. 84f. Auf den Seiten 71 bis 104 dieses inzwischen zum Klassiker avancierten Werkes erläutert Paulo Freire ausführlich den von ihm entwickelten Begriff der „generativen Themen“.
- 2) Die Schulergebnisse von Kindern spanischer Migranten in Deutschland (vgl. unter anderem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin, 2009, S. 34-55, insbesondere die Seiten 40 bis 41) gelten inzwischen als eine Erfolgsgeschichte, die große Anerkennung findet und für deren Ursachen nach Erklärungen gesucht wird. Dazu auch: Vicente Riesgo, Selbsthilfepotenziale nutzen und Migrantenvereine fördern: Das Beispiel der Spanier in Deutschland; in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Integration und Integrationsförderung in der Einwanderungsgesellschaft, Bonn, 1999, S. 123-132 sowie José Sánchez Otero, Die spanische Einwanderung nach Deutschland: eine Erfolgsgeschichte. Manuskript, 2006.
- 3) Viele dieser vom Bund der Spanischen Elternvereine in Deutschland lange vertretenen Positionen sind inzwischen zum erklärten Ziel bundesdeutscher Politik im Nationalen Integrationsplan (NIP) der Bundesregierung geworden. So steht auf Seite 64 des NIP als Zielbestimmung zum Thema Bildung: „Es geht darum, eine frühzeitige Auslese möglichst zu vermeiden, längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen und die Durchlässigkeit innerhalb des Bildungssystems aktiv zu steigern“. Ebenso bekennt der NIP, dass Deutschland ein Bildungssystem braucht, „das Chancen eröffnet, Potenziale entfaltet und Bildungserfolge nicht von sozialer Herkunft abhängig macht“ (ebenda, S. 63). Die offizielle Politik benötigte fast vier Jahrzehnte, um Fakten anzuerkennen und Positionen zu vertreten, die von den spanischen Elternvereinen bereits zu Beginn der 1970er Jahre sehr deutlich wahrgenommen wurden. Dies ist ein gutes Beispiel für die anfangs erwähnte avantgardistische und prospektive Rolle von bürgerschaftlichem Engagement im Migrations- und Integrationsbereich.

## Migration und Freiwilligenarbeit – Konzeptuelle Überlegungen<sup>1</sup>

Sandro Cattacin



**Prof. Dr. Sandro Cattacin**

ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Genf und Direktor des Soziologischen Departments. In seiner Forschungstätigkeit stehen zurzeit Fragen des freiwilligen Engagements, des politischen Engagements und der Marginalität im urbanen Kontext im Vordergrund.

lands ist nur deshalb so erfolgreich, weil sich dort eben solche Menschen, sozusagen „Unternehmertypen“ angesiedelt haben, die ihr soziales Netz am Ursprungsort gegen Unsicherheit an einem neuen Ort eingetauscht haben.

Diese unternehmerische Kompetenz wirkt sich am Ort der Migration auf das Verhalten der Migrantinnen und Migranten aus. So sind sie meist überdurchschnittlich motiviert, aus ihrer Entscheidung, das Land zu verlassen, das Beste heraus zu holen. Sie sind eine aufstiegsorientierte Motivationselite, die jede Arbeit ernst nimmt und sich in jeder Situation äußerst engagiert. Daher waschen Migrantinnen und Migranten besser die Teller, scheuen keine Arbeit oder Überstunden und führen ihre Betriebe beinahe in protestantischer Art und Weise. Sie suchen aber auch Anerkennung für das, was sie tun, sowohl am neuen Ort, als auch im Heimatort, wohin sie keinesfalls als „Looser“ zurückkehren möchten.

Diese Suche nach Anerkennung bringt Migrantinnen und Migranten zwangsläufig in den Kreislauf der Gesellschaft, in der sie leben. Sie wünschen sich nicht nur Verständnis für ihre Verschiedenheit, sondern sie streben auch nach hilfreichen Kontakten und sind ständig auf der Suche nach neuen Chancen. Diese Orientierung trifft jedoch oft auf Unverständnis, und statt Unterstützung und Anerkennung erfahren Migrantinnen und Migranten im Alltag Diskriminierung und Ablehnung – oft auch ihrer religiösen Spezifität, die Einheimischen als Privatsache zugestanden wird, während besonders bezüglich des Islams die Religion ausschliesslich in ihrer öffentlichen Dimension wahrgenommen wird<sup>2</sup>. So kann die Migration schnell vom Traum zum Albtraum werden: der Mensch wird zur Ware degradiert, in prekären Jobverhältnissen ausgenutzt, soziale und religiöse Verschiedenheit werden als Gefahr und nicht als Bereicherung wahrgenommen, Rechte sind ungleich verteilt. Frustration und Misstrauen gegenüber dem

Worin besteht ein Migrationsprojekt? Ein Mensch beschließt aus vielen Gründen, einen Ort zu verlassen, an dem er lange gelebt hat. Die wohl wichtigsten Gründe sind die Suche nach einer besseren ökonomischen Absicherung, lebensweltliche Gefahren und Bedrohungen aller Art und schliesslich die Liebe – der wohl wichtigste Migrationsgrund, wie die Statistiken zu Heirat und Familiennachzug zeigen. In allen Fällen ist der Schritt zur Migration ein mutiger, und so sind Migrantinnen und Migranten auch mutige Menschen, unternehmerische Menschen, Menschen, die etwas wagen. Die Geschichte Australiens, der Vereinigten Staaten, Kanadas und Neusee-

neuen Lebensort, aber auch gegenüber den Menschen, die über Politik und Positionen, über soziale und wirtschaftliche Vorherrschaft bestimmen, treten an die Stelle des ursprünglichen Migrationstraums. Ein Kreislauf der Verachtung stellt sich ein, mit allen Folgen auf die Eigen- und Fremdwahrnehmung von Migration (vgl. Honneth 1992).

### Vereine

Diese (Leidens-)Erfahrung des gesellschaftlichen Ausschlusses ist wohl der wesentlichste Grund der Suche nach Affiliationsformen in den Ursprungsgemeinschaften. Erst in dieser parallelen Welt werden die Migrantin oder der Migrant wieder zum Menschen, sie finden vertrauenswürdige Informationen, echte Freunde, mit denen es wieder möglich ist, zu spielen und zu lachen, und die erst noch die Wut gegenüber der neuen Gesellschaft teilen. So entstehen Inseln des Wohlseins – oft auch für besser gestellte Personen, die sich als „expats“ und nicht als Migranten oder Migrantinnen wahrnehmen<sup>3</sup>. Das freiwillige Engagement in all diesen kollektiven Formen der Organisation ist durchaus vergleichbar mit jenem der heimischen Bevölkerung. Doch sind Migrantinnen und Migranten im Schnitt etwa zehn Prozent weniger bereit, sich in freiwilligen Settings zu engagieren. Das erklärt sich vor allem damit, dass Freiwilligenarbeit auf einem ganz spezifischen Gemisch von sozialer Kontrolle und Verantwortung aufbaut, aber auch eher Menschen bewegt, die sich Zeit nehmen können, sich gewissermaßen den Luxus leisten können, für andere da zu sein<sup>4</sup>. Personen mit Migrationshintergrund denken zuerst an sich. Sie sind auch in einer doppelten Verpflichtung, gegenüber ihrer Familie im Herkunftsland, gegenüber ihrer Arbeit im neuen Land, die wenig Zeit lässt, sich in Vereinen zu mobilisieren. Der soziale Druck, sich im Land der Migration zu engagieren, ist tiefer. Man weiß ja nicht, wie lange man bleibt, bleiben kann. Das führt auch dazu, dass das Engagement in Vereinen, wenn es einmal zustande kommt, eine ganz spezifische Motivationsbasis hat.

### Motivation zum freiwilligen Engagement

Grundsätzlich lassen sich drei Formen und Zeiten des Engagements unterscheiden. Eine erste Form besteht im Engagement in Vereinigungen, die konkret nützlich sind. Es sind Orte, wo wichtige

Informationen ausgetauscht werden, beispielsweise über offene Arbeitsstellen, gute Ärzte und Ärztinnen, preiswerte Autowerkstätten oder auch einfach nur über das Ausfüllen von Steuerformularen. In diesen Vereinen, die eine quasi vorgewerkstattliche Form ähnlich einer Selbsthilfegruppe besitzen, ist Mitgliedschaft und Engagement immer auch mit einem konkreten persönlichen Nutzen verbunden.

Daher werden sie oft auch bereits zu Beginn des Migrationsprozesses aufgesucht.

Eine zweite Organisationsform sind die identitätsstabilisierenden Vereine, die eher als Rückzugsräume dienen und gewissermaßen Orte der Reflexion von Leiden sind. Orte also, in denen kompensatorische Dynamiken der Nicht-Anerkennung stattfinden und der soziale Aufstieg, vom Kassier zum Präsidenten, realisiert werden kann (Fibbi 1983). Auf diese Weise werden Vereine Orte der Umkehrung von Stigmatisierung (Goffman 1963), denn hier kann man wieder stolz sein auf seine Herkunft, seine Sprache und erhält erst noch Kraft, die nicht nur den Einzelnen, sondern auch das Kollektiv stärken. Wenn die ersten Hürden in der Ankunftsgesellschaft überwunden sind und sich die Frage der Zugehörigkeit zu stellen beginnt, erhalten solche Vereine eine wichtige Bedeutung für den Migrationsprozess. Regionale, italienische oder spanische Vereine oder andere Diaspora-Organisationen aus aller Welt sind Beispiele solcher Rückzugsinseln.

Schließlich engagieren sich Migrantinnen und Migranten in Vereinen, die sich auf die soziale und politische Arbeit spezialisiert haben. Diese Vereine sind oft Partnerorganisationen lokaler oder regionaler Behörden und helfen mit, die Beziehungen zwischen der Migrationsbevölkerung und den Einheimischen zu verbessern. Sie bieten Sprachkurse an, führen Veranstaltungen zu Fragen der Gesundheit und der Schule durch oder wenden sich an die Öffentlichkeit, um Diskriminierungen und Rassismus anzuprangern. Das Engagement in diesen Vereinigungen findet meist erst nach einer längeren Auseinandersetzung mit dem neuen Lebensort statt. Oft sind es auch erst die Nachkommen der ersten Generation der Migration, die sich in solchen Vereinen organisieren.

### Soziales Kapital

Vereine haben meist ein sehr unterschiedliches „Innenleben“, doch alle zeichnen sich dadurch aus,

dass sie Vertrauen aufbauen, eine wichtige Ressource im Zusammenleben und in der Entstehung von Gesellschaft, denn Vertrauen fördert Sicherheit und Zuversicht. So fördern Vereine auch soziales Kapital und werden so zu zentralen Stützen im Migrationsprozess. Denn eine durch das Vereinsleben gestärkte Persönlichkeit kann sich außerhalb des Vereins selbstbewusster durchsetzen und kreativer mit Vielfalt und Ambivalenzen umgehen. Vereine haben aber auch ein kollektives „Außenleben“, indem sie aktiv auf lokale Behörden oder Schulen zugehen, sich in die Politik einmischen oder die Öffentlichkeit auf Diskriminierungen, Rassismus und Ungleichbehandlungen aufmerksam machen. Wie Simone Baglioni beinahe zufällig herausgefunden hat, knüpfen Migrant\*innenvereine beispielsweise auf lokaler Ebene mehr Beziehungen als autochthone Gruppen (Baglioni 2004 ; Baglioni 2005). Sie schaffen dadurch wichtiges soziales Kapital und damit auch Lebensqualität in einer Gemeinde. Eine Gruppe, die zum Beispiel Jassfreunde in Bern vereint, ist viel weniger verlinkt und mehr ghettoisiert als der spanische Elternverein, der Kontakte zu Schulen und Behörden pflegt, oder auch der galizische Tanzklub, der Auftritte in öffentlichen Sälen organisiert.

#### Ghetto oder Orte gesellschaftlicher Integration?

Migrant\*innenvereine können aber auch – ähnlich wie Kirchen oder Lifestyle-Gruppen – zu nahezu abgeschlossenen Welten werden. Solche Abschottungen sagen dabei meist mehr über die Gesellschaft aus, in der diese stattfinden, als über die Menschen, die sich dahinter verbergen. Denn Ghettabbildungen sind Ausdruck von Abgrenzungen der Mehrheit gegenüber der Minderheit und somit Produkte symbolischer oder physischer Gewalt. Erst die gesellschaftliche Inklusion der Minderheit durch die Mehrheit kann solche Ghettos aufbrechen und die Minderheit am gesellschaftlichen Diskurs gleichberechtigt und gleichwertig beteiligen<sup>5</sup>. Beispiele dafür sind die seit kurzem stattfindenden Treffen mit islamischen Vereinen in Deutschland oder Frankreich oder die Besuche von Festen von Migrant\*innenvereinen durch die städtischen Integrationsbeauftragten in der Schweiz. Doch Ghettoisierungen sind eher die Ausnahme, in der Regel sind Migrant\*innenvereine nicht Orte der Abschottung sondern der gesellschaftlichen Öffnung. Orte, die sich durch intensive Innen- und Außen-

beziehungen auszeichnen, die – ganz in der Logik der Allportschen Kontakttheorie – Vorurteile abbauen und den Respekt von Verschiedenheit fördern (Allport 1954). Als zentrale Informationsdrehscheibe zwischen der Migrationsbevölkerung und der lokalen Bevölkerung arbeiten Vereine an gesellschaftlichen Schnittstellen und Übergängen und leisten dadurch einen wesentlichen, wenn nicht gar den wichtigsten Beitrag zur gesellschaftlichen Integration von Migrant\*innen und Migranten (Cattacin 2006).

Darüber hinaus sind es primär die Vereine, die sich um diejenigen kümmern, deren Migration scheitert, und die die Probleme der Desintegration absorbieren beziehungsweise auffangen.

Migrant\*innenvereine spielen eine zentrale Rolle bei der Integration von Migrant\*innen und Migranten. Daher sollte eine Politik der Inklusion diese von Anfang an – also nicht erst bei der Umsetzung, sondern bereits bei der Entwicklung von migrationspolitischen Aktionen – als gleichberechtigte, vollwertige Partner mit einbeziehen. Nur auf diese Weise kann der gegenseitige Respekt gefördert, das vorhandene Wissen genutzt sowie das Verständnis von Verschiedenheit in einer pluralisierten Gesellschaft verbessert werden. Auf diese Weise können sich daneben auch Vereine entfalten, die sich nicht mehr auf Nationalitäten und Ethnien beziehen, sondern auch intern den gesellschaftlichen Pluralismus widerspiegeln. Engagierte Migrant\*innen und Migranten in Gewerkschaften, Parteien, sozialen Initiativen wären dann nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel.

#### Literatur

- Allport, Gordon Willard: The nature of prejudice. Cambridge Mass./Boston Mass.: Addison-Wesley publ.; The Beacon Press, 1954.
- Baglioni, Simone: Société civile et capital social en Suisse. Une enquête sur la participation et l'engagement associatif, Paris, 2004.
- Baglioni, Simone: „Immigrati e cittadini di fatto? Fiducia nelle istituzioni, associativismo e partecipazione politica degli immigrati in Svizzera.“ Forum Numéro spécial (10 ans SFM), 2005, S. 98-107.
- Cattacin, Sandro: „Why not „ghettos“? The governance of migration in the splintering city.“ Willy Brandt Series of Working Papers in International Migration, Migration and Ethnic Relations, Malmö: Malmö University, IMER. 06(2), 2006.
- Cattacin, Sandro/Gerber, Brigitta/Sardi, Massimo/Wegener, Robert: Monitoring rightwing extremist attitudes, xenophobia and misanthropy in Switzerland. An explorative study. Geneva: Sociograph- Sociological Research. Study No 1 of the Department of sociology of the University of Geneva, 2006.
- Duchêne-Lacroix, Cédric: Von französischen zu plurikulturellen Archipelen: Lebensformen von Franzosen in Berlin, in Kreutzer, Florian und Silke Roth (Hg.). Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität, Wiesbaden, 2006, S. 240-259.
- Fibbi, Rosita: Die italienischen Vereine in der Schweiz in einer Übergangsphase: einige Fragen an die Linke. Widerspruch 1983(6), S. 76-85.
- Goffman, Erving: Stigma: notes on the management of spoiled identity. Prentice-Hall: Penguin, 1963.
- Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/M., 1992.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas: Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung, in Heitmeyer, Wilhelm (Hg.). Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/M., 2006, S. 179-187.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle/Freitag, Markus/Bühlmann, Marc: Freiwilligen-Monitor Schweiz 2007, Zürich, 2007.

#### Anmerkungen

- 1) Vielen Dank an Dagmar Domenig für die konstruktive Diskussion, die diesen Artikel inhaltlich bereichert hat.
- 2) Erinnert sei an die Initiative der Schweizerischen Volkspartei, die Minarette verbieten möchte oder an die Umfragen, die die Islamophobie messen (für Deutschland vgl. Küpper und Zick 2006 oder zur Schweiz vgl. Cattacin et al. 2006).
- 3) Siehe dazu zum Beispiel Duchêne-Lacroix 2006.
- 4) Vgl. dazu etwa den Schweizer Freiwilligenmonitor (Stadelmann-Steffen et al. 2007).
- 5) Vgl. dazu die Arbeiten von Allport zur Kontakttheorie (Allport 1954).

## Versuche von Integration und Partizipation in der Marktgemeinde Ottensheim/Österreich

Ulrike Böker



**Uli Böker**

ist Bürgermeisterin der Marktgemeinde Ottensheim (Österreich) und Obmannstellvertreterin des Regionalvereins „Urfahr West-uwe“. Sie ist in zahlreichen Vereinen und Kulturgruppen ehrenamtlich tätig.

Ein reges kulturelles, interkulturelles Leben prägt Ottensheim. Zeitgenössische Kunst und Kultur kooperieren mit traditionellen Formen. Starker Akzent wird auf die Vernetzung der verschiedensten Vereine gesetzt. Ottensheim ist auch organisatorischer Sitz des weit über Oberösterreich hinaus bekannten zeitgenössischen „Festival der Regionen“. Zusätzlichen Anreiz bietet die spezielle Situation als Ort an der Schnittstelle zwischen einer ländlichen Tradition und der unverkennbaren Nähe zur Landeshauptstadt Linz (Europäische Kulturhauptstadt 2009) – mit allen bereichernden, wie auch beeinträchtigenden Auswirkungen auf die örtliche Lebensqualität. Inwieweit meine Erfahrungen als Praktikerin ge-

nerell die österreichische Sicht zu diesem Thema beleuchten, kann ich nicht beantworten. Meine Erfahrungen kommen:

- **Aus der kommunalen, regionalen Ebene**, in der ich seit vielen Jahren auch im ehrenamtlichen/freiwilligen Sektor tätig bin. Ottensheim – eine Gemeinde, die vielleicht gerade durch das hohe ehrenamtliche Engagement ein bisschen „anders tickt“, aus dem heraus (1997) eine Bürgerliste entstanden ist und gestaltend und prägend und vor allem ehrenamtlich in der kommunalen Politik mitmischend und seit 2003 die Bürgermeisterin stellt.  
  
Zusammenfassend:  
„Integration – kommunale Mitgestaltung durch zivilgesellschaftliches Einmischen“  
„Die Zivilgesellschaft zieht durch ihr freiwilliges Engagement eine Spur durch das Gemeindeleben!“
- **Aus dem kulturpolitischen Bereich aus dem Bundesland Oberösterreich**. Aus dem Blickwinkel von Kulturinitiativen – auch Migrantenvereinen – einem Zusammenschluss von circa 100 hauptsächlich ehrenamtlich arbeitenden Kulturgruppen zur Kulturplattform Oberösterreich, in deren Vorstand ich tätig war. Eine Plattform als Sprachrohr der Initiativen zur Landespolitik.
- **Aus den Erfahrungen durch die Aufnahme von Asylwerberinnen und Asylbewerbern in der Gemeinde** beziehungsweise der Region und dem Versuch, mit zumeist ehrenamtlichem Engagement einen Partizipations- beziehungsweise Integrationsprozess zu initiieren und zu unterstützen. „Integration – Fremdsein – Hiersein“, Neues und Fremdes zulassen – eine Grundhaltung in unserem Leitbild und bei mir selbst. Mittlerweile auch

in sehr viele Initiativen gesetzt. Ich will mich bei meinem kurzen Impuls auf die positiven Auswirkungen ehrenamtlichen Engagements in unserer Gemeinde beschränken, einige Beispiele ansprechen und möchte aber gleichzeitig betonen, dass dies alleine nicht genügt und es unbedingt Strukturen braucht, die finanziert werden müssen.

### Unter welchen Bedingungen genau zeigt sich durch freiwilliges Engagement eine „Integrationswirkung“ und wie würden Sie diese beschreiben?

Durch eine politische Kultur in der Gemeinde selbst, die das Partizipative versucht zu leben und die unterschiedlichen politischen Gruppierungen mit einbezieht. Die Gemeinde selbst ist sehr aktiv und hat freiwillig Menschen aus anderen Herkunftsländern (Asylwerberinnen und Asylbewerber) aufgenommen. Die Integration von Asylwerbern war das erklärte Anliegen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter über (fast) alle Parteigrenzen hinweg. Ohne die Unterstützung durch Freiwilligenarbeit hätte die Gemeinde dies allerdings nicht ohne größere Konflikte geschafft. Nachfolgend einige ausgewählte Beispiele, die in den letzten 15 Jahren entstanden sind und viel zum Gelingen einer Kultur des Miteinbeziehens, des Partizipierens in unserer Gemeinde/Region beigetragen haben.

#### • Sozialinitiative „über-Brücken“

Engagierte Frauen und Männer aus drei Gemeinden haben ein Netzwerk zur Hilfe und Unterstützung für die bei uns Angekommenen und jetzt hier lebenden Asylwerberinnen und Asylbewerber aufgebaut. Zusätzlich zu den Einrichtungen wie Caritas oder anderen sozialen Einrichtungen unterstützen diese Freiwilligen aus der Zivilgesellschaft in allen Lebenslagen: Möbel und Hausrat wurden besorgt, notwendige Transporte wurden gemacht, Unterstützung und Begleitung bei Behördengängen, Organisieren von Deutschkursen in den örtlichen Schulen, Organisation von Veranstaltungen, zum Beispiel Kunstauktion von regionalen Künstlerinnen und Künstlern, um zu finanziellen Mitteln zu gelangen, persönliche Kontakte zu Migrantinnen und Migranten, um unter anderem auch durch den Besuch von Veranstaltungen und Vereinsfesten ein möglichst schnelles Einleben in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Die Gemeinde stellt Startwohnungen

zur Verfügung (allerdings in bescheidenen Ausmaß), da Wohnraum in Ottensheim rar ist und die zur Verfügung gestellten Wohnungen auch mit keinem besonderen Standard ausgestattet sind. Die Gruppe „über-Brücken“ versucht Migrantinnen und Migranten als Menschen wie dich und mich wahrzunehmen, als Menschen, die ihre ursprüngliche Heimat nicht leichtfertig verlassen haben und die nun bei uns eine zweite Heimat suchen. Diese Diskrepanz zwischen dem Nichtvergessen der ursprünglichen Heimat und dem Eingliedern in die Gesellschaft der neuen Heimat stellt sicher ein Problem dar, das gemeinhin mit Integration überschrieben wird. Bei dieser Integration versuchen wir zu helfen.

#### • Cafe der Kulturen

Diese Begegnungsmöglichkeit für Österreicherinnen und Österreicher und Migrantinnen und Migranten findet seit Mai 2007 an jedem 1. Freitag eines Monats ab 15 Uhr statt, ein sehr niederschwelliges Angebot zum Austausch. Hier treffen sich wirklich die unterschiedlichsten Nationen – in Ottensheim leben 33 Nationen. Ein Projekt, das sehr gut angenommen wird und bei dem sich niemand verpflichtet fühlen muss.

#### • Kalenderprojekt 2008

Eines der Grundbedürfnisse des Menschen ist das Essen. Mit dem Kalenderprojekt 2008 versucht die Sozialinitiative „über-Brücken“, neben dem ganz profanen Ziel, finanzielle Mittel für die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten zu bekommen, mit dem Hilfsmittel Essen eine Brücke zu schlagen zwischen den Kulturen von Menschen, die nicht immer bei uns waren und unserer eigenen Kultur. Da Kultur und das gegenseitige Verstehen nicht nur über die Schiene Essen läuft, haben uns die „12 Kalenderfamilien“ nicht nur Einblick in ihre Kochtöpfe gewährt, sondern durch kurze Geschichten aus ihrem Leben und für sie wichtige Sprichwörter, auch Einblicke in ihr Leben.

#### • Mitwirkung am Wochenmarkt

– einem Kommunikationsknotenpunkt der Gemeinde und darüber hinaus. Migrantinnen und Migranten beziehungsweise Asylwerberinnen und Asylbewerber wurden von der Gemeinde eingeladen, typische Gerichte aus ihrer Heimat zu verkaufen, um so Kontakt zu knüpfen und ein bisschen Taschengeld zu verdienen. Dieses wurde jedoch vorerst von den zuständigen Betreuungseinrichtungen unterbunden.

- **Der öffentliche Raum – ein Konfliktpunkt. Vermittlung zwischen den Kulturen am Rodlgelände**

In vielen Gemeinden stellt die Nutzung von freien öffentlichen Flächen zum Grillen ein Problem dar, auch in Ottensheim. Ein Grund hierfür ist sicher, dass diese Flächen zum Großteil von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund benutzt werden. Dies ist verständlich, weil diese Menschen in einer anderen Wohn- und Familiensituation leben wie die meisten von uns und das gemeinsame Kochen im Freien auch Teil ihrer Kultur ist. Bei vielen Einheimischen führt auf der anderen Seite eine Konzentration von fremd aussehenden Menschen zu meist irrationalen Phobien, die sich darin manifestieren, dass man zwar nicht offensichtlich gegen diese Menschen argumentiert, jedoch gegen Raucherentwicklung, Parkplatzprobleme, Müllproblematik usw. Einige Gemeinden haben daher auf solchen Plätzen das Grillen verboten. Ottensheim beschreitet in dieser Beziehung einen anderen Weg.

„Jede/r Einzelne, gleich welcher Zugehörigkeit und Identität, kann und muss dazu beitragen, Begegnung und gleichberechtigte Teilhabe für alle zu ermöglichen.“ (Auszug aus dem Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich). Gemäß diesem Satz haben engagierte Gemeindegängerinnen und Gemeindegänger, vor allem auch Migrantinnen und Migranten aber auch Gemeindegängerinnen und Gemeindegänger ein Konzept entwickelt, das ein konfliktfreies Miteinander aller Benutzer dieses Platzes (Rodlgelände) ermöglichen soll.

Auch die zuständige Sozialabteilung des Landes Oberösterreich hat dieses Projekt unterstützt. Von Mai des letzten Jahres bis September wurde von Migrantinnen und Migranten und Nicht-Migrantinnen und Nicht-Migranten wertvolle Vermittlungsarbeit durchgeführt. Alle Benutzerinnen und Benutzer dieses öffentlichen Raumes wurden dabei über die Regeln zur Benutzung dieses Platzes informiert. Statistische Daten, wie Herkunft, Benutzungsfrequenz, Größe der Besuchergruppe wurden mit einem eigens entwickelten Fragebogen erhoben, um daraus noch mehr Erkenntnisse zu gewinnen, die wiederum in das „Wie gehen wir mit diesem Thema um?“ einfließen können.

Ein Versuch, der Diskussion ein bisschen die Schärfe und Menschenfeindlichkeit zu nehmen.

- **Partnergemeinde Ottensheim (Österreich) und Vinac (Bosnien und Herzegowina)**

Menschen aus Bosnien leben seit den 1990er Jahren bei uns und sind Brückenbauerinnen und Brückenbauer zwischen den Ländern.

Der Fährmann der Drahtseilbrücke Ottensheim Revik Dzelilovic und seine Familie besitzen mittlerweile die österreichische Staatsbürgerschaft. Durch ihre Initiative lernten viele Ottensheimerinnen und Ottensheimer die Heimat dieser Menschen kennen. Das Austauschprojekt „Heiße Musik für kalte Schule“ entstand, und viele Ottensheimer waren schon zu Gast in Vinac und umgekehrt. Es ist dies ein wunderbares Ergebnis dieser brückenbauenden Freiwilligenarbeit, indem ganz viele junge Menschen aus Österreich und Bosnien und Herzegowina mit einem wechselseitigen Open Air die Brücke mitbauten! Eine Heizung wurde unter anderem mit den eingespielten Mitteln aus diesen Konzerten in der Schule in Vinac eingebaut. Demnächst sind wir wieder in Vinac zu Gast.

**Gibt es „Integrationsleistungen“, die das freiwillige Engagement nicht erbringen kann beziehungsweise sehen Sie auch Begrenzungen in dieser Wirkung der Integration?**

Ehrenamtliches Engagement wird sehr oft von den Politikerinnen und Politikern hoch gelobt. Der Staat zieht sich sehr gerne von Aufgaben zurück, wenn diese von Ehrenamtlichen gemacht werden. Die Arbeit auch der Ehrenamtlichen bedingt finanzielle Mittel. Ehrenamtliche sehen sich sehr oft als Bittstellerinnen und Bittsteller und werden teilweise auch so behandelt, obwohl sie auch wichtige Aufgaben des Staates, der Gemeinde übernehmen. Eine Entwicklung, die man mit sehr kritischem Blick beobachten wird müssen. Man sollte auch Ansätze finden, damit sich diese Entwicklung nicht verstärkt, denn der Frustrationseffekt kann eintreten, dann ziehen sich die Engagierten zurück – und dann?

**Welche Integrationsleistungen des freiwilligen Engagements sind aus Ihrer Sicht noch nicht beziehungsweise zu wenig erkannt und gewürdigt?**

Die Chance, mehr Integration auf Vereinsebene zu erreichen, ist denkbar. Es muss neue Strukturen geben, die das nicht unendlich vorhandene Potenzial an Freiwilligenarbeit unterstützen. Es fehlt auch an

finanziellen Anreizen, die von den Fördergeberinnen und Fördergebern überlegt werden sollten, ebenso soziale Absicherungen.

Vielleicht braucht es Integrationsbüros – in Oberösterreich gibt es flächendeckend (regionale) Sozialberatungsstellen, diese decken auch mit einem kleinen Anteil Migrationsthemen ab, jedoch nicht aus-reichend!

**Ottensheim versucht**

- Der Abkapselungen gesellschaftlicher Blöcke und Verhärtungen, sowie starrer Oppositionen entgegenzuwirken.
- Ein wechselseitiges Durchdringen von Entwicklungen zuzulassen, um Blockaden aufzulösen.
- Als Grundprinzip gilt der lebendige Dialog mit den Anderen, mit dem Fremden, den Fremden und das Ausprobieren von Neuem, Abweichendem.

# Arsen oder Spitzenhäubchen? Staatliche Förderung zwischen Engagementpolitik und Nachtwächtertum



Die Rolle staatlicher Förderung, ihre Formen und Ausmaße sind in Deutschland, Österreich und der Schweiz unterschiedlich. Sie zeugen von unterschiedlichen Entstehungsbedingungen, von Verständnissen politischer Kultur und von Staatlichkeit. Das Ziel dieses Workshops war es, herauszuarbeiten, ob es trotz länderspezifischer Unterschiede Rollen, Formen und Förderungen geben kann, die sich als eindeutig „ermöglichend“ für freiwilliges Engagement herausstellen. In diesem Workshop wurden folgende Fragestellungen diskutiert:  
Wie würden Sie aus Ihrer Erfahrung/aus Ihrer wissenschaftlichen Arbeit heraus die Art und Weise staatlicher Unterstützung für freiwilliges Engagement charakterisieren?

Welche sind die Stärken der in Ihrem Land spezifischen Art und Weise der Unterstützung beziehungsweise Nicht-Unterstützung?

Ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Staatlichkeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz die gemeinsame Konturierung einer Engagementpolitik im deutschsprachigen Raum denkbar und wünschbar und wenn ja, wie könnte diese aussehen?

#### Moderation

Dr. Herbert Ammann, Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), Zürich  
Robert Hahn, Ministerium für Arbeit und Soziales, Stuttgart

## Engagementpolitik im Wohlfahrtsstaat: willige Bürger – unwilliger Staat?

Josef Schmid



**Prof. Dr. rer. soc. Josef Schmid**

ist Professor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Tübingen. Seine Arbeitsgebiete sind Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozialpolitiken, Parteien, Verbände und Bürgerschaftliches Engagement. Zur Zeit ist er Studiendekan der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaft.

men beeinflussen wollen (im Sinne von Politics) c) den politischen Ordnungsrahmen, in dem sich dies abspielt (im Sinne von Polity). Was hat die Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement gemacht und welche Ergebnisse hat sie gebracht? Mit der Einsetzung durch den Deutschen Bundestag und den Bericht im Jahre 2002 ist das Thema verstärkt ins öffentliche Bewusstsein getreten und substantiell – nicht zuletzt durch entsprechende Forschung – unterfüttert worden. Zugleich sind eine ganze Reihe staatlicher Aktivitäten in die Wege geleitet worden, so etwa

- die Anhebung der Übungsleiterpauschale (2000),
- das Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen (2000),
- die Erleichterung des Engagements von Arbeitslosen nach dem Job- AQTIV-Gesetz (2002),
- die Öffnung der Freiwilligendienste statt Ableistung des Zivildienstes (2002),
- die Anerkennung von Freiwilligenagenturen als gemeinnützig (2003),
- der Ausbau der gesetzlichen Unfallversicherung (2005),
- die Einrichtung des Modellprogramms „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ (2005),
- die Förderung von Infrastruktureinrichtungen wie dem „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“
- die Einsetzung eines parlamentarischen Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ in der 15. und 16. Legislaturperiode,
- das „Gesetz zur weiteren Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ (2007).

Das sind vor allem Maßnahmen im Steuerrecht beziehungsweise Steuerung durch Recht sowie Institutionalisierungsformen des Diskurses. Nicht zu vernachlässigen ist aber die Agenda-Setting-Funk-

tion der Kommission; sie hat das Thema in die Politik gebracht und einen wichtigen Beitrag bei der Erzeugung von Aufmerksamkeit und Konsens geleistet.

### Was machen die Bundesländer?

Was machen nun die Bundesländer? Während sich der Bund in der verfassungsmäßig angelegten Arbeitsteilung vorwiegend gesetzgeberisch betätigt, nehmen die Länder innerhalb des deutschen Bundesstaats drei Aufgaben wahr:

- die Beteiligung bei der Gesetzgebung des Bundes über den Bundesrat
- die administrative Durchführung der Bundesgesetze sowie
- die autonome Gestaltung des Politikfeldes in Gesetzgebung und Umsetzung.

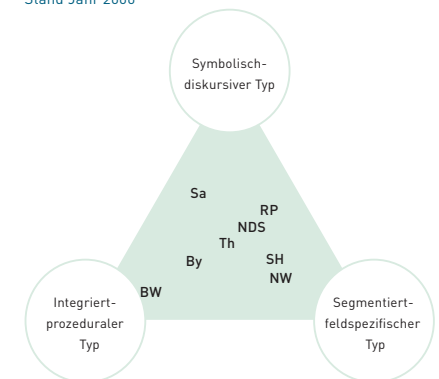
Dabei greifen diese eher zu Geld und Organisation als Steuerungsmittel. Die Länder entwickeln zugleich beachtliche innovative Kompetenzen; ja die Politik des Bürgerschaftlichen Engagements ist im Grunde eine Erfindung eines Bundeslandes – nämlich Baden-Württembergs. Denn schon seit 1990 sind hier Bemühungen gestartet worden, Bürgerinnen und Bürger zu Engagement zu ermutigen und hierfür passende Rahmenbedingungen zu schaffen. Interessant ist zugleich der Umstand, dass neben der breiten Vielfalt an Länderaktivitäten sich gewisse Typen herausgebildet haben. Stark vereinfacht existieren

- der integriert-prozedurale Typ: Hier erfolgt eine systematische Bündelung beziehungsweise Integration der Einzelmaßnahmen und Instrumente zu einer umfassenden Gesamtstrategie der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. Eine ressortübergreifende Vernetzung der Programme ist vorhanden. Auf der politischen Agenda ist das Thema weit oben angesiedelt und die finanzielle Ausstattung ist relativ hoch.
- der segmentiert-feldspezifische Typ: Dieser Typ repräsentiert den politisch-administrativen Normalzustand, bei dem mehrere Ministerien für unterschiedliche Zielgruppen und Programme zuständig sind. Eine umfassende politische Strategie der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements wird nicht entwickelt, und die landespolitische Relevanz des Themas ist eher mittel.

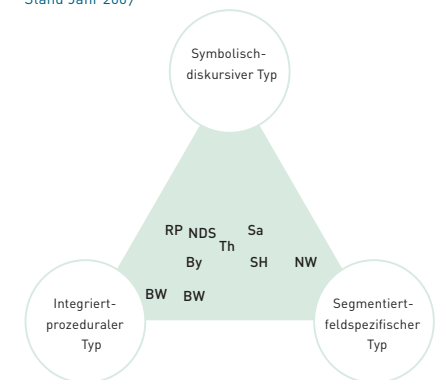
- der symbolisch-diskursive Typ: Dem Thema Bürgerschaftliches Engagement kommt eine hohe öffentliche Bedeutung zu, dem umfassenden Agenda-Setting folgen aber nur relativ kleine Maßnahmen und Programme. Betont werden vor allem Diskurse, Diskussionen und prozedurale Elemente. Allerdings ist diese Variante keine bloße „symbolische“ Politik, sondern eher eine Form weicher staatlicher Steuerung.

**Schaubild 1**  
Idealtypen und reale Fälle der Landes-Engagementpolitik um 2000 und 2007

Stand Jahr 2000



Stand Jahr 2007





Auf der Basis dieser Typologie lassen sich nun in einer grafischen Darstellung einige Fälle in ihren Mischungsverhältnissen anschaulich verorten. Zugleich können Verschiebungen der Fälle dargestellt werden, da das junge Politikfeld Bürgerschaftliches Engagement durch eine erhebliche Dynamik geprägt wird. So relativiert sich in Sachsen in der knappen Dekade (2000-2007) die Bedeutung der symbolisch-diskursiven Elemente, was auch mit dem Weggang von Kurt Biedenkopf zusammenhängt. In ähnlicher Weise – aber aus der und in die andere Richtung – „normalisiert“ sich der Fall Baden-Württemberg; hier ist das Thema unter dem neuen Ministerpräsidenten nicht mehr „Chefsache“. In Rheinland-Pfalz ist dagegen das Thema neuerdings in der politischen Agenda nach oben gerückt und eine starke Integration und Prominenz erreicht worden. Diese Dynamik ist beachtlich und bietet für engagierte Akteure durchaus Gestaltungschancen; zugleich ist sie Ausdruck einer geringen „Reife“ des Politikfeldes. Das heißt, es ist noch nicht zu stabilen Vermachtung- und Organisierungsmustern gekommen; daher der Freiheitsgrad für individuelle Handlungen und Entscheidungen.

#### Was soll die Politik (nicht) machen?

Damit erweist sich der Staat – also Bund und Länder – als durchaus williger Akteur. Das Bürgerschaftliche Engagement ist zu einem Politikfeld, zu einem Element wohlfahrtsstaatlicher Intervention geworden, bei dem die alten Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft verschwimmen. Zwar weist das Begriffsfeld Bürgerschaftliches Engagement, Zivilgesellschaft etc. durchaus eine gewisse „Staatsferne“ auf, da die Bürger in diesem Zusammenhang frei und keine Herrschaftsunterworfenen oder abhängigen Leistungsempfänger sind. Gleichzeitig spielen staatliche Politiken – von der konkreten Projektförderung bis zur Setzung von Rahmenbedingungen – für das bürgerschaftliche Engagement aber eine wichtige Rolle. Wie weit soll und darf der Staat gehen? Vereinfacht lassen sich zwei unterschiedliche Einschätzungen identifizieren, die sich jeweils durch entsprechende grundlegende sozialtheoretische und anthropologische Annahmen fundieren lassen.

- Für die einen weckt die staatliche Intervention neue Motivationen, verbessert die Handlungsbedingungen und erschließt so neue Kreise williger

Bürger für das Bürgerschaftliche Engagement.

- Für die anderen unterminiert die „Staatsknete“ die gewachsenen altruistischen Motive, es kommt zu unwilligen Bürgern und zu einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas), was das Bürgerschaftliche Engagement dann schwächt.

Dazwischen liegen eine Reihe vermittelnder Positionen, die es nahe legen, das Thema stärker zu differenzieren – je nach Betätigungsfeld und je nach Instrument. Dabei spielt neben dem Polit-Marketing und der Fähigkeit der Politik, entsprechend Legitimation und Akzeptanz zu erzeugen, auch die politische Kultur eine Rolle.

#### Ausblick: Warum gibt es Unterschiede bei drei Nachbarländern?

Der Stellenwert und die Ausprägung des Bürgerschaftlichen Engagements in einem Land – und ebenso der Umfang an akzeptierten Staatsaktivitäten in diesem Feld – hängen von mehreren Faktoren ab. Wichtig sind zum einen die individuellen Motivlagen, Eigenschaften und Ressourcen, die zum Bürgerschaftlichen Engagement führen. Ebenso wichtig sind aber gesamtgesellschaftliche Faktoren wie die Kultur, die Geschichte und die politischen Konflikte und Spannungen sowie der Stand der Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaats. Hier lässt sich an die vergleichenden Forschungen zur politischen Kultur und dem sogenannten historischen Neo-Institutionalismus anknüpfen, was mit Namen wie Lehbruch, Rohe oder Wehling verknüpft ist. Für die drei Länder, um die es hier geht, gilt aber, dass die Unterschiede relativ gering – etwa im Vergleich mit den USA – ausfallen.

Ein wichtiger Punkt bezieht sich auf den Unterschied, den Rohe zwischen Staats- und Gesellschaftskulturen macht:

- Staatskulturen kennzeichnet ein hohes Maß an Interventionsstaatlichkeit. Dem Staat kommt in der Arbeitsteilung zwischen öffentlichem und privatem Sektor eine bedeutende Rolle zu. Der politische Prozess ist bürokratisch-formalistisch geprägt und setzt kaum auf partizipative Methoden (zum Beispiel Deutschland bis 1945 und ff. sowie das Kaiserlich- und königliche-Österreich).
- Bei Gesellschaftskulturen dagegen dominiert eine liberale Doktrin, hier werden alle Initiativen

von der Gesellschaft, nicht vom Staat erwartet (zum Beispiel USA in Gründungsphase oder in Großbritannien und der Schweiz). Hier gibt es oft auch stärkere Formen der direkten Demokratie.

Ein solch vergleichender Blick in die Geschichte und politische Kultur der drei Länder ist nicht nur Ausweis akademischer Gelehrtheit, sondern auch hilfreich, wenn es darum geht, von anderen zu lernen. Zwar ist bekanntlich andernorts „das Gras immer grüner“, doch kommt es bei der Übertragung in den eigenen Garten oft zu technisch-administrativen oder normativen Widerständen. Der Vergleich kann daher den Blick sowohl für das Lernen wie auch für dessen Grenzen schärfen.

#### Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte, Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem? B9/2002.  
Der Bürger im Staat (BIS), Bürgerschaftliches Engagement, Nr. 4-2007.  
Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven, Opladen, 2001.  
Hessisches Sozialministerium/LandesEhrenamtsagentur Hessen: „Ohne Moos nix los?!“ Wie viel Bezahlung verträgt das bürgerschaftliche Engagement? Tagungsdokumentation, Wiesbaden, 2007.  
Schmid, Josef (unter Mitarbeit von Christine Brickenstein): Engagementpolitik auf Landesebene. Genese und Strukturierung eines Politikfeldes, in: Olk, Thomas (Hrsg.) i.E.  
Schmid, Josef: Verbändewohlfahrt im modernen Wohlfahrtsstaat – Strukturbildende Effekte des Staat-Kirche-Konflikts, in: Immerfall, Stefan/Steinbach, Peter (Hrsg.): Historisch-vergleichende Makrosoziologie. Stein Rokkan – der Beitrag eines Kosmopoliten aus der Peripherie. Historical Social Research, Special Issue 2/1995.

## Schweizer Gemeinden fördern freiwilliges Engagement

Marie-Luise Zürcher



**Marie-Luise Zürcher**

ist Rechtsanwältin und stellvertretende Direktorin beim Schweizerischen Gemeindeverband. Im Rahmen einer Schwerpunktarbeit des Verbandes befasst sie sich mit dem Dossier „Freiwilliges Engagement in den Gemeinden“. Sie lebt in Bern (CH) und Wien (A).

und Nachwüchertum vorzunehmen. Der praxisbezogene Teil beruht teilweise auf den Ausführungen von Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen, Universität Konstanz, zur Topographie des freiwilligen Engagements in der Schweiz (siehe dazu auch Beitrag in dieser Dokumentation von Stadelmann-Steffen). Die Referentin präsentierte dazu die Resultate des „Schweizerischen Freiwilligen-Monitors“, welcher zum ersten Mal im Jahre 2006 umfassend Auskunft gab über die Charakteristiken und Motive des freiwilligen Engagements in der Schweiz.

Um den Einstieg in die Diskussion über die Freiwilligenarbeit zu erleichtern, werden kurz einige Informationen über die Gemeinden wiedergegeben. Die Schweiz zählt heute insgesamt 2631 Gemeinden (Stand April 2009). In 1644 davon wird deutsch, in 787 französisch und in 200 italienisch gesprochen. Gemeinden im Kanton Graubünden, in denen rätoromanisch gesprochen wird, werden in der vorliegenden Aufzählung unter deutschsprachige Gemeinden erfasst. Im Gegensatz zu unseren Nachbarstaaten weist die Schweiz eine große Anzahl von kleinen Gemeinden und Städten auf.

Bevölkerung der Gemeinde	Anzahl Gemeinden
1 – 500	2.316
5.001 – 10.000	184
10.001 – 20.000	98
20.001 – 100.000	33
mehr als 101.000	5

Zu den über 101.000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Städten gehören: Bern, Basel, Lausanne, Genf und Zürich. Diese Vielfalt von kleinen und größeren Gemeinden,

aufgegliedert in städtische und ländliche Regionen mit verschiedenen Sprachen, gibt den Strukturen und dem Inhalt der Freiwilligenarbeit in der Schweiz ein besonderes Gepräge.

Weil die vielen Gemeinden insbesondere auf Bundesebene, aber auch auf kantonaler Ebene nicht einzeln ihre Interessen vertreten können, werden diese durch die Kommunalverbände wahrgenommen. Dem Schweizerischen Gemeindeverband sind mehr als 70 Prozent der Gemeinden angeschlossen. Zu seinen Mitgliedern zählen kleine bis große Gemeinden und Städte, wobei die Interessen der größeren Städte – ähnlich wie in Österreich und in Deutschland – insbesondere durch den Schweizerischen Städteverband wahrgenommen werden.

### Begriffliches zu Freiwilligenarbeit

Wie bei der Tagung „Grenzen-Los!“ immer wieder festgestellt wurde, wird bei näherem Hinsehen unter dem Begriff „Freiwilligenarbeit“ in der Schweiz, Deutschland und Österreich Unterschiedliches subsumiert. In der schweizerischen Alltagssprache versteht man unter Freiwilligenarbeit eine unentgeltliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit oder einer größeren oder kleineren Gemeinschaft, die freiwillig geleistet wird. In der Regel wird dieser Ausdruck auch im politischen Alltag nicht weiter differenziert. Im Zusammenhang mit dem Schweizerischen Freiwilligen-Monitor aus dem Jahre 2006 wurde die Freiwilligenarbeit in drei Kategorien unterteilt, nämlich in eine formell freiwillige, eine formell freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit sowie eine informell freiwillige Tätigkeit. Unter formell freiwilliger und formell freiwilliger ehrenamtlicher Tätigkeit versteht man eine unentgeltliche Arbeit im Rahmen einer Organisation. Diese kann sowohl eine Institution des Schweizerischen Privatrechts, beispielsweise ein Verein, als auch eine Organisation des öffentlichen Rechts sein, wie zum Beispiel die öffentlich-rechtliche Körperschaft Gemeinde. Unter formell freiwillige Arbeit fällt zum Beispiel die Tätigkeit des Trainers eines Sportklubs oder einer Lehrhilfe für Nachhilfeunterricht an der Gemeindeschule. Die formell freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit unterscheidet sich von ersterer nur dadurch, dass eine Person gemäß den rechtlichen Bestimmungen der Organisation vom kompetenten Organ in ein Amt gewählt wird zur Ausübung einer bestimmten Tätigkeit während einer bestimmten Amtszeit. Darunter

fällt beispielsweise der vom Vereinsvorstand gewählte Kassier für eine bestimmte Amtszeit oder das in die kommunale Baukommission gewählte Mitglied für eine Amtsperiode. Im Gegensatz zur Freiwilligenarbeit in einer Organisation gibt es die informell freiwillige Tätigkeit, die außerhalb von Organisationsstrukturen stattfindet, wie zum Beispiel die verschiedenen Tätigkeiten zwischen Nachbarn usw. Der Vollständigkeit wegen sei hier noch auf die Freiwilligenarbeit als freiwillige, unbezahlte Tätigkeit einerseits gegenüber einer bezahlten andererseits und einer nicht freiwilligen unbezahlten Arbeit, das heißt formell ehrenamtlichen Tätigkeit im Rahmen des Amtszwangs hingewiesen. Die Grenzen sind in beiden Richtungen fließend und in der Praxis ergeben sich daraus nicht wenige Missverständnisse. Die vorgenannten Begriffskategorien der Freiwilligenarbeit, welche in den nachfolgenden Ausführungen so verwendet werden, finden erst langsam Eingang in den politischen Alltag.

### Ist-Zustand der Freiwilligenarbeit in der Schweiz

Das Ausmaß des freiwilligen Engagements ist in der Schweiz sehr groß, insbesondere auf lokaler Ebene. Es gibt kaum Lebensbereiche – von der Politik über Sport und Kultur – die nicht von freiwillig tätigen Personen maßgeblich mitgestaltet werden. Dies zeigt sich vor allem am gesellschaftlichen und politischen Leben in den Gemeinden. So findet man viele Organisationen, die in der Regel in der Form von privatrechtlichen Vereinen organisiert und im Bereich der Freizeitgestaltung tätig sind, wie zum Beispiel Sport- und Kulturvereine. Eine weitere wichtige Gruppe sind die Organisationen, welche soziale und karitative Aufgaben übernehmen, wie zum Beispiel verschiedene Hilfsangebote für zugewanderte Personen, für betagte oder sozial benachteiligte Mitmenschen. Hinzu kommen weitere kleinere Gruppierungen, ohne rechtliche Organisationsform, oder Einzelpersonen, die oft Plattformen bilden für bestimmte gesellschaftliche Interessen. Als Gegenstück zu diesen Organisationen und Einzelpersonen, die durch Freiwilligenarbeit vorwiegend das gesellschaftliche Leben in der Gemeinde prägen, gibt es die lokalen politischen Parteien. Diese sind in der Regel als privatrechtliche Vereine organisiert, haben eine lange politische Tradition und bilden das Fundament der kommunalen Politik. In diesen Gremien werden in Freiwilligen-

genarbeit einerseits politische Ideen und Konzepte als politische Programme für die kommunale Politik erarbeitet, andererseits werden Leute auf eine politische Laufbahn vorbereitet, zuerst zum Beispiel für verschiedene Ämter, Kommissionen, sodann für Exekutivmandate auf kommunaler Ebene. Hinzu kommen kleinere Interessensgruppen ohne rechtliche Strukturen, die je nach politischer Aktualität auf die Beine gestellt werden und sich in der Gemeinde in den politischen Prozess einmischen. Auf diese Art und Weise sind in den letzten Jahren neue politische Parteien und Interessenorganisationen, wie zum Beispiel die grünen lokalen Parteien oder verschiedene Organisationen im Umweltbereich entstanden. Entsprechend dem Erfolg und dem Bedürfnis, gewisse politische Mitspracherechte auf kommunaler Ebene ausüben zu können, nimmt der Organisationsgrad zu, indem die Gruppe in einen privatrechtlichen Verein überführt wird. Hin und wieder sind es aber auch Einzelpersonen, die dank besonderer Fähigkeiten oder finanzieller Mittel oder beidem zusammen plötzlich in einer Gemeinde durch Freiwilligenarbeit aktiv werden und so einen politischen gesellschaftlichen Prozess auslösen.

Viele dieser im gesellschaftlichen oder im politischen Bereich oder auf beiden Gebieten zugleich tätigen Organisationen schließen sich oft kantonalen oder nationalen Organisationen mit gleicher Zielrichtung an.

Die Formen der Freiwilligenarbeit scheinen jedoch in den letzten Jahren im Wandel begriffen zu sein. So bekunden insbesondere kleinere und mittlere Gemeinden zunehmend Mühe, Personen aus politischen Parteien oder politisch ungebundene Einzelpersonen zu finden, die bereit sind, Freiwilligenarbeit als Mitglied einer kommunalen Kommission oder einer Exekutivbehörde zu leisten. Mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpfen auch die traditionellen gesellschaftlichen Vereine, wenn es darum geht, neue jüngere Leute für die Organisationsaufgaben zu gewinnen. Zeitgleich melden sich aber viele Personen bei den Gemeinden, wenn freiwilliges Engagement im Rahmen einer Massenveranstaltung oder eines speziellen Events gefragt ist.

#### Chancen und Grenzen der Freiwilligenarbeit

Dank dem Freiwilligenengagement in einer Organisation, Gruppe oder als Einzelperson für bestimmte Anliegen in der Gemeinde gewinnen Einwohnerinnen und Einwohner rasch Einblick in das politische und gesellschaftliche Geschehen am Wohnort. Solche Möglichkeiten tragen zur Integration der Bevölkerung bei und schaffen Nähe, Vertrautheit sowie Identifikation der Menschen mit dem Wohnort. Aus kommunaler Sicht ist die Freiwilligenarbeit für das gesellschaftliche und politische Leben in der Gemeinde eine „conditio sine qua non“. Denn ohne dieses Engagement könnte das politische System, welches auf dem Organisationsprinzip eines Milizsystems basiert, wonach eine jede dazu befähigte Person am Wohnort neben- oder ehrenamtlich öffentliche Ämter und Aufgaben übernimmt, nicht aufrechterhalten werden können. Durch die Vielzahl der Gemeinden in der Schweiz ist der Personalbedarf zur Besetzung von Ämtern in der Exekutive, in den Kommissionen usw. sehr groß. In kleineren Gemeinden hat nicht selten mindestens ein Mitglied in der Familie ein politisches Amt inne. Ohne Freiwilligenarbeit ist ein solches System mit stark ausgebauten Volksrechten nicht bezahlbar. Aber auch der Sozialstaat müsste infolge Finanzknappheit seine Leistungen abbauen. Ohne Freiwilligenarbeit würde auch das gesellschaftliche System aus den Fugen geraten, das vielfältige kulturelle Leben verschwinden, die Breitensportvereine in Gemeinden und Städten aussterben usw. Die Wohn- und Lebensqualität in einer Gemeinde oder Stadt wird im Wesentlichen vom Ausmaß unbezahlter Arbeit geprägt. Freiwilliges Engagement ist entscheidend für das kommunale Leben. Ist die Gemeinde infolge fehlenden freiwilligen Engagements nicht mehr in der Lage, ein Mindestmaß an politischem gesellschaftlichem Leben zu organisieren, führt dies in der Regel zur Integration oder Fusion mit einer anderen Gemeinde. In diesem durch Freiwilligenarbeit geprägten gesellschaftspolitischen System werden für die gleichen Probleme, insbesondere auf kommunaler Ebene, oft verschiedene politische Lösungen hervorgebracht, die untereinander im Wettbewerb stehen. Dadurch werden auf eine gewisse Art und Weise Laborbedingungen geschaffen, welche die Entwicklung geeigneter und nachhaltiger politischer Lösungen ermöglichen.

#### Freiwilligenarbeit und staatliche Nachwächter- oder Engagementpolitik

Wenn die schweizerische Politik in Bezug auf die Freiwilligenarbeit unter den zwei Begriffen „Nachwächter- oder Engagementpolitik“ eingeordnet werden müsste, gleicht die Rolle des Staates, insbesondere auf der Ebene des Bundes und der Kantone, eher jener eines Nachwächterstaates, der es über viele Jahrzehnte verstanden hat, gute Rahmenbedingungen zu setzen, damit sich Freiwilligenarbeit ohne große staatliche Hürden organisieren und weiterentwickeln konnte. Sowohl die Gründung eines privatrechtlichen Vereins mit ideellem Ziel als auch die spätere Tätigkeitsentfaltung dieser juristischen Person ist im Allgemeinen mit wenig staatlichem, administrativem und finanziellem Aufwand verbunden. Auch für die losen Gruppierungen fällt der administrative und finanzielle Aufwand kaum ins Gewicht.

Im Gegensatz dazu setzten sich die Gemeinden und Städte in den letzten Jahren vermehrt mit diesem Thema auseinander. Davon zeugen gerade die auf lokaler Ebene geführten Diskussionen um den Wert, die Anerkennung und die Entwicklung entsprechender Maßnahmen zur Förderung der Freiwilligenarbeit. In einigen Gemeinden sind entsprechende Strategien, Konzepte und Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt worden. Beispielsweise stellen heute einige Gemeinden Infrastrukturen für Organisationen und Einzelpersonen, die Freiwilligenarbeit leisten, gratis zur Verfügung. Andere bezahlen Weiterbildungskurse für freiwillig tätige Personen und anerkennen die geleistete Freiwilligenarbeit mit besonderen Maßnahmen, wie zum Beispiel durch Ehrungen oder Preise usw.

Die Diskussion über den Wert und die Notwendigkeit der Freiwilligenarbeit in der Schweiz muss jedoch unter dem Aspekt der veränderten gesellschaftlichen politischen Bedingungen noch weit mehr und vertiefter diskutiert werden. Ebenso ist eine Auseinandersetzung darüber notwendig, ob die staatlichen Rahmenbedingungen und Maßnahmen heute noch adäquat sind oder ergänzt werden müssten. Ob diese Entwicklung eher in Richtung Engagementpolitik zielt oder nicht, ist heute noch offen.

## Zivilgesellschaftliches Engagement – Einflussfaktoren und Soziale Rahmenbedingungen in Europa

Michael Meyer



### Univ. Prof. Mag. Dr. Michael Meyer

ist Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre und Leiter der Abteilung für Nonprofit-Management der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) sowie des Forschungsinstitutes für Nonprofit-Organisationen. Gleichzeitig ist er wissenschaftlicher Leiter des Professional MBA-Lehrganges für Sozialmanagement (ISMOS) der WU. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Organisationsanalyse, Managerialismus, Karrieren, Neuere Systemtheorie, Zivilgesellschaft und die Funktionen von Nonprofit-Organisationen. Dazu liegen zahlreiche englisch- und deutschsprachige Fachpublikationen vor.

Public Management, herbeigesehnt schließlich als Wunderwaffe gegen Politikverdrossenheit und die fortschreitende Fragmentierung der Gesellschaft betrat in den frühen 1990er Jahren die „Zivilgesellschaft“ als Rettungsanker und Fluchtpunkt die Bühne – nicht, dass es sie nicht schon vorher gegeben hätte, aber seit damals spielt sie eine Hauptrolle. Mit Zivilgesellschaft bezeichnen wir „a sphere where people join forces for their collective interests to engage in activities with public consequence“ (WHO, 2002), also jene Arena unerzwungener kollektiver Handlungen zur Realisierung gemeinsamer und geteilter Interessen und Werte zwar jenseits von Staat, Markt und Familie (o.V., 2004). Zivilgesellschaft ist somit nicht zwingend mit dem dritten Sektor, dem Nonprofit-Sektor gleichzusetzen, sondern bezieht sich vielmehr auf eine Handlungsarena jenseits der Wirtschaftssektoren, die ja unterschiedliche Eigentumsverhältnisse und Entscheidungslogiken ansprechen, und jenseits von Familien und Primärgruppen. Diese Arena bietet individuellen und kollektiven Akteuren Partizipationsmöglichkeiten. Freilich spielen Nonprofit-Organisationen als zivilgesellschaftliche Organisationen eine ganz wesentliche Rolle in dieser Arena. Was sind nun die Faktoren, die zivilgesellschaftliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern fördern, welche Barrieren und Hindernisse gibt es? Dieser Frage soll hier nachgegangen werden. Die Antwort vorweggenommen – in guter wissenschaftlicher Tradition: Es kommt darauf an.

### Engagement heißt Handeln: Dimensionen von zivilgesellschaftlichem Engagement

Es kommt beispielsweise darauf an, welche Form von zivilgesellschaftlichem Engagement gemeint ist. Grundsätzlich können mit dem Engagement-Begriff ja ganz unterschiedliche Dimensionen angesprochen werden

1. Individuelle Einstellungen und Kognitionen, also intrapsychische Konstrukte wie zum Beispiel Vertrauen in den Staat und seine Institutionen, bürgerschaftliche Werte, Wissen über politische Entscheidungsprozesse.
2. Individuelles Handeln und Verhalten, wie zum Beispiel Freiwilligenarbeit, politische Beteiligung in Form von Teilnahme an Demonstrationen, Unterschreiben von Petitionen, Teilnahme an Wahlen, aber auch Spenden und die Mitgliedschaft in Vereinen.
3. Soziale Strukturen und Kulturen, beispielsweise soziale Normen (zum Beispiel Reziprozitätsnormen), organisationsdemographische Kennzahlen (zum Beispiel Mitgliedschaftsdichte in einem Land, Organisationsgrad von Gewerkschaften), Mitwirkungsrechte zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Legislative etc.

Dass sich die weitere Analyse auf 2. konzentriert, hat mehrere Gründe: Aus wissenschaftlicher Sicht ist konkretes Verhalten am validesten zu messen, wengleich auch hier beachtliche Schwankungen in Abhängigkeit von konkreten Fragestellungen erzielt werden (vgl. dazu kritisch Helmut Anheier in diesem Band). Aus politischer Perspektive sind es genau diese Verhaltensweisen, die bei Bürgerinnen und Bürgern ermutigt und gefördert werden sollen. Und schließlich entspricht das Verständnis von „Engagement“ als konkretem Verhalten und Handeln auch am ehesten dem Alltagsverständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement. Unsere Analysen beruhen auf dem „European Social Survey“ der Erhebungswelle 2002/03, weil hier ein spezifisches Modul „Citizenship, Involvement and Democracy“ mit erhoben wurde. Aus diesem Datensatz wurden mit Hilfe einer Hauptkomponentenanalyse, aber vor allem aufgrund theoretischer Überlegungen folgende Dimensionen (Skalen) zivilgesellschaftlichen Engagements identifiziert (vgl. auch Bixa, Heitzmann, Hofbauer & Strunk, 2008a; Bixa, Meyer & Strunk, 2008b):

1. Mitgliedschaft (in unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, 12 Items, Cronbach's Alpha=0,60)
2. Politisches Engagement (9 Items, Cronbach's Alpha=0,71)
3. Freiwilligenarbeit (12 Items, Cronbach's Alpha=0,55)

4. Spenden (12 Items, Cronbach's Alpha=0,59)

Was sind nun die Faktoren, die dazu beitragen, dass sich Bürgerinnen und Bürger auf diese Art engagieren? Trotz der Annahme und des immer wieder geäußerten Anspruches, dass die Zivilgesellschaft für alle offen ist und zu sein hat, weil sie von der Beteiligung ganz unterschiedlicher Gruppen lebt (zum Beispiel Pollack 2004), häufen sich die Hinweise auf ungleiche Beteiligungschancen in Abhängigkeit von sozialer Position und Ausstattung mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital (Bourdieu 1983).

### Eine europäische Landkarte der Zivilgesellschaft

Faktoren, die zivilgesellschaftliches Engagement beeinflussen, gibt es sowohl auf Makro- als auch auf Mikro-Ebene. Auf Makro-Ebene zeigen nämlich Vergleiche der Niveaus von zivilgesellschaftlichem Engagement zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und darüber hinaus unabhängig von der Datenbasis die immer gleichen Muster: Sehr hohe Engagement-Niveaus in Skandinavien und den BENELUX-Staaten, mittlere Niveaus in Deutschland, Österreich (und wohl auch der Schweiz) und Frankreich, niedrige Niveaus in Süd- und Osteuropa (vgl. Abb. 1). Die Länder-Cluster in Europa erinnern dabei stark an gängige Welfare-Regimes (Esping-Andersen 1990; Esping-Andersen 2006). Dabei sind Abweichungen von dieser generellen Systematik in einzelnen Dimensionen des zivilgesellschaftlichen Engagements interessant, zum Beispiel:

- Bei den Mitgliedschaften liegen nur die drei skandinavischen Länder und die Niederlande vor Österreich, Deutschland liegt erst auf dem elften Rang.
- Beim politischen Engagement liegt Österreich auf dem vierten und Deutschland auf dem sechsten Platz. Norwegen, Schweden und Finnland liegen auf den ersten drei Plätzen. Die vergleichsweise gute Position von Deutschland und Österreich hat mit dem noch immer hohen Organisationsgrad der Interessensvertretungen (zum Beispiel Gewerkschaften) in Deutschland und Österreich zu tun.
- Bei der Freiwilligenarbeit liegt Deutschland am sechsten Platz hinter den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Belgien.

Hier gilt es jedoch festzuhalten, dass im „European Social Survey“ keine Stundenvolumina erhoben wurden, sondern lediglich binär (JA/NEIN) nach Freiwilligentätigkeit in verschiedenen Bereichen gefragt wurde. Das bedeutet also, dass beispielsweise Skandinavien ihr freiwilliges Engagement auf mehr Sektoren (Sport, Soziales, Freizeit, Kultur, etc.) streuen als die Bürgerinnen und Bürger anderer Länder. Gerade dieses breit gestreute Engagement dürfte dazu beitragen, dass aus Freiwilligenarbeit politisches Engagement entsteht (Teorell 2003).

- Beim Spenden liegen die Niederlande, Österreich und das Vereinigte Königreich auf den Top-Plätzen, gefolgt von Schweden und Norwegen. Deutschland liegt hier auf Platz 8 von 25 untersuchten Ländern. Auffallend ist die Position von Großbritannien: Geprägt durch die angelsächsische Wohltätigkeitstradition liegen hier sowohl Großbritannien (Platz 3) als auch Irland (Platz 10) deutlich besser als bei den anderen Dimensionen des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Abb. 1: Nationen-Cluster zivilgesellschaftlichen Engagements in Europa (Datenbasis: ESS 2002, Z-transformierte Werte der vier Partizipationsdimensionen, hierarchische Clusteranalyse Ward)

	High participation	Low participation	In-between
Mitgliedschaft	0,631	-0,487	0,132
Pol. Engagement	0,258	-0,325	0,169
Freiwilligenarbeit	0,331	-0,213	0,028
Spenden	0,282	-0,238	0,063
N (country)	4	8	8
	Denmark	Spain	Austria
	Netherlands	Greece	Belgium
	Norway	Hungary	Germany
	Sweden	Israel	Finland
		Italy	France
		Poland	United Kingdom
		Portugal	Ireland
		Slovenia	Luxembourg

Vertrauen in den Staat      Vertrauen in die Wirtschaft      Vertrauen in die Zivilgesellschaft

Teile der einschlägigen Organisationen zum Totalitarismus beitragen. Nur am Rand sei bemerkt, dass sich in all diesen Staaten die ehemals dissidenten Teile der Zivilgesellschaft, die zum Systemwechsel beitragen, nicht halten konnten.

Als Zwischenbefund lässt sich festhalten, dass es offenbar die wohlhabenderen, entwickelten Demokratien sind, die auch über eine starke Zivilgesellschaft verfügen. Und es sind zumindest in Europa die ausgebauten Wohlfahrtsstaaten mit hoher Staatsquote und ebensolcher Steuerbelastung, die – ganz im Gegenteil zu den Vermutungen des Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert (de Tocqueville 1835) – auch auf starke Bürgerbeteiligung verweisen können. Ein starker Staat ist kein Widerspruch zu einer starken Zivilgesellschaft. Nichtsdestotrotz haben derartige Ländervergleiche methodische und inhaltliche Grenzen: Inhaltliche aufgrund der vollkommen verschiedenen, für das zivilgesellschaftliche Engagement relevanten institutionellen Hintergründe (Zimmer 2003), methodische aufgrund der mangelhaften interkulturellen Vergleichbarkeit von Survey-Daten (Reekens, Quintelier & Billiet 2009).

In Summe zeigt sich die Landkarte des zivilgesellschaftlichen Engagements in Europa in den Daten des „European Social Survey“ aber wie beschrieben: Skandinavien und die Niederlande in einer Gruppe von Staaten mit generell hohem Niveau an zivilgesellschaftlichem Engagement, alle südeuropäischen Länder sowie die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in der Gruppe mit sehr niedrigem Niveau an zivilgesellschaftlichem Engagement, und ein Cluster mit eher mittelmäßigem zivilgesellschaftlichem Engagement, in dem sich neben Frankreich, Großbritannien und Irland auch Deutschland und Österreich befinden (vgl. Abb. 1).

Auffällig ist auch die kontraintuitive Korrelation mit dem Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen: Während in Ländern mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement vor allem dem Staat vertraut wird, vertrauen die Mittelfeld-Länder der Zivilgesellschaft, und die Länder mit geringem zivilgesellschaftlichem Engagement primär der Wirtschaft.

In letzteren spielen familiäre und clanartige Strukturen nach wie vor eine große Rolle. Viele dieser Unterschiede lassen sich historisch gut erklären, so zum Beispiel das geringe Vertrauen in die Zivilgesellschaft in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, wo während der kommunistischen Ära große

**Mit vollen Hosen ist es gut stinken – Einflussfaktoren auf zivilgesellschaftliches Engagement auf individueller Ebene**

Zivilgesellschaftliches Engagement ist auch abhängig von der individuellen Ressourcen- und Kapitalausstattung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger (García-Mainar & Marcuello 2007; Havens, O’Herlihy & Schervish 2006; Tschirhart, 2006). So sind es bei der Freiwilligenarbeit das Bildungsniveau, die Beschäftigungssituation und die berufliche Stellung, die eine Rolle spielen (Engels 2004; Gensicke 2006, Gabriel 2002). In Österreich ist das zivilgesellschaftliche Engagement bei Personen mit Universitätsabschluss beispielsweise mit 37 Prozent fast doppelt so hoch wie bei Personen mit Pflichtschulabschluss (19 Prozent); Freiwilligenarbeit wird vor allem von Menschen mit Erwerbsarbeitsbeschäftigung geleistet, Arbeitslose, Pensionistinnen und Pensionisten und im Haushalt/in der familiären Betreuung Tätige sind unterrepräsentiert (vgl. Gross 2007). Die Quoten zivilgesellschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund sind ebenfalls unterdurchschnittlich, zumindest hinsichtlich der von Mehrheitsgesellschaften definierten Engagementformen und Organisationen.

Somit ist zu befürchten, dass derzeit zivilgesellschaftliches Engagement kaum zu gesellschaftlicher Inklusion benachteiligter Gruppen beiträgt, sondern eher Exklusion verstärkt (vgl. zu Exklusionsmechanismen beispielsweise Giddens 2001, 117; Bude & Willisch 2006). Geringeres zivilgesellschaftliches Engagement führt, so argumentiert auch Putnam (1995, 167), zu einem Abbau von sozialem Kapital (dazu gehören Vertrauen, Normen, Netzwerke) und bei jenen Gruppen mit geringerem zivilgesellschaftlichem Engagement zu einem Verlust der Fähigkeit, dieses auf andere Bereiche der Gesellschaft zu übertragen (Braun 2007, S. 202). Insgesamt wird also das Problem der ungleichen Beteiligungsmöglichkeiten und der zumindest partiellen Geschlossenheit der Zivilgesellschaft durchaus gesehen – ohne jetzt auf deren „dunkle“ und auf andere Art geschlossene Ecken wie zum Beispiel fundamentalistische und politisch-radikale Organisationen näher eingehen zu wollen<sup>2</sup>.

**Unterschiedliche Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, unterschiedliche Einflussfaktoren**  
Wir haben versucht, die Einflussfaktoren auf

Mikro- und auf Makro-Ebene mit einer Multilevel-Analyse (MLwiN 2.02) in einem Modell pro Form des zivilgesellschaftlichen Engagements zu integrieren, beschränken uns an dieser Stelle auf die drei „Hauptformen“:<sup>3</sup>

Abb. 2: Die wichtigsten Einflussfaktoren auf Mitgliedschaft und Politisches Engagement (Basis: ESS 2002, EUROSTAT; Makro-Variablen vor dunklem, Mikro-Variablen vor hellem Hintergrund)

Top ten impact on Membership	Beta	Top ten impact on Political Engagement	Beta
Political Rights	0.2545	Political Interest & Competence	0.2312
Emoloyment Rate	0.2136	Emoloyment Rate	-0.2183
Years of Democracy	0.1539	Corruption Perception Index	0.2064
Total State Expenditure	0.1512	Citizenship Values	0.1409
Distribution of Income	-0.1451	Member of discriminated group	0.0802
Highest Level of Education	0.1404	Highest Level of Education	0.0778
Size of Bureaucracy	-0.1327	Social Networks and Activities	0.0724
Citizenship Values	0.1263	Trust in Political Institutions	-0.0584
Participation in Pad Work	0.1189	ISEI (Occupational Status)	0.0547
Religiousness	0.1122	Poor state of Health	0.0405

Die Ergebnisse zeigen (vgl. Abb. 2), dass die eher traditionelle Form zivilgesellschaftlichen Engagements „Mitgliedschaft“ vor allem durch Makro-Indikatoren beeinflusst wird: Je entwickelter die politischen Rechte (Freedom-House 2003), je höher die Beschäftigungsquote, je länger die demokratische Tradition (Inglehart 1997), je höher der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt und je gleichmäßiger die Einkommensverteilung (niedriger Gini-Koeffizient), desto verbreiteter ist die Mitgliedschaft bei Non-Profit-Organisationen. Auf individueller Ebene sind es Bildungsniveau, bürgerschaftliche Werte, Erwerbsarbeit und Religiosität, die Mitgliedschaften fördern. Politisches Engagement hingegen wird auf Makroebene durch geringe Korruptionswahrnehmung (Transparency-International 2002), überraschenderweise aber auch durch geringere Beschäftigungsquote gefördert. Auf individueller Ebene wird politi-

Abb. 3: Einflussfaktoren auf Freiwilligenarbeit (Basis: ESS 2002, EUROSTAT; Makro-Variable vor dunklem, Mikro-Variable vor hellem Hintergrund)

Top ten impact factors on voluntary work	Beta
Social activities with friends	0.118
Citizenship values: active & independent	0.116
Religiousness	0.112
Distribution of Income (Gini Coefficient)	-0.084
Urban Population (% of total population)	0.083
Highest Level of Education	0.065
Environment of living (rural vs. others)	0.056
Trust in people	0.037
Trust in political institutions	-0.031
Social expenditure (% GDP)	0.038

ches Engagement positiv beeinflusst durch die psychographischen Faktoren politisches Interesse und bürgerschaftliche Werte, durch den Bildungsgrad, den beruflichen Status (ISEI Index, Ganzeboom, De Graaf, Treiman, & De Leeuw, 1992), und auch durch das persönliche Sozialkapital, also die Einbettung in soziale Netzwerke (vgl. Abb. 2).

Freiwilligenarbeit findet sich häufiger in Staaten mit geringeren Einkommensunterschieden (Gini-Koeffizient), stärkerer Urbanisierung und höheren Sozialausgaben. Auf individueller Ebene tragen wiederum die Einbettung in soziale Netze, bürgerschaftliche Werte, Religiosität, Bildungsniveau, ein Wohnsitz am Land sowie generelles Vertrauen in die Menschen und die politischen Institutionen positiv zu Freiwilligenarbeit bei (vgl. Abb. 3).

### Implikationen für eine Engagement-Politik

Was kann nun die Politik dazu beitragen, um Engagement zu fördern? Wir liefern in diesem Beitrag keine der heute so populären Best-practice-Beispiele, die es zweifelsohne gibt und von denen andere manchmal auch lernen können, sondern versuchen abschließend Antworten auf diese Frage zu vermeiden, indem wir einige Gegenfragen stellen:

### 1. Politik für welche Form von Engagement?

Engagementpolitik muss sich zuallererst über ihre Ziele und ihren Gegenstandsbereich klar werden. Soll Freiwilligenarbeit im Sport und im Sozialbereich gefördert werden oder politisches Engagement bei nicht angemeldeten Demonstrationen gegen einen G-20 Gipfel? Je nachdem werden sich ganz unterschiedliche Instrumente anbieten. Die präsentierten Modelle verweisen ja deutlich auf unterschiedliche Einflussfaktoren.

### 2. Wo steht staatliche Politik in Widerspruch zu zivilgesellschaftlichem Engagement?

In vielen Bereichen, beispielsweise bei neuen Formen des politischen Engagements (Guerrilla-Taktiken, Internet-Aktivismus, Konsumerismus etc.) stehen die etablierten demokratischen Institutionen vorderhand auf der Gegenseite oder bestenfalls im Abseits. Diese Art von zivilgesellschaftlichem Engagement fördern zu wollen, wäre paradox, etabliert sie sich doch in fundamentaler Opposition zum Staat und seinen Institutionen. In anderen Bereichen wiederum entstand zivilgesellschaftliches Engagement, um staatliche Versorgungslücken zu füllen, also Staats- und Marktversagen auszugleichen. Dort kämpft Engagementpolitik mit dem Zynismusverdacht: Der öffentliche Sektor kann oder will zwar die erforderlichen Dienstleistungen nicht mehr finanzieren, er ermutigt aber zumindest die NPO und ihre Freiwilligen, das zu tun.

### 3. Unabhängigkeit vom Staat – eine Grundbedingung der Zivilgesellschaft?

Qua definitionem handelt es sich bei der Zivilgesellschaft um jene Arena, die sich jenseits der staatlichen Strukturen entwickelt. Zu starke staatliche, auch gut gemeinte Einflussnahme würde diese Unabhängigkeit gefährden. Gewiss, kaum eine NPO wird staatliche Förderungen für Freiwilligenarbeit ablehnen, auch öffentlich geförderte Vermittlungstätigkeiten (zum Beispiel Freiwilligenagenturen) sind gerne gesehen. Das alles darf aber nicht über die Sensibilität dieser Grenzen hinwegtäuschen.

Vertraut man den präsentierten empirischen Befunden, so wird aber klarer, was effektive Engagementpolitik sein muss: Gute Wirtschaftspolitik, um den Menschen Beschäftigung zu geben. Gute und offensive Sozialpolitik, um zu einer gerechten und viel ausgeglicheneren Einkommensverteilung

beizutragen. Ein offensiver, auch in Hinblick auf die Staats- und Steuerquote mutiger Staat, der es seinen Bürgerinnen und Bürgern leicht macht, hohes Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu entwickeln. Ein Staat, der generell gegen soziale Exklusion benachteiligter Gruppen kämpft. All das wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern. Damit wird dann eine eigene Engagementpolitik überflüssig.

### Literatur

- Bixa, Stefanie/Heitzmann, Karin/Hofbauer, Johanna/Strunk, Guido: What makes the difference? Civic participation and social inequality, CINEFOGO WP11 Conference, Vienna 2008a. [http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id\\_result=31362&l=0&w=15&id\\_out=517](http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id_result=31362&l=0&w=15&id_out=517)
- Bixa, Stefanie/Meyer, Michael/Strunk, Guido: Nonprofit Organisations and Participation: School of Democracy of Hideaway of Biedermeier?, CINEFOGO WP11 Conference, Vienna 2008b. [http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id\\_result=31362&l=0&w=15&id\\_out=516](http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id_result=31362&l=0&w=15&id_out=516)
- Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. Soziale Welt, Sonderband 2: Soziale Ungleichheit, 1983, S. 183-198.
- Braun, Sebastian: Freiwillige Vereinigungen als Katalysatoren von Sozialkapital? In Lüdicke, Jörg/Diewald, Martin (Eds.), Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften, Wiesbaden, 2007, S. 201-234.
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Eds.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, 2006.
- de Tocqueville, Alexis: De la démocratie en Amérique, Paris, 1835.
- Engels, Dietrich: Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft, Köln, 2004.
- Esping-Andersen, Gosta: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton, NJ 1990.
- Esping-Andersen, Gosta: Three worlds of Welfare capitalism, Cambridge, 2006.
- Freedom-House: Freedom in the World, 2003. [www.freedom-house.org/](http://www.freedom-house.org/)
- Gabriel, Oscar W.: Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich, Wien, 2002.
- Ganzeboom, Harry B.G./De Graaf, Paul M./Treiman, Donald J./De Leeuw, Jan: A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status. Social Science Research, 21, 1992, S. 1-56.
- García-Mainar, Immaculada/Marcuello, Carmen: Members, Volunteers, and Do-nors in Nonprofit Organizations in Spain. Nonprofit and Voluntary Sector Quar-terly, 36(1), 2007, S. 100-120.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine: Bürgergesellschaftliches Engagement in Deutschland 1999-2004, BBE-Newsletter – Nachrichten über Bürgerschaftliches Engagement, 2006, Vol. 8.
- Giddens, Anthony: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a. Main, 2001.
- Gross, Inge: Struktur und Volumen der Freiwilligenarbeit in

- Österreich. In BMSK (Ed.), Wien, 2007.
- Havens, John J./Herlihy, Mary A./Schervish, Paul G.: Charitable Giving: How Much, by Whom, to What, and How? In: Powell, Walter W./Steinberg, Richard (Eds.): The Nonprofit Sector: A Research Handbook, 2nd edition ed.: S. 542-567, New Haven / London, 2006.
- Inglehart, Ronald: Modernization and postmodernization. Cultural, economic and political change in 43 societies, NJ, 1997.
- o.v. What is Civil Society?, Vol. 2007: London School of Economics, Centre for Civil Society, 2004. [http://www.lse.ac.uk/collections/CCS/what\\_is\\_civil\\_society.htm](http://www.lse.ac.uk/collections/CCS/what_is_civil_society.htm)
- Pollack, Detlef: Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. In: Klein, Ansgar/ Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Ed.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital: S. 23-40, Wiesbaden, 2004.
- Putnam, Robert D.: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. Journal of Democracy, 6, 1995, S. 65-78.
- Reekens, Tim/Quintelier, Ellen/Billiet, Jaak: Assessing the Cross-Cultural Equivalence of Political Participation in the European Social Survey CINEFOGO WP11 Workshop, Den Haag 2009. [http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id\\_result=31360&l=0&w=15&id\\_out=746](http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id_result=31360&l=0&w=15&id_out=746)
- Teorell, Jan: Linking Social Capital to Political Participation: Voluntary Associations and Networks of Recruitment in Sweden. Scandinavian Political Studies, 26(1), 2003, S. 49-66.
- Transparency-international: Corruption Perceptions Index, 2002. [www.transparency.org/](http://www.transparency.org/)
- Tschirhart, Mary: Nonprofit Membership Associations. In W. W. Powell, & R. Steinberg (Eds.), The Nonprofit Sector: A Research Handbook, 2nd edition ed.: S. 523-541, New Haven/ London, 2006.
- WHO: Understanding Civil Society. Issues for WHO. Discussion paper No. 2, World Health Organisation. Civil Society Initiative. External Relations and Governing Bodies, 2002.
- Zimmer, Annette: Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 2, 2003, S. 74-86.

### Anmerkungen

- 1) Die Reliabilität dieser vier Skalen ist zufrieden stellend, und zwar in den meisten Fällen auch für jedes einzelne Land [Ausnahmen sind DK, FIN, PL bei (1), DK und FIN bei (3) und FIN bei (4)]. Zwei weitere Dimensionen, (5) informale sporadische Mitarbeit in NPO und (6) Kontakt mit Freunden in NPO zeigen ebenfalls zufrieden stellende Reliabilitätswerte, sind allerdings inhaltlich schwer interpretierbar und werden nicht weiter berücksichtigt.
- 2) Der Diskurs über die Zivilgesellschaft hat gehörige Probleme mit diesen Bereichen (zum Beispiel religiös-fundamentalistische oder rassistische NPO), weil in ihm nach wie vor normative Aussagen (mehr zivilgesellschaftliches Engagement ist per se wünschenswert) neben deskriptiven Befunden stehen.
- 3) Eine genaue Beschreibung der ausgewählten Variablen, Indizes und Skalen würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Details zur Analysemethodik sowie den ausgewählten Einflussfaktoren auf Mikro- und Makroebenen finden sich beispielsweise bei Bixa, S., Meyer, M., & Strunk, G. 2008b. Nonprofit Organisations and Participation: School of Democracy of Hideaway of Biedermeier?, CINEFOGO WP11 Conference. Vienna. [http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id\\_result=31362&l=0&w=15&id\\_out=516](http://cinefogo.cuni.cz/index.php?&id_result=31362&l=0&w=15&id_out=516)

# Mittendrin oder außen vor? Unternehmen im frei- willigen Engagement



Für den Erhalt von Demokratie, Gemeinwesen und Lebensqualität ist das Engagement von Unternehmen für und in der Gesellschaft unverzichtbar. Diese Rolle wurde insbesondere durch das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung eingefordert, und viele Unternehmen haben sich längst auf den Weg gemacht. Das Ziel des Workshops ist es, das Spannungsverhältnis zu beleuchten, in dem Unternehmen betriebswirtschaftlich, auch unter dem Aspekt der Globalisierung, heute stehen. Gleichzeitig sollen das neue Selbstverständnis und die damit verbundenen Vorteile für engagierte Unternehmen in der Zivilgesellschaft deutlich werden.

Die Referentinnen, Referenten und Teilnehmenden beschäftigten sich in diesem Workshop mit folgenden Fragestellungen:

In welcher Weise ist das Engagement von Unternehmen in der Zivilgesellschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz im globalen Markt ein Wettbewerbsvorteil?

Welche neuen oder bestehenden Formen der Kooperation und des Engagements zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen halten Sie für die Zukunft für erfolgreich?

Wie lassen sich förderliche Strukturen für das Selbstverständnis des Unternehmens als „Corporate Citizen“ bilden? Welche länderübergreifenden Maßnahmen können sinnvoll sein?

#### **Moderation**

Heinz Altorfer, Migros-Kulturprozent, Zürich  
Dr. Jeannette Behringer, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart

## Freiwilliges unternehmerisches Engagement – Wettbewerbsvorteile im globalen Markt?

Antje von Dewitz



**Dr. oec. Antje von Dewitz**  
ist Geschäftsführerin von VAUDE Sport, Tettngang.

Meine Ausführungen zu freiwilligem unternehmerischem Engagement beruhen auf meinen Erfahrungen als Geschäftsleiterin des seit Jahren im ökologischen und sozialen Bereich sehr engagierten Unternehmens VAUDE Sport. VAUDE ist ein mittelständisches Familienunternehmen mit 420 Mitarbeitern und Standort im ländlichen Oberschwaben. Als deutscher Bergsportausrüster bietet VAUDE die gesamte Ausrüstung für alle Bergsport- und Outdooraktivitäten. VAUDE betätigt sich auf vielfältige Weise als „Corporate Citizen“:

- Seit 2001 besteht beispielsweise das VAUDE Kinderhaus. Dies ist derzeit auf die Betreuung von 28 Kindern zwischen einem halben Jahr und 10 Jahren ausgerichtet. Ausschlaggebend für den

Bau der Einrichtung sind der ländliche Standort ohne unterstützende Kinderbetreuung, eine betriebliche Frauenquote von über 60 Prozent und die eigene Betroffenheit als Unternehmensnachfolgerin mit Kindern.

- In 2006 übernahm VAUDE das örtliche Freibad als Pächter bei der Stadt Tettngang, um es vor der Schließung zu „retten“. Ausschlaggebend hierfür ist wiederum der in einem kleinen Dorf gelegene Standort – also nicht in einem Industriepark. VAUDE ist hier am wohl gesonnenen Miteinander im Dorf gelegen und bemüht sich, die „Belastungen“ für das Dorf beispielsweise durch bauliche Erweiterungen, erhöhtes Verkehrsaufkommen etc. durch ein bewusstes Verhalten als Corporate Citizen – wie hier im Fall Freibad – auszugleichen.
- Als Outdoor-Unternehmen liegt es wiederum nah, das Spielfeld unseres Produkteinsatzes, die Natur, besonders zu unterstützen. Unser Ziel ist es, der umweltfreundlichste Bergsportausrüster Europas zu sein und auch so wahrgenommen zu werden. In dieser Ausgangslage und Zielsetzung beruht unser unternehmerisches Engagement für strenge Textilstandards wie Bluesign oder das gerade durchgeführte Öko-Audit<sup>1</sup>.
- Wertvollen Input für die Produktentwicklung und Imagesteigerung als Marke verspricht sich VAUDE wiederum durch sein Engagement als offizieller Ausrüster des Deutschen Alpenvereins (DAV) oder als offizieller Partner des Bundesverbands für Natur- und Waldkindergärten.

Wie diese kleine Auswahl zeigt, können die Gründe, sich als Unternehmen zu engagieren, zahlreich sein. Konsequenterweise durchgeföhrt kann ein solches Engagement auch durchaus als Wettbewerbsvorteil wirken. So profitiert unser Unternehmen neben der positiven Imagewirkung ganz konkret von Vorteilen in der Personalgewinnung. Vor allem das Engagement rund

um Familie und Beruf wirkt so positiv, dass wir seit mehreren Jahren fast keine Anzeigen mehr schalten müssen, sondern freie Stellen ausschließlich auf unserer Internetseite postieren. Selbst bei der Suche nach begehrten Fachkräften haben wir mit unserem Engagement einen wertvollen Trumpf in der Hand. Auch Effekte wie geringe Krankheitsquote oder langjährige Betriebszugehörigkeiten werden durch unser Engagement gefördert.

Die häufigste Fragestellung ist jedoch die, ob wir durch unser Engagement mehr Umsatz generieren. Die Antwort ist: nicht generell, aber wenn es uns in Einzelfällen gelingt, unser Engagement direkt mit dem Produkt zu verknüpfen, dann ja. Beispielsweise ergab eine Imageanalyse vor drei Jahren, dass trotz unseres weithin bekannten Engagements die Marke VAUDE nicht mit Familienfreundlichkeit verknüpft wurde. Wir legten daraufhin ein starkes Augenmerk auf die Kinderkollektion. Gemeinsam mit dem Bundesverband für Natur- und Waldkindergärten und dem VAUDE Kinderhaus wurde die Kollektion neu als Waldkindergartentauglich entwickelt und vermarktet. In der Kommunikation und dem Verkauf dieser speziellen Produkte spielte das Engagement somit eine besondere Rolle und trug zu einem Mehrwert des Produkts und damit direkt zur Verkaufsförderung bei.

Derselbe positive Umsatz-Effekt ließ sich auch bei unserer Taschenlinie aus recycelten Materialien nachvollziehen. Die Taschen erhielten über das ökologisch wertvolle Material einen „Warm-glow“-Effekt für den Kunden und damit einen umsatzsteigernden Zusatznutzen<sup>2</sup>. Darüber hinaus erwarten wir in der nächsten Imageanalyse, dass sich die beiden für VAUDE relevanten Werte Familien- und Umweltfreundlichkeit verbessert haben werden.

Im Idealfall kann das freiwillige Engagement somit als Teil der Markenpersönlichkeit dazu beitragen, das Profil einer Marke beispielsweise als „umweltfreundlichster Bergsportausrüster“ zu schärfen. Ein „scharfes“ beziehungsweise klares Markenprofil ist wiederum eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Kunden ein Unternehmen als starke und begehrliche Marke wahrnehmen. Darüber hinaus kann unternehmerisches Engagement dabei unterstützen, Zielgruppen wie Kunden, Mitarbeiter oder andere Stakeholder<sup>3</sup> emotional an das Unternehmen zu binden. Nicht zuletzt kann freiwilliges Engagement, das sich glaubhaft in den Produkten nachvollziehen lässt, zu einem erhöhten Absatz beitragen.

Zu berücksichtigen gilt jedoch, dass die Gefahr besteht, auch durchaus das Gegenteil zu erreichen. Dann, wenn nicht alle globalen unternehmerischen Aktivitäten den im Engagement gezeigten Markenwerten entsprechen. Dann kann das gezeigte gesellschaftliche Engagement sehr schnell als unglaubwürdig gebrandmarkt werden. Statt wertvolle Zielgruppen emotional an das Unternehmen zu binden, könnten diese eher abgestoßen werden. Ein Schaden an der Vertrauenswürdigkeit der Marke und Umsatzverluste könnten dann wiederum die Folge sein. Wenn gesellschaftliches Engagement also marken- und umsatzfördernd eingesetzt werden soll, dann sollte es authentisch zum Unternehmen und den dort gelebten Werten passen.

### Erfolgreiche Kooperationsformen

Als Grundfrage interessierte hier in unserem Workshop die Frage: Wie kann ich Unternehmen zur Zusammenarbeit beziehungsweise zur Unterstützung gewinnen? Die möglichen Ansätze sind hierbei sicher zahlreich. Ein wichtiger Ansatz ist, Unternehmen auch in ihrem karitativen Bestreben anzusprechen. Diesen lasse ich angesichts der Wirtschaftskrise und Sparzwängen jedoch bewusst außer acht und konzentriere mich auf drei weitere Ansätze, die ich aus eigener Erfahrung als erfolgversprechend erlebt habe:

Ein Ansatz liegt darin, auf die Unternehmerpersönlichkeit in ihrer „Problemlösungskompetenz“ direkt zuzugreifen. Viele meiner Unternehmerkollegen empfinden sich als „Stützen“ der Gesellschaft und bringen ihre unternehmerischen Kompetenzen gerne für gesellschaftliche Brennpunkte ein. Ein Beispiel mit Vorbildcharakter ist hierbei Prince Charles, der für sein Projekt „Business in the Community“ Unternehmer in regelmäßigen Abständen einlädt, um mit ihnen gemeinsam Problemfeldern zu besuchen. Der Erfolg dieses Beispiels liegt mit Sicherheit auch darin begründet, dass die Anfrage um Unterstützung einen hohen Stellenwert erhält. Mein ganz pragmatischer Ansatz in dieser Sache ist, beispielsweise für regionale Projekte die Bürgermeister oder andere Amtsträger mit ins Boot zu nehmen und die Einladung zur Unterstützung durch diese auszusprechen. Wer Unternehmerpersönlichkeiten in gesellschaftlichen Fragen solchermaßen auf Augenhöhe um Unterstützung fragt, der sollte allerdings darauf gefasst sein, dass sich hierbei unter Umständen ein starker



Mitgestaltungswunsch ergibt.

Während diese Vorgehensweise sich stark auf die Persönlichkeit des Unternehmers konzentriert, liegt ein anderer Ansatz im Zuschnitt der Anfrage auf die Interessen des Unternehmens beziehungsweise der Marke. Ziel ist hierbei, die Vorteile der Kooperation für das Unternehmen herauszuarbeiten und es als „Geschäftspartner in guter Sache“ zu sehen. Ein möglicher Vorteil, der unternehmensübergreifend positiv gesehen wird, ist dabei die Öffentlichkeitswirkung des thematischen Inhalts. Dabei stehen Themen und Inhalte, die der unternehmerischen Zielgruppe des individuellen Unternehmens am Herzen liegen, oder aber Brennpunkthemen, die die breite Masse beschäftigen, im Vordergrund. Je breiter das Interesse am verfolgten Thema, desto wahrscheinlicher wird die öffentliche Aufmerksamkeit mit dem gesellschaftlichen Einsatz erreicht. Ein gut durchdachtes und durchgeführtes Engagement kann beispielsweise dank neuer unternehmerischer Lösungsansätze als Vorbildcharakter in den Fokus medialer Aufmerksamkeit rücken.

Öffentlichkeitswirkung allein ist allerdings kein Garant für eine langfristige und nachhaltige Partnerschaft. Ebenso wichtig ist die Passung der unternehmerischen Unterstützung zum Unternehmen selbst beziehungsweise zur Marke. Sie sollte sich mit dem Unternehmen selbst glaubhaft verbinden lassen – sei es durch die unternehmensnahe Thematik, durch Nutzung spezifischer Ressourcen des Unternehmens als Teil des Engagements oder eben durch direkten Bezug des Engagements in den Produkten. Das setzt wiederum voraus, dass sich kooperationswillige Partner aus dem gesellschaftlichen Bereich sehr genau mit in Frage kommenden Unternehmen auseinandergesetzt haben. Vorteilhaft ist, wenn sie bereits mit möglichst klaren Vorstellungen kommen, wie sich das gewünschte Engagement mit der Marke und dem Unternehmen verbinden lässt. Andersherum gesprochen: je unvorbereiteter und „naiver“ eine Anfrage erfolgt, desto schlechter liegen die Erfolgchancen aus meiner Erfahrung.

Als sehr erfolgreich erlebe ich wiederum Kooperationen, in denen ein Produkt direkt mit der Unterstützungsthematik verbunden wurde (zum Beispiel die Impfung eines afrikanischen Babys beim Kauf einer Packung Pampers). Durch die Einbindung der Kunden aktiviert die Kooperation durch das Produkt Unterstützung über die Kooperationspartner hinaus. Die Kunden wiederum erhalten die Möglichkeit,

durch den Kauf selbst messbar zum Engagement beizutragen. Der wachsenden Kundengruppe der „Lohas“ (Lifestyle of Health und Sustainability) gilt dies als angenehmer Produkt-Mehrwert. Die Marke wiederum profitiert durch das positive Image der Aktion und im besten Fall durch erhöhten Umsatz. Der gesellschaftliche Partner wiederum kann sich über eine breite Öffentlichkeit und messbare Unterstützung freuen. Eine für alle Beteiligten gute Verbindung von kommerziellem Erfolg mit Unterstützung gesellschaftlicher Zwecke. Ein weiterer Ansatz ist, sich auf das Unternehmen als Teil der Gesellschaft zu konzentrieren. Auch dieser Ansatz kann nur sehr individuell auf das jeweilige Unternehmen zugeschnitten werden. Die Fragestellung hierbei ist: Wo hat das Unternehmen seine sensiblen Schnittstellen mit der Gesellschaft, die es umgibt? Im Falle VAUDE hatten wir beispielsweise aufgrund einer überdurchschnittlich hohen Frauenquote unter einer quasi nicht vorhandenen Kinderbetreuungsstruktur zu leiden. Andere Unternehmen möchten Maßnahmen einleiten, um ihre Mitarbeiter zu halten und befinden sich beispielsweise in sehr unattraktiven oder gar unsicheren Stadtvierteln. In beiden Beispielen, von denen unzählige zu nennen wären, ist ein aktives Eigeninteresse des Unternehmens an gesellschaftlichen Fragestellungen vorhanden. Das ist wiederum eine gute Voraussetzung für eine aktive Unterstützung und Zusammenarbeit.

#### Förderliche Strukturen

Welche Strukturen fördern gesellschaftliches Engagement von Unternehmen?

Zunächst schlichtweg eine Transparenz über bereits vorhandenes Engagement. Je mehr Beispiele bekannt werden, desto selbstverständlicher wird gesellschaftliches Engagement von Unternehmen gesehen und desto mehr mögliche Ansatzpunkte ergeben sich für das einzelne Unternehmen. Oft scheitert ein gesellschaftliches Engagement eines willigen Unternehmens schlichtweg an der Vorstellungskraft.

Als sinnvoll erachte ich auch, dass man auf städtischer, regionaler oder Bundesebene Zielbereiche des unternehmerischen Engagements festlegt (wie beispielsweise Kinderbetreuung), die dann breit gefördert werden könnten. Um beim genannten Beispiel der Kinderbetreuung zu bleiben: Hierbei ließen sich klare Regelungen für unternehmeri-

sche Betreuungseinrichtungen schaffen, die das unternehmerische Engagement besser plan- und kalkulierbar machen. Auf behördlicher Seite könnten konkrete Ansprechpartner oder Plattformen angeboten werden, die in Sachen Kinderbetreuung Partner verknüpfen, Starthilfe leisten und Begleitung bieten. Bisher ist für Unternehmen, die sich in gesellschaftlichen Thematiken wie Kinderbetreuung engagieren, nämlich oftmals eine Lücke zu spüren zwischen der ehrenvollen Achtung auf der einen und der täglichen bürokratischen Auseinandersetzung auf der anderen Seite. Bisher (zumindest im Bereich Kinderbetreuung) ist das Engagement oft ein „mühevolleres Geschäft“.

Das wirkt sich damit auch auf potentielle Nachahmer aus: Meine Erfahrung im konkreten Beispiel betriebliche Kinderbetreuung zeigt, dass grundsätzlich viele Unternehmen Interesse daran haben. Beinahe wöchentlich führen wir interessierte Unternehmen durch das VAUDE Kinderhaus. Die Zahl der daraufhin umgesetzten Betreuungsstätten ist allerdings ernüchternd. Die meisten Unternehmen nehmen von ihrem Vorhaben wieder Abstand aufgrund der Komplexität und schlechten Planbarkeit dieses Vorhabens.

Förderliche Strukturen lassen sich weiterhin über Anreize schaffen. Ein unternehmerisches Engagement muss „sich lohnen“, damit es für viele Unternehmen interessant wird, es muss als wertvoll gehandelt sein. Durch Auszeichnungen, Wettbewerbe, Siegel etc. – durchaus auch auf lokaler Ebene – lassen sich einerseits solche Anreize schaffen. Zudem lässt sich dadurch gleichzeitig ein sanfter „sozialer Druck“ auf die anderen, „noch nicht engagierten“ Unternehmen ausüben.

Der „sanfte Druck“ ist eine wichtige Komponente, die in ihrer Wirksamkeit als gar nicht wichtig genug erachtet werden kann. Daher gehe ich sogar noch einen Schritt weiter: Um gesellschaftliches Engagement von Unternehmen wirklich schnell und effektiv voran zu bringen, sollte es immer wieder von offizieller Seite abgefragt werden, beispielsweise standardmäßig bei der Bewerbung um staatliche Aufträge.

Zusammengefasst heißt das: Förderliche Strukturen für die Ausbildung von Corporate Citizens lassen sich schaffen, wenn die Wertigkeit gesellschaftlichen Engagements hoch angesehen wird, wenn Unternehmen verstehen, wie sie sich engagieren können und wie sich das Engagement vorteilhaft für sie auswir-

ken kann. Dabei müssen sich Kosten beziehungsweise Aufwand und Nutzen aus unternehmerischer Sicht zumindest die Waage halten.

#### Anmerkungen

- 1) Zweck des Öko-Audit ist ein einheitliches System zur Bewertung und Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes. Am Öko-Audit können alle gewerblichen Unternehmen teilnehmen, wobei handwerkliche Tätigkeiten mit umfasst sind. Nicht teilnahmeberechtigt sind – derzeit – der Handel und der öffentliche Dienstleistungsbereich.
- 2) Vom Warm-Glow-Effekt spricht man, wenn der Akt des Gebens den Spendern ein warmes wohliges Gefühl vermittelt, das umso stärker ist, desto höher die Spende ausfällt.
- 3) Als Stakeholder wird eine natürliche Person, Personengruppe oder Institution bezeichnet, die ein Interesse am Verlauf oder Ergebnis eines Prozesses (z. B. eines Projekts oder der wirtschaftlichen Entwicklung eines Unternehmens) hat (siehe hierzu [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)).

## Gestaltungsansätze für Corporate Citizenship

Georg von Schnurbein



**Prof. Dr. Georg von Schnurbein**

ist Assistenzprofessor für Stiftungsmanagement und Leiter des interdisziplinären Centre for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel, das von SwissFoundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen, initiiert wurde. Er ist Verfasser zahlreicher Publikationen zu Themen wie Stiftungswesen, Governance, Nonprofit Management und Marketing.

die „ethische“ Verantwortung, richtig, gerecht und fair zu handeln sowie die „philanthropische“ Verantwortung, gemeinnützige Zwecke zu fördern. Insbesondere die letzten beiden Verantwortungsziele werden von CSR abgedeckt. In einer managementorientierten Sichtweise lässt sich CSR weiter unterteilen in vier Bereiche (Fox 2005):

- Umwelt (zum Beispiel Abfallreduzierung, Emissionsverringerung, Investitionen in moderne Technologien)
- Arbeitnehmer (zum Beispiel flache Hierarchien, Anstellung älterer oder behinderter Arbeitnehmer)
- Supply Chain (insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländern durch Druck großer Abnehmerfirmen mit implementierten CSR-Standards)
- Gemeinwesen (Unterstützung von Nonprofit-Organisationen durch Geldspenden, Sachspenden oder freiwilliges Engagement)

Während die ersten drei Bereiche in aller Regel unmittelbar mit dem Wertschöpfungs- und Produktionsprozess des Unternehmens zusammenhängen, ist dieser Zusammenhang in Bezug auf das gemeinnützige Engagement nicht sofort ersichtlich. Dies mag ein Grund dafür sein, dass dieser Teilbereich von CSR bisher kaum Beachtung gefunden hat (Seifert et al. 2003). Das gemeinnützige Engagement von Unternehmen wird im angloamerikanischen Raum auch als Corporate Citizenship (CC) bezeichnet, worunter „die Bündelung aller Aktivitäten eines Unternehmens im Gemeinwesen und deren strategische Ausrichtung auf übergeordnete Unternehmensziele“ (Dreowski 2004) verstanden wird. Dazu zählt insbesondere die Unterstützung von Vereinen und Einrichtungen durch Geld- und Sachspenden und freiwilliges Engagement der Mitarbeitenden (Schrader 2003).

„The business of business is more than business.“ Mit dieser kurzen Formel lässt sich die Forderung nach der sozialen Verantwortung von Unternehmen beschreiben, die heutzutage unter dem Schlagwort Corporate Social Responsibility (CSR) diskutiert wird. Welche Aspekte darunter fallen und wie die Umsetzung im Unternehmen genau auszusehen hat, darüber besteht jedoch weit reichende Unstimmigkeit (Dahlsrud 2006). Caroll (1979) unterteilt das Zielsystem von Unternehmen in die „ökonomische“ Verantwortung, profitabel zu sein, die „gesetzliche“ Verantwortung, die geltende Rechtsordnung zu respektieren,

### Corporate Citizenship als Wettbewerbsvorteil

Auf den ersten Blick erscheint es für ein Unternehmen nicht sinnvoll, den Gewinn durch Spenden zu schmälern oder Mitarbeitende in ihrer Arbeitszeit zu freiwilligem Engagement zu ermuntern. Die rein ökonomische Betrachtungsweise ist aber einseitig und berücksichtigt nicht weitere indirekt wirkende Faktoren. Sowohl für Stakeholder im Beschaffungsmarkt wie auch im Absatzmarkt kann das gemeinnützige Engagement des Unternehmens ein Entscheidungskriterium sein.

Der Zugang zu den Finanzmärkten ist eine wichtige Grundlage für Investitionen und unternehmerische Entwicklung. Zunehmend werden Unternehmen dabei nicht nur nach ihren ökonomischen Leistungen bewertet, sondern auch anhand ihres sozialen und ökologischen Engagements. Firmen wie Sustainable Asset Management (SAM) oder Fonds wie Ethibel und FSTE4Good listen und bewerten Unternehmen nach Maßstäben der CSR. Diese Ratings haben Einfluss auf die Investitionsentscheidungen von Banken und Aktionären. Zudem schafft das Bekenntnis zu ethisch-sozialem Verhalten und gemeinnützigem Engagement Vertrauen in den Beziehungen zu Lieferanten. Über eine gemeinsame Verständigung der sozialen Standards im Leistungsprozess kann eine engere Zusammenarbeit entstehen, insbesondere zwischen Unternehmen der ersten und dritten Welt. Außerdem steigt die Glaubwürdigkeit und Reputation eines Unternehmens, wodurch Verhandlungen erleichtert werden. Für den Absatzmarkt ist Corporate Citizenship in erster Linie ein Marketing-Instrument, das einen Imagegewinn für das Unternehmen generieren soll (Meijer et al. 2006). Durch die Verbindung der eigenen Produkte mit gemeinnützigen Zwecken oder Aktionen wird das soziale Gewissen der Konsumenten angesprochen. Die Kaufentscheidung wird anschließend nicht nur aus rein nutzenorientierten Aspekten getroffen, sondern auch nach dem sozialen Mehrwert des einen Produktes gegenüber den Konkurrenzangeboten beurteilt. Der Konsument mischt den eigenen Nutzen mit einem altruistischen Zusatznutzen und erkaufte sich sozusagen das gute Gefühl, etwas Wohltätiges getan zu haben („warm glow“). Es wird deutlich, dass Corporate Citizenship einen strategischen Nutzen für Unternehmen hat, der alle Stakeholdergruppen betrifft. Dazu muss Corporate Citizenship aber in die Gesamtstrategie des Unternehmens eingebettet sein.

### Unterschiedliche Gestaltungsansätze von Corporate Citizenship

An dieser Stelle werden nun zwei Vorgehensweisen für die Implementierung und Verknüpfung von Unternehmensstrategie und Corporate Citizenship präsentiert. Anhand von zwei kurzen Fallstudien von Schweizer Unternehmen soll verdeutlicht werden, welche Konsequenzen die jeweilige Einbindung von Corporate Citizenship haben kann. Im „integrativen Ansatz“ wird Corporate Citizenship als fester Bestandteil der Unternehmensstrategie implementiert und eng mit dem Kerngeschäft des Unternehmens verbunden. Dadurch entsteht ein hoher Nutzen für alle Beteiligten. Beim „systemischen Ansatz“ bleiben das Kerngeschäft und die Corporate Citizenship-Aktivitäten weitestgehend voneinander getrennt. Corporate Citizenship ist hier mehr Teil einer kommunikativen CSR-Strategie. Durch die klare Trennung, zum Beispiel durch Ausgliederung in Stiftungen, gewinnen die Corporate Citizenship-Aktivitäten an Glaubwürdigkeit und Eigenständigkeit, was insbesondere für die Nonprofit-Partner von Vorteil sein kann.

### Integrativer Ansatz von Corporate Citizenship

Die Switcher AG ist ein Textilunternehmen, das 1981 von Robin Corneliuss gegründet wurde und sich zum Ziel gesetzt hat, Kleidung nach nachhaltigen ökologischen und sozialen Maßstäben zu produzieren. Die Unternehmensgruppe erwirtschaftet einen Umsatz von circa 80 Mio. CHF und beschäftigt 130 Mitarbeitende in der Schweiz. Die Produktion außerhalb der Schweiz liegt in sechs Ländern: Portugal, Indien, China, Türkei, Rumänien und Tunesien. Wie es die Zielsetzung des Unternehmens bereits verdeutlicht, ist CSR für Switcher ein integrativer Bestandteil der Unternehmensstrategie. Dementsprechend werden alle Stakeholder in das Konzept miteinbezogen und alle Geschäftsprozesse nach CSR-Kriterien gestaltet. So hat Switcher eine Ethik-Charta mit einem Verhaltenskodex entwickelt, die für alle Lieferanten gilt. Darin werden zentrale Grundsätze der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mitarbeitenden sowie Umweltstandards festgehalten. Für die Umsetzung bei den Lieferanten werden CSR Consultants und Social Compliance Officers in den jeweiligen Regionen benannt und die gesamten Geschäftsprozesse mit Hilfe von mehreren Zertifizierungen und Normenstandards überprüft. Dabei arbeitet Switcher eng mit internationalen Nonprofit Organisation wie ISCOM,

Helvetas oder repect inside zusammen (Switcher 2007). Diese Kontrolle wird auch am Absatzmarkt als Verkaufsargument genutzt und kommuniziert. Auch hier nutzt Switcher unabhängige Non-Profit-Organisationen (NPO) als Kooperationspartner, so die Fair Wear Foundation oder Max Havelaar. Schließlich bündelt das Unternehmen weitere gemeinnützige und freiwillige Aktivitäten in der Switcher Foundation, die gesellschaftsorientierte Projekte in der Schweiz und im Ausland durchführt. Damit stützt die Stiftung die Unternehmensstrategie.

### Systemischer Ansatz von Corporate Citizenship

Die UBS AG ist eine der beiden Schweizer Großbanken und gehört zu den weltweit führenden Bankinstituten. Im Jahr 2008 hat die UBS aufgrund der weltweiten Finanzkrise einen negativen Geschäftsertrag von 4 Mrd. CHF erwirtschaftet, im Jahr zuvor belief sich der Ertrag auf 21,3 Mrd. CHF. Das Unternehmen beschäftigt knapp 77.000 Mitarbeitende, davon ein Drittel in der Schweiz (UBS 2009). Im Gegensatz zu Switcher steht CSR nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kerngeschäft. Die UBS orientiert sich dabei an der „triple bottom line“, das heißt an ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen. Auch wenn dieses Konzept eine integrierte Vorgehensweise von CSR vorsieht, können die einzelnen Komponenten auch getrennt voneinander – sozusagen in eigenen Systemen – behandelt werden. Neben klassischem Sponsoring, das nicht als Teilbestand von CSR angesehen wird, engagiert sich die UBS über drei verschiedene Stiftungen im ökologischen und sozialen Bereich. Die UBS Kulturstiftung unterstützt Kulturprojekte und sammelt Kunstwerke, die UBS Optimus Foundation ist in den Bereichen Kinder und medizinische Forschung tätig, und die UBS Stiftung für Ausbildung und Soziales engagiert sich in Bereichen des Arbeitsmarktes und Sozialwesens. Über Kundenbindungsprogramme werden einzelne Aktivitäten und Projekte der Stiftungen den Kunden der UBS näher gebracht. Zusätzlich unterstützt das Unternehmen gemeinnütziges Engagement von Mitarbeitenden. Mit „Employee Donation“ erhöht die UBS Spenden von Mitarbeitenden für bestimmte Projekte, mit „Employee Volunteering“ können sich Mitarbeitende bei ausgesuchten Projekten als Freiwillige beteiligen. Insgesamt wurden 2007 so über 46 Mio. CHF gespendet und 8.000 Mitarbeitende leisteten circa 80.000 Stunden gemeinnützige Arbeit. Zusätzlich zu diesen internen Engagements

beteiligt sich die UBS am Projekt „Seitenwechsel“ der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, und der Verein „UBS-Mitarbeiter helfen“ wird ebenso auf der Konzern-Homepage aufgeführt.

### Vergleich von integrativem und systemischem Ansatz

Auch wenn beide Gestaltungsansätze hier nur sehr oberflächlich und knapp beschrieben wurden, vor allem ohne die jeweilige Wirkung genauer zu untersuchen, können doch einige Unterschiede deutlich gemacht werden. Beim integrativen Ansatz werden die spezifischen Fähigkeiten eines Unternehmens für die gemeinnützigen Aktivitäten genutzt, was zu einer größeren Effizienz in diesem Bereich führen kann (Porter/Kramer 2002). Im Vordergrund steht daher eine Nutzenorientierung von Corporate Citizenship, die mit Hilfe des existierenden Know-hows einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten soll. Andererseits profitiert Switcher bei Verfahrenstechniken und Absatzkanälen von der CSR-Orientierung. Die enge Verknüpfung mit dem Kerngeschäft führt aber auch zu einer Fokussierung der Aktivitäten. Dem Kerngeschäft wesensfremde Aktivitäten (bei Switcher eventuell Kulturförderung) lassen sich nicht glaubhaft in das Konzept einbinden, was daher eine stärkere Fokussierung erfordert.

Der systemische Ansatz sorgt für eine Trennung von Kerngeschäft und Corporate Citizenship-Aktivitäten, was sich auch auf die Wahrnehmung durch die Stakeholder übertragen kann. Diese Eigenständigkeit von Corporate Citizenship erleichtert die Zusammenarbeit mit externen Partnern, insbesondere NPO, da sie weniger den Verdacht hegen, im Auftrag eines Konzerns zu arbeiten. Zudem kann das Unternehmen so in vielen Bereichen tätig sein, wie sich am beschriebenen Beispiel eindeutig nachvollziehen lässt. Im Vordergrund steht hier eine Wertorientierung, die von den Stiftungen auf das Unternehmen abfärben soll. Das Unternehmen setzt mit Hilfe der Stiftungen seinen Wertekanon im gesellschaftlichen Kontext um und nutzt dies wiederum für die eigene Kommunikation. Die aktuell wirtschaftlich schwierigen Zeiten heben einen zentralen Vorteil dieses Vorgehens besonders deutlich hervor: Durch die strukturelle Unabhängigkeit der Stiftungen wird das Corporate Citizenship-Engagement nicht im gleichen Maße vom Geschäftsgang der Bank betroffen (Purtschert et al. 2007). Der Vergleich zeigt, dass beide Ansätze ihre Berechtigung

haben und situativ die Entscheidung getroffen werden muss, welche Form gewählt wird. Nicht jedes Kerngeschäft eignet sich im gleichen Maß für einen integrativen Ansatz, umgekehrt ist der systemische Ansatz mit großem kommunikativem Aufwand verbunden, um die Beziehung zwischen Unternehmen und Corporate Citizenship aufrecht zu erhalten.

### Ausblick

Unabhängig von der Wahl des Gestaltungsansatzes stellt sich die Frage, welche Methoden und Instrumente sich zukünftig für eine strategische Umsetzung von Corporate Citizenship anbieten. Dabei ergeben sich aus den Sichtweisen von Unternehmen und NPO unterschiedliche Möglichkeiten.

Unternehmen können noch stärker auf integrierte Instrumente wie Cause-Related Marketing (CRM) setzen, die dem Kundenwunsch nach einem guten Gefühl beim Kauf entgegenkommen. Bei CRM wird der Kauf eines Produktes mit einer anteiligen Spende (zum Beispiel 1 CHF) für einen gemeinnützigen Zweck verbunden. Matching Funds sind eine andere Möglichkeit, um eine gesellschaftliche Hebelwirkung zu erzeugen und Anreize für Stakeholder zu setzen, sich gemeinnützig zu engagieren. Hierbei lobt das Unternehmen einen zusätzlichen Betrag (zum Beispiel Verdoppelung) für jeden geleisteten Beitrag aus. In der Schweiz sind in dieser Logik vor allem Sponsorenläufe bekannt, jedoch gibt es in England und den USA schon viele weitere Projekte, die als Charity Challenges bezeichnet werden.

Schließlich können Unternehmen ihr Expertenwissen für NPO zur Verfügung stellen und damit eine win-win-Situation schaffen. Die Unternehmensmitarbeitenden können ihre Erfahrung in einem anderen Kontext ausbauen und die NPO profitieren vom günstigen Spezialwissen.

Aus Sicht der NPO gilt es vor allem, sich den Beiträgen von Unternehmen noch stärker zu öffnen. Statt Unternehmen nur als Geldgeber anzusehen, sollten NPO sie stärker in ihre Aktivitäten involvieren und die Bedürfnisse von Unternehmen in Kooperationen besser berücksichtigen. In Private Public Partnerships gelingt die Kooperation vor allem dann, wenn auch die NPO bereit sind, unternehmerisch zu agieren (Bolz/Rosenfeld 2007). Auch beim Corporate Volunteering können NPO eine aktivere Rolle übernehmen. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass freiwilliges Engagement von Mitarbeitenden kaum durch

die Unternehmen gefördert wird (Ammann et al. 2004). Um diese Entwicklung zu beschleunigen, sollten NPO ihrerseits Angebote und Projekte schaffen, die für Corporate Volunteering attraktiv sind und selbst nach Partnern aus der Wirtschaft suchen.

Wie in diesem Beitrag gezeigt wurde, ist Corporate Citizenship nicht nur eine freundliche Geste von Unternehmen, sondern übernimmt eine wichtige Funktion in allen Stakeholderbeziehungen. Die unterschiedlichen Gestaltungsansätze und die Anwendungsmethoden von Corporate Citizenship legen ein Augenmerk auf die situative Analyse, die der Umsetzung vorausgehen muss. Schließlich gilt für Corporate Citizenship der gleiche Grundsatz wie für alle CSR-Aktivitäten: einen sinnvollen Beitrag zum Unternehmenszweck leistet Corporate Citizenship nur dann, wenn es in die strategischen Zielsetzungen eingebunden wird.

### Literatur

- Ammann, Herbert/Bachmann, Ruth/Schaller, Ricarda: Unternehmen unterstützen Freiwilligkeit. Reihe Freiwilligkeit, Zürich, 2004.
- Bolz, Urs/Rosenfeld, Martin: Public Private Partnership – ein Lösungsansatz für NPO? *Verbands-Management*, Nr. 3/07, 2007, S. 6-13.
- Carroll, Archie B.: A Three Dimensional Conceptual Model of Corporate Social Performance, *Academy of Management Review*, 4, 1979, S. 497-505.
- Dahlsrud, Alexander: How Corporate Social Responsibility is Defined: an Analysis of 37 Definitions, 2006, in: *Corporate Social Responsibility and Environmental Management* (in press), URL: [http://www.csr-norway.no/papers/2007\\_dahlsrud\\_CSR.pdf](http://www.csr-norway.no/papers/2007_dahlsrud_CSR.pdf) [11.02.2009].
- Dresewski, Felix: Corporate Citizenship: Ein Leitfaden für das soziale Engagement mittelständischer Unternehmen, 2004.
- Fox, Tom: Small and Medium-Sized Enterprises (SMEs) and Corporate Social Responsibility: A Discussion Paper, 2005.
- Meijer, May-May/de Bakker, Frank/Smit, Johannes H./Schuyt, Theo: Corporate Giving in the Netherlands 1995-2003: Exploring the Amounts Involved and the Motivations for Donating. *Nonprofit and Voluntary Sector Marketing*, 11(1), 2006, S. 13-28.
- Porter, Michel E./Kramer, Mark R.: The Competitive Advantage of Corporate Philanthropy, *Harvard Business Review*, December 2002, S. 57-68.
- Purtschert, Robert/von Schnurbein, Georg/Bittel, N.: Charity-Gala oder Sammelbüchse? *Verbands-Management*, Nr. 2/07, 2007, S. 36-45.
- Schrader, Ulf: Corporate Citizenship: Die Unternehmung als guter Bürger? Berlin 2003.
- Seifert, Bruce/Morris, Sam A./Bartkus, Barbara R.: Comparing big givers and small givers: financial correlates of corporate philanthropy. *Journal of Business Ethics*, Nr. 45(3), 2003, S. 195-211.
- Switcher AG (Hrsg.): Sozialbericht 2006, Le Mont sur Lausanne, 2007.
- UBS AG (Hrsg.): Medienmitteilung – UBS mit Verlust von CHF 8,1 Milliarden im 4. Quartal, Zürich, 2009.

## Freiwilliges Engagement von Unternehmen – Corporate Social Responsibility in Österreich

Roman H. Mesicek



**Roman H. Mesicek**

ist Geschäftsführer von respACT, der führenden österreichischen Unternehmensplattform für CSR und nachhaltige Entwicklung. Seit 2005 ist er darüber hinaus Mitbetreiber des Labels KONKORD – das höfliche Label aus Wien.

Wie können Gewinne und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert, gleichzeitig aber auch die Zivilgesellschaft in globale Wirtschaftsfragen integriert werden? Das Konzept der CSR versucht, auf diese Fragen aus unternehmerischer Sicht eine Antwort zu geben. CSR steht für Corporate Social Responsibility, die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Dieses Konzept soll Unternehmen als Grundlage dafür dienen, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmensaktivität und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren. In einer Symbiose von Wirtschaft und Zivilgesellschaft kann somit CSR

eine win-win-Situation schaffen, die wesentlich zur Standortsicherung und gleichsam zur Verbesserung der Lebensqualität der Einzelperson beiträgt. So weit die Theorie – doch wie sieht die Praxis aus und in welche Richtung geht die Entwicklung?

### Öffentlichkeit fordert Nachhaltigkeit

Befragungen von Konsumenten zeigen deutlich, dass ethisches Handeln der Unternehmen an Bedeutung gewinnt und auch wahrgenommen wird. So gaben 76 Prozent der Befragten der deutschen Studie von Lunau/Wettstein 2004 an, dass es eine Grundaufgabe von Unternehmen sei, auch etwas für/gegen gesellschaftliche Probleme wie Armut, Kriminalität und Bildung zu tun. Einer österreichischen Studie des IMAS-Instituts aus dem Jahr 2005 zufolge wünschen 69 Prozent der österreichischen Bevölkerung mehr Informationen darüber, ob sich die Herstellerfirma eines Produktes ethisch beziehungsweise verantwortungsbewusst gegenüber der Gesellschaft verhält. Auch eine Befragung von Betriebsräten, Managern und Konsumenten im Rahmen einer qualitativen Studie der Arbeiterkammer zeigte: Ethisches Verhalten von Unternehmen sollte eine sehr viel größere Rolle spielen.

Und tatsächlich stehen Unternehmen schon in intensivem Kontakt mit ihren Anspruchsgruppen, wie eine Studie aus dem Jahr 2008 von Pleon Kothes-Klewes belegt. In diesem Dialog steht die Öffentlichkeit der Umweltpolitik eines Unternehmens besonders kritisch gegenüber. Mehr als die Hälfte interessiert sich aber auch für den Gesundheitsschutz/Arbeitsschutz und Sozialstandards sowie in Folge für wirtschaftsethische Fragestellungen – ein Grund dafür könnte die Globalisierungsdiskussion sein. Corporate Governance als wirtschaftlich und ethisch verantwortliche Unternehmensführung fordert mehr als die Hälfte der Stakeholder ein.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat darüber hinaus ein massiver Vertrauensverlust in Unternehmen stattgefunden. Beim Edelman Trust Barometer 2009, einer weltweiten Befragung zum Thema Vertrauen, antworteten 62 Prozent der (global) befragten Personen, dass ihr Vertrauen in die Wirtschaft gesunken ist. Für Unternehmen gilt es, hier einzuhaken.

### CSR als Managementkonzept

Langfristig im Unternehmen implementiert, kann gesellschaftliche Verantwortung Vertrauen sowie beiderseitigen Nutzen für Unternehmen und Gesellschaft schaffen. Auch wenn in der Regel die Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Verantwortung im Human Resource-Management oder bei den PR-Verantwortlichen beginnt, macht es für alle Unternehmensbereiche Sinn, sich über die eigene „CSR-Performance“ Gedanken zu machen: Ein ganzheitlicher CSR-Prozess betrifft neben dem Personal- und Kommunikationsbereich auch die Managementebene, das Innovationsmanagement und die Organisationsentwicklung des Unternehmens. Schließlich ist CSR ein Managementansatz zur Implementierung der Vision der „Nachhaltigen Entwicklung“ in die Unternehmensstrategie. Eines der wesentlichsten Merkmale ist hierbei die Freiwilligkeit der Maßnahmen und die Selbstbestimmung der Unternehmen. Eine Betrachtung der CSR- und Nachhaltigkeitsprogramme zeigt somit auch sehr deutlich eine Vielzahl von unterschiedlichen Aktivitäten. Gerade diese Vielfalt ist ein wesentliches Merkmal der aktiven, von Unternehmen wahrgenommenen gesellschaftlichen Verantwortung: Sie ermöglicht, diese zugeschnitten auf Angebote und spezielle Bedürfnisse des Unternehmens zu entwickeln und offenbart, dass es keinen „one-size-fits-all“-CSR-Ansatz gibt.

CSR hat sich in vielen Unternehmen auch zu einem zentralen Instrument der Stakeholder-Kommunikation entwickelt. Unternehmen begeben sich dabei intern und extern in einen aktiv gesteuerten Dialog und bauen dadurch Vertrauen auf. Der Kontakt mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, die direkten oder indirekten Einfluss auf das Geschäft ausüben, ermöglicht es, den äußeren Druck besser einzuschätzen und Krisen besser zu bewältigen. Stakeholder-Kommunikation ist daher zugleich aktives und präventives Risikomanagement. Weil Krisensituati-

onen aber immer auch unberechenbar sind, ist der aktiv geführte Dialog mit den Stakeholdern gerade in schwierigen Zeiten notwendig. Dieser Dialog kann als Frühwarnsystem dienen, um externe Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf ein Unternehmen besser abzuschätzen. Auf Betriebsebene ist hier besonders der Kontakt mit Arbeitnehmern, im Sinne der österreichischen Sozialpartnerschaft, zu unterstützen.

### Corporate Volunteering als ein Bereich von CSR

Eine immer populärer werdende Form des gesellschaftlichen Engagements ist das so genannte Corporate Volunteering: Auf Deutsch entweder als „Freiwilligenarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“, „Freiwilligentätigkeit“, „betriebliche Freiwilligenprogramme“ oder „Förderung des Mitarbeiterengagements“ bezeichnet. Dabei stellt ein Unternehmen gezielt Humanressourcen und Zeit zur Verfügung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für eine bestimmte Zeit bei laufenden Bezügen von der Arbeit freigestellt, um für einen guten Zweck zu arbeiten. Unterstützt wird entweder bestehendes ehrenamtliches Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, oder man geht längerfristige Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen ein. Immer mehr österreichische Unternehmen sind bereit, ihre Mitarbeiter für eine Freiwilligentätigkeit temporär freizustellen. Was macht Corporate Volunteering für Unternehmen so attraktiv? In erster Linie eine so genannte „win-win-win-Situation“, die durch betriebliche Freiwilligenprogramme geschaffen wird: Es profitiert erstens die gemeinnützige Organisation beziehungsweise die Gesellschaft, zweitens der oder die einzelne Mitarbeiter/-in und drittens auch das Unternehmen als Ganzes.

Viele NGOs (Non-Governmental Organization/Nichtregierungsorganisation) oder Vereine könnten ihre Arbeit ohne den Einsatz freiwilliger oder ehrenamtlicher Kräfte nicht umsetzen. Deshalb wirkt eine Unterstützung mit Personal, Kompetenz oder Know-How meist besser als eine Geld- oder Sachspende. Was hierbei wichtig ist: Je näher das Engagement an der eigentlichen Kernkompetenz des Unternehmens beziehungsweise der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters ist, desto mehr profitiert die Organisation davon. Auf der anderen Seite erleben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Freiwilligenarbeit eine Abwechslung vom Tagesgeschäft im Unternehmen,

verbreitern ihren Horizont, lernen neue Problemstellungen kennen und erweitern ihre Soft-Skills. Es steigt ihre soziale Anerkennung sowohl am Arbeitsplatz als auch privat. Auch in punkto Karriere bringt Corporate Volunteering Vorteile, da ehrenamtliche Tätigkeiten den Lebenslauf aufwerten. Für ein gelingendes Corporate Volunteering Programm beziehungsweise für die Schaffung einer „win-win-win-Situation“ ist es jedoch unerlässlich, das Engagement auch von Unternehmensseite her entsprechend zu unterstützen. Die Unternehmensleitung muss Rahmenbedingungen schaffen, um die Teilnahme der Belegschaft an Freiwilligenprogrammen zu ermöglichen und zu unterstützen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen für die Zeit des Programms freigestellt werden, eine Aufrechterhaltung des Bezugs muss sichergestellt sein. Gleichzeitig muss auch geplant werden, wie der Betrieb in Abwesenheit der freigestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterläuft. Es muss eine klare Strategie verfolgt werden, was man mit dem Engagement erreichen will und mit welchen Organisationen man zusammenarbeiten will. Darüber hinaus sollten die Führungskräfte mit gutem Beispiel vorangehen, die Belegschaft einbinden und zur Teilnahme motivieren.

#### Unternehmerischer Vorteil CSR

Analysiert man die Nutzeneffekte des Konzepts für Unternehmen, lassen sich – je nach Einsatz und Intensität des Engagements – eine Reihe von positiven Aspekten festhalten: Im engeren ökonomischen Nutzenrahmen sind dies eine allgemeine Wertsteigerung des Unternehmens, Beiträge zur Risikominimierung, aber auch eindeutige Kostensenkungseffekte (etwa durch nachhaltiges Human Resource Management). Besonders wirksam wird das Konzept der Nachhaltigkeit in der Positionierung des Unternehmens am (Kapital-)Markt. Nachhaltigkeitsengagement schafft Vertrauen seitens der Öffentlichkeit, verstärkt die Kundenbindung und verleiht dem Unternehmen einen einzigartigen Standpunkt: „Kein anderer Betrieb ist mit uns vergleichbar.“ Somit verspricht der unternehmensinterne Einsatz von Nachhaltigkeits- und CSR-Initiativen eine Reihe immaterieller Gewinne („intangible assets“) wie eine höhere Mitarbeiterbindung und eine verbesserte Unternehmenskultur.

#### Die CSR-Debatte in Österreich

Ende 2002 wurde von Industriellenvereinigung, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und Wirtschaftskammer Österreich die Initiative „CSR Austria“ ins Leben gerufen, um das Thema CSR in Österreich aktiv zu besetzen. Ziel war es, Unternehmen für CSR zu motivieren und die Öffentlichkeit über die Aktivitäten der Firmen zu informieren. Zentrale Aktivität von CSR-Austria war ein Stakeholderdialog zur Entwicklung des Unternehmensleitbilds „Erfolgreich wirtschaften – verantwortungsvoll handeln“ im Jahr 2003. Das Papier entstand im Rahmen eines breiten Dialogs mit der Zivilgesellschaft und bietet den österreichischen Unternehmen eine Orientierung für die kommenden gesellschaftlichen Herausforderungen an. Es gibt ihnen ein Modell für ihren eigenen Leitbildprozess zu CSR in die Hand. Zusammengefasst lässt sich das Leitbild mit folgendem Kernsatz beschreiben: „Unternehmen mit Verantwortung sind wirtschaftlich erfolgreich, eingebunden in die Gesellschaft und verantwortlich für Umwelt und Zukunft.“

Neben dem Leitbild entstanden im Umkreis der Initiative „CSR-Austria“ beziehungsweise mit deren Unterstützung auch eine Reihe anderer CSR-Maßnahmen und -Projekte: Mit dem „TRIGOS“ wurde beispielsweise in einem einzigartigen Zusammenschluss aus NGOs und Wirtschaftsvertretern eine „Auszeichnung für Unternehmen mit Verantwortung“ etabliert ([www.trigos.at](http://www.trigos.at)), die erstmals im Jahr 2004 vergeben wurde. Die TRIGOS-Preisträger nehmen eine positive Vorbildfunktion in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ein und zeichnen sich durch vertiefte Vertrauensverhältnisse zu ihren Anspruchsgruppen und eine gesteigerte Wertschätzung in der Öffentlichkeit aus. Auch im Bereich der Weiterbildung konnten Angebote entwickelt werden: Der Lehrgang „Zukunftsfähiges Wirtschaften: CSR-Management in der Praxis“ ermöglicht interessierten Führungskräften Ausbildungsgänge in Nachhaltiger Entwicklung und CSR ([www.asd.at](http://www.asd.at)). „Brückenschlag“ wiederum ist ein Austausch- und Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte aus Unternehmen und Sozialeinrichtungen, bei dem diese Personen einige Tage in den je anderen Alltag wechseln ([www.brueckenschlag.at](http://www.brueckenschlag.at)). Das „corporAID Magazin“ beleuchtet Entwicklungsländer und globale Armutsbekämpfung aus einer wirtschaftlichen Perspektive. Themenbereiche sind beispielsweise Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung, Investitionen in Entwick-

lungsländern, Geschäftsmodelle für soziale Entwicklung, internationale Initiativen und Trends, Länderreports, Best Practice, Förderinstrumente und Berichte zur österreichischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit ([www.corporaid.at](http://www.corporaid.at)).

#### Institutionalisierung des CSR Engagements

Der im Juni 2005 gegründete Verein respACT Austria – Verein zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von und in Unternehmen – führt die Arbeit der Initiative „CSR Austria“ fort und baut auf deren Leitbild „Erfolgreich wirtschaften. Verantwortungsvoll handeln“ auf. Denn responsible ACTION besagt genau das: verantwortliches Handeln von Unternehmen. Im Jahr 2007 wurde der Verein mit dem Austrian Business Council for Sustainable Development (ABCSD), das seit 1997 vor allem große, österreichische Industrieunternehmen in Fragen der Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeitsberichterstattung unterstützte, zusammengeführt. Die entstandene Organisation respACT - austrian business council for sustainable development ist die führende österreichische Unternehmensplattform zu CSR und Nachhaltiger Entwicklung. Die über diese Plattform zusammengeschlossenen, innovativen und erfolgreichen Unternehmen nutzen somit ganz bewusst ihre Vorreiterrolle, um das Thema CSR in Österreich zu verbreiten.

#### Die Zukunft von CSR: Dialog und Transparenz

Die Zukunft und Glaubwürdigkeit von CSR liegt jetzt in den Händen der Betriebe. Nachdem die gesellschaftliche Positionierung des Unternehmens eine strategische Aufgabe ist, liegt es nahe, dass die Entscheidung für das Modell in der Chefetage fällt und verankert wird. Durch Transparenz und Dialog gilt es zu beweisen, dass es sich bei den unternehmerischen Aktivitäten nicht um Charity-Events oder einen Modetrend handelt, sondern um langfristiges, gesellschaftliches Engagement als Investment in die Zukunftsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

#### Literatur

Lunau, York/Wettstein, Florian: Die soziale Verantwortung der Wirtschaft. Was Bürger von Unternehmen erwarten. St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik, Bern, 2004.

# By the way... freiwilliges Engagement als Lernort



Freiwilliges Engagement ist neben vielen anderen Effekten auch ein „unbeabsichtigter“, und gerade deshalb sehr effektiver Ort des informellen Lernens. Freiwilliges Engagement fördert in vielfältiger Weise informelles Lernen und demokratische Kompetenzen, setzt aber auch vielfältige persönliche Kompetenzen voraus. Das Ziel des Workshops bestand darin, förderliche Bedingungen für die Entwicklung dieser Kompetenzen herauszuarbeiten.

Wie können diese Kompetenzen, möglicherweise in verschiedenen biographischen Phasen, aufgebaut werden?

Welche spezifischen Kompetenzentwicklungen lassen sich im Jugend-, welche im Erwachsenenalter feststellen?

Welches sind aus Ihrer Sicht gute Beispiele für eine Dokumentation und Anerkennung der erworbenen Kompetenzen?

Inwiefern kann und soll aus gesellschaftlicher Sicht die Herausbildung informeller Kompetenzen in die Beschreibung und Bilanzierung von „Bildungsbilanzen“ „eingerechnet“ werden?

Welche Bedingungen müssen im freiwilligen Engagement bestehen, damit von „Kompetenzentwicklung“ gesprochen werden kann?

#### **Moderation**

Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin  
Rita Trattning, Lebensministerium, Wien

## Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement

Wiebken Düx



**Wiebken Düx**

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Dortmund im Fachbereich Erziehungswissenschaft. Seit 2007 arbeitet sie im Forschungsprojekt „Individuelle und institutionelle Passungen bürgerschaftlichen Engagements“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Jugendarbeit, Jugendverbände, Ehrenamt/freiwilliges Engagement, informelles Lernen.

durch ein freiwilliges Engagement?“ Dazu wurden im Rahmen einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage 1.500 ehemals ehrenamtlich engagierte Erwachsene zwischen 25 und 40 Jahren zu Umfang, Inhalt und Qualität ihrer Kompetenzen sowie zu den Orten des Kompetenzerwerbs telefonisch befragt. Als Kontrollgruppe dienten rund 550 Erwachsene im gleichen Alter, die in ihrer Jugend nicht ehrenamtlich engagiert waren. Im Rahmen einer qualitativen Erhebung wurden zudem 74 engagierte Jugendliche im Alter von 15 bis 22 Jahren sowie 13 ehemals engagierte Erwachsene zu ihren Lernerfahrungen in unterschiedlichen Settings des freiwilligen Engagements interviewt.

### Lernförderliche Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements

Die Settings des freiwilligen Engagements bieten nach den Erkenntnissen aus der qualitativen Befragung besondere Lernchancen, insbesondere für Jugendliche, aber auch für Erwachsene. Dafür scheinen bestimmte strukturelle Bedingungen dieser Settings maßgeblich zu sein. Diese Merkmale, die im Folgenden dargestellt werden, sind allerdings in den unterschiedlichen Organisationen verschieden stark ausgeprägt:

- Freiwilligkeit ist ein erstes grundlegendes Merkmal des Engagements. Nahezu alle Interviewten weisen darauf hin, dass der größte Unterschied zum verpflichtenden Lernen in der Schule in der Freiwilligkeit des Lernens im Engagement liege. Für die hier stattfindenden Lernprozesse spielen Freiwilligkeit, eigenes Interesse und Praxisbezug eine wesentliche Rolle. Aus der Motivations- und Lernforschung ist lange bekannt, dass Freiwilligkeit eine wichtige Voraussetzung für Lernmotivation und Interesse ist. Gemeint ist damit

die Freiwilligkeit des Zugangs zum Engagement ebenso wie die selbst bestimmte Entscheidung über dessen Art, Intensität und Dauer.

- Verantwortungsbereitschaft und -übernahme spielen eine besondere Rolle beim Lernen und Handeln im Engagement. Zum einen wird in einem freiwilligen Engagement gelernt, Verantwortung für andere, für konkrete Inhalte und Dinge oder für die Organisation zu übernehmen. Zum anderen ermöglicht aktive Verantwortungsübernahme vielfältige Lernprozesse. Für Heranwachsende, die in unserer Gesellschaft durch die lange Schulphase, den Aufschub von Erwerbstätigkeit und ökonomischer Selbstständigkeit weitgehend von gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme ferngehalten werden, bietet das freiwillige Engagement die Möglichkeit, in einem geschützten Rahmen sukzessiv Aufgaben und Verantwortung für andere zu übernehmen. Dadurch können sie die für Heranwachsende wichtige Erfahrung konkreter Nützlichkeit sowie gesellschaftlicher Relevanz ihres Tuns machen, die zur Stärkung ihres Selbstwertgefühls und zum Erwachsenwerden beitragen kann. Allerdings können Jugendliche Verantwortungsübernahme auch nur dann lernen, wenn ihnen verantwortungsvolle Aufgaben zugetraut und zugemutet werden.
- In allen untersuchten Organisationen werden Teamarbeit und Lernen im Austausch mit anderen beschrieben. Die Zusammenarbeit unter den Engagierten, aber auch mit den Hauptamtlichen, stellt einen stark motivierenden Faktor dar. Die Gruppe spielt eine bedeutende Rolle für das Interesse an der Tätigkeit, den Erwerb von Kompetenzen sowie für die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme.
- Die Arrangements, Räume und Kontexte des freiwilligen Engagements bieten vielfältige – je nach inhaltlicher und struktureller Ausrichtung der Organisationen unterschiedlich große – Frei- und Gestaltungsspielräume zum Ausprobieren, aber auch zum Mitbestimmen und Selbst-Organisieren. Jugendliche finden hier Möglichkeiten und Anregungen, sich selbst zu erproben und zu erfahren sowie sich mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Werten und Anschauungen auseinanderzusetzen.
- Im Engagement besteht ein enger Zusammenhang zwischen Lernen und Handeln, also

zwischen Kompetenzentwicklung und den Tätigkeiten und Aufgaben. Das heißt, dass Lernen als Übung und Handeln als Ernstfall im Engagement inhaltlich und zeitlich sehr eng verknüpft sind oder sogar zusammenfallen im Sinne von „learning by doing“. Im Unterschied zu schulischem Lernen, das vor allem in „Als-ob-Formen“, das heißt mit Blick auf mögliche spätere Anwendungsfälle fast ausschließlich im Rahmen des Übens geschieht, wird im Engagement in der Tätigkeit, durch die Tätigkeit und für die Tätigkeit gelernt. Gegenüber den schulischen Anforderungen, die sich ohne unmittelbaren Handlungsdruck vorrangig auf die Bewältigung intellektuell-kognitiver Aufgaben beziehen, bietet freiwilliges Engagement für Heranwachsende häufig die erste Gelegenheit und Herausforderung, sich handelnd zu erfahren und zu bewähren.

- Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unterstützung durch erfahrene Mitarbeiter. Es hat sich in den Interviews gezeigt, dass es für die Bereitschaft Jugendlicher, Verantwortung zu übernehmen, wichtig ist, dass erwachsene Bezugspersonen sie in den Organisationen begleiten, unterstützen und ernst nehmen, ihnen verantwortungsvolle Aufgaben und Eigenständigkeit zutrauen und zumuten sowie ihre Leistungen anerkennen.

Gegenüber privaten Kontexten wie der jugendlichen Clique oder auch der Familie besteht der Vorteil der gemeinsamen Zielsetzung und Programmatik, der pädagogischen Begleitung durch Erwachsene, aber auch durch begleitende Weiterbildungsangebote und vielfältige Kontaktmöglichkeiten. Freiwilliges Engagement ermöglicht Heranwachsenden eine Erweiterung ihres Erfahrungshorizonts und ihrer Handlungsmöglichkeiten sowie einen wichtigen Schritt aus dem privaten in den öffentlichen Raum.

### Kompetenzerwerb durch freiwilliges Engagement

Zur Frage: Was lernen die Ehrenamtlichen bei ihrem Engagement? liefert der 2. Freiwilligensurvey, die bislang umfangreichste Repräsentativerhebung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, eine deutliche Botschaft: In allen Altersgruppen geht zumindest ein Drittel der Engagierten davon aus, dass das Engagement für sie in hohem oder gar sehr hohem Maße eine Bildungswirkung hat. Selbst bei den über 65-Jährigen ist dies der Fall. Das heißt, es zeigt sich in allen Altersklassen ein bedeutender Lern-

beziehungsweise Kompetenzzuwachs. Nicht ganz überraschend ist dies bei der jüngsten Altersgruppe der 14- bis 30-Jährigen mit 55 Prozent am deutlichsten der Fall. Wie sich anhand der hier vorgestellten Studie gezeigt hat, hat der Kompetenzzuwachs aus einem jugendlichen Engagement nachhaltige Effekte, die auch im Erwachsenenalter noch wirksam sind, und zwar sowohl bezüglich der beruflichen Orientierung und Karriere (1), des Kompetenzprofils und der Persönlichkeitsentwicklung (2) als auch hinsichtlich gesellschaftlicher und politischer Beteiligung (3). Hierzu sollen im Folgenden einige ausgewählte Befunde vorgestellt werden.

### 1. Auswirkungen auf die berufliche Laufbahn

Ehemals Engagierte haben eine fast doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie beruflich einmal im Feld der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe tätig werden als die Nicht-Engagierten. Insofern ist das freiwillige Engagement ein wichtiges Lernfeld, eine wichtige Zugangsmöglichkeit und ein nicht unwichtiges Rekrutierungsfeld für die personenbezogenen „Dienste am Menschen“.

### 2. Kompetenzerwerb und Persönlichkeitsentwicklung

Beiden Erhebungen lässt sich entnehmen, dass freiwilliges Engagement ein wichtiges gesellschaftliches Lernfeld darstellt, in dem eine große Bandbreite und Vielfalt an Kompetenzen personaler, sozialer, kultureller sowie instrumenteller Art erworben werden können. So geben fast 70 Prozent der Befragten an, durch ihre freiwillige Tätigkeit „in hohem“ oder „sehr hohem Umfang“ wichtige Fähigkeiten erworben zu haben. Über 80 Prozent gehen von einem „sehr hohen“ oder „hohen“ Einfluss auf ihr Leben aus. Wie zu erwarten, nimmt der zugeschriebene Einfluss der Engagementerfahrungen mit der Dauer des Engagements zu.

Wenn sich dem 2. Freiwilligensurvey zufolge 36 Prozent aller Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren freiwillig engagieren, so bedeutet dies, dass das Engagement ein – auch quantitativ – bedeutsames gesellschaftliches Lernfeld für junge Menschen bildet.

Betrachtet man die Förderung persönlicher und sozialer Eigenschaften und Fähigkeiten, so weisen die meisten Befragten dem Engagement hier eine wichtige Rolle zu. Besonders stark wurden demnach die Fähigkeit, auf andere Menschen zuzugehen (71 Pro-

zent) und das eigene Selbstbewusstsein (64 Prozent) gefördert. Es folgen mit jeweils über 50 Prozent der Nennungen Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Konfliktfähigkeit, Kompromissbereitschaft, Empathie sowie Umgang mit Unsicherheit.

Als Trend ist in beiden Untersuchungen erkennbar, dass ein Engagement in beträchtlichem Maße Eigenschaften der Persönlichkeitsentwicklung und wichtige soziale Kompetenzen unterstützen und fördern kann.

Kompetenzerwerb durch freiwilliges Engagement ist – wie oben ausgeführt – eng an die dort ausgeübten Tätigkeiten geknüpft. Die Tätigkeiten, die die Engagierten in ihrem Engagement beschrieben haben, lassen sich typologisch nach vier Tätigkeitsgruppen unterscheiden. Die wesentlichen Tätigkeitsinhalte des Engagements sind demnach „Organisieren“ (etwa großer Veranstaltungen) (44 Prozent), „Gruppenarbeit und Training mit Kindern und Jugendlichen“ (25 Prozent), „Arbeit in Ausschüssen und Gremien“ wie Sitzungsleitung oder Interessenvertretung (14 Prozent) sowie „handwerklich-technische Arbeiten und praktische Hilfeleistungen“ wie etwa Erste Hilfe (15 Prozent). Diesen Tätigkeitsprofilen entsprechen die vier Tätigkeitsstypen „Organisator“, „Gruppenleiter/Trainer“, „Funktionär“ und „praktischer Helfer“.

Anhand einer Hauptkomponentenanalyse ließen sich aus den erfragten Tätigkeiten fünf Indikatoren beziehungsweise Kompetenzdimensionen bilden, die die folgenden Bereiche umfassen:

- Organisatorische Kompetenz umfasst die Tätigkeiten „Größere Veranstaltungen organisieren“, „Texte veröffentlichen“, „vor einem größeren Personenkreis Reden halten“ und „in Gremien mitarbeiten“.
- Leitungs- und Ausbildungskompetenz: Dazu gehören die Items „im Team eine größere Aufgabe bearbeiten“, „Leitungsaufgaben übernehmen“, „andere ausbilden, unterrichten oder trainieren“.
- Musisch-künstlerische Kompetenzen betreffen „Theater spielen“ und „Musik machen“.
- Helferisch-pflegerische Kompetenzen fassen Erfahrungen mit helfenden und pflegenden Tätigkeiten zusammen wie „Erste Hilfe leisten“ und „alte oder kranke Menschen betreuen“.
- „Reparatur von technischen Geräten oder Fahrzeugen“ werden als Indikator für technisch-instrumentelle Fähigkeiten angesehen.

Verglichen mit der Gruppe der Nicht-Engagierten verfügen die früher Engagierten in allen Bereichen über ein breiteres Spektrum an Erfahrungen mit den erfragten Tätigkeiten und auch über mehr Kompetenzen. Besonders ausgeprägt sind die Differenzen zwischen den beiden Gruppen der früher Engagierten und der Nicht-Engagierten in punkto Teamarbeit und Gremienerfahrung, Lehr- und Trainingstätigkeit, in Bezug auf Leitungskompetenz, aber auch in Sachen Organisation und Management sowie Präsentation. In diesen Bereichen sagt mehr als jede zweite befragte Person, die in ihrer Jugend freiwillig engagiert war, dass sie dies schon mehrfach gemacht und dabei Kompetenzen erworben habe. Es sind also weniger Kompetenzen, die in Schule oder Familienalltag erworben werden können, worin Engagierte und Nicht-Engagierte sich vor allem unterscheiden, sondern Organisations-, Gremien- und Leitungskompetenzen.

Dies sind auch die Kompetenzen, von denen die befragten Engagierten am häufigsten angeben, sie im Rahmen ihres Engagements erworben zu haben. Auswirkungen des freiwilligen Engagements auf Lernerfahrungen und Kompetenzgewinne sind den Befunden zufolge auch deutlich an den Typ der ausgeübten Tätigkeit sowie an das Tätigkeitsfeld geknüpft und unterscheiden sich entsprechend. Besonders große Kompetenzgewinne beschreiben die Tätigkeitstypen „Funktionäre“ und „Organisatoren“. Das heißt, insbesondere Jugendliche, die Leitungsaufgaben übernehmen, in der Interessensvertretung, in Ausschüssen und Gremien mitarbeiten sowie die, die organisatorische Aufgaben ausführen, profitieren stark von ihrem Engagement.

### 3. Gesellschaftliche Beteiligung

Dass Engagierte mehr Kompetenzen erwerben als früher Nicht-Engagierte, gilt auch für den Bereich der politisch-demokratischen Bildung. So liefert die Studie auch Befunde, die die allgemeine Annahme von der Entwicklung und Einübung demokratischer Fähigkeiten, Kenntnisse und Einstellungen durch Verantwortungsübernahme im Rahmen eines freiwilligen Engagements stützen. Durchweg höher sind die Werte der ehemals Engagierten gegenüber den Nicht-Engagierten. Da Fähigkeiten wie Interessenvertretung, Anwendung formal-demokratischer Spielregeln und Verfahrensweisen, Mitarbeit in Gremien oder Leitungskompetenzen im Jugendalter in anderen gesellschaftlichen Bereichen kaum

erworben werden können, stellen die Organisationen freiwilligen Engagements für Heranwachsende ein besonders relevantes Lern- und Übungsfeld für gesellschaftliche Verantwortungsübernahme, Mitbestimmung und Teilhabe dar.

Personen, die in ihrer Jugend freiwillig engagiert waren, zeigen ein stärkeres Interesse an Politik als Nicht-Engagierte. Aber die Engagierten haben nicht nur Interesse an Politik und Gesellschaft, sie tun auch etwas. Während sich über die Hälfte der in ihrer Jugend Engagierten auch im Erwachsenenalter weiter freiwillig engagiert (54 Prozent), haben nur etwa 15 Prozent der früher Nicht-Engagierten nach dem 22. Lebensjahr ein Engagement aufgenommen (insgesamt 36 Prozent, laut Freiwilligensurvey). Damit lässt sich erkennen, dass ein Engagement im Jugendalter die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöht, sich auch im Erwachsenenalter gesellschaftlich zu engagieren, das heißt wer früh in ein Engagement einsteigt, bleibt in der Regel auch als Erwachsener dabei.

In Bezug auf unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Aktivitäten zeigt sich durchgehend eine Tendenz zu mehr gesellschaftlicher Beteiligung der ehemals Engagierten. Dies gilt selbst für sehr niedrigschwellige Aktionsformen wie die Teilnahme an Unterschriftenaktionen, besonders aber für die Mitarbeit in Parteien und Bürgerinitiativen sowie für die Übernahme politischer Ämter.

### Fazit

Freiwilliges Engagement ist ein wichtiges gesellschaftliches Lernfeld, in dem sich Kompetenzerwerb, Persönlichkeitsbildung, biographische Orientierung und gesellschaftliche Solidarität verbinden. Hier können vielfältige Kenntnisse, Einstellungen und Fähigkeiten erworben werden, die für eine eigenständige und sozial verantwortliche Lebensführung sowie die Beteiligung an demokratischen Verfahren, aber auch für die Übernahme von Leitungs- und Managementaufgaben wichtig sind. Das Lernpotenzial liegt für Junge wie Alte in den Anforderungen, die die Tätigkeit stellt, in Austausch und Kooperation mit anderen und in den Anregungen, Lernräumen und -gelegenheiten sowie der Unterstützung und Weiterbildung, die die Organisationen des Engagements bieten. Der nachgewiesene Einfluss jugendlichen Engagements auf Persönlichkeitsentwicklung, Kompetenzprofil, berufliche Orientierung sowie gesell-



schaftliche Beteiligung im Erwachsenenalter ist ein deutlicher Beleg für die Bedeutung des Lernfeldes „Freiwilliges Engagement“ als einem eigenen Lernort im Prozess des Aufwachsens.

Allerdings sind die Lerngewinne der unterschiedlichen Akteure nicht gleich verteilt, sondern unterscheiden sich je nach Tätigkeitsprofil.

Die durchweg positiven Befunde der Studie zu Kompetenzerwerb und gesellschaftlicher Beteiligung gelten aber nur für eine bestimmte Gruppe junger Menschen. So zeigt die Untersuchung auch, dass gesellschaftliches Engagement als Ort kultureller und sozialer Ressourcen nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen offen ist. Der Zugang zum Engagement sowie die Art des Engagements stehen in engem Zusammenhang mit den sozialen Ressourcen und den kulturellen Interessen im Elternhaus.

Die Daten beider Erhebungen belegen, ähnlich wie die beiden Freiwilligensurveys: Es engagieren sich überwiegend sozial gut integrierte deutsche Jugendliche mit höherer Schulbildung. Die entscheidende Voraussetzung für ein Engagement ist die schulische Qualifikation. Jugendliche aus sozial unterprivilegierten, partizipations- und bildungsfernen Bevölkerungsgruppen sind im Engagement unterrepräsentiert. Die Einflussgröße Bildung gilt auch für das Engagement Erwachsener. Auch hier zeigt sich, dass eher die sozial gut integrierten (Kirchenbindung, Freunde) und höher ausgebildeten Personen sich engagieren. Die Verfügbarkeit sozialen und kulturellen Kapitals ist somit sowohl eine Voraussetzung als auch ein Ergebnis freiwilligen Engagements.

#### Literatur

- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Wiesbaden, 2006.
- Rauschenbach, Thomas/Düx, Wiebken/Sass, Erich (Hrsg.) [2. Aufl.]: Informelles Lernen im Jugendalter. Vernachlässigte Dimensionen der Bildungsdebatte, Weinheim und München, 2008.
- Düx, Wiebken/Prein, Gerald/Sass, Erich/Tully, Claus J.: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter, Wiesbaden, 2008.

## Wie freiwilliges Engagement bildet – und wie implizites in explizites Wissen verwandelt werden kann

Lotti Isenring Schwander



**Dr. phil. Lotti Isenring Schwander**

ist Sozialarbeiterin (Höhere Fachschule im Sozialbereich/HFS) und Fachausbilderin (Fachausweis Ausbilder/FA) in der Fachstelle Freiwilligenarbeit der Ev.-ref. Landeskirche Kanton Zürich, Schweiz. Sie hat langjährige Erfahrung als Leiterin und Begleiterin von Freiwilligen- und Selbsthilfe-Projekten im Familienbereich sowie in Freiwilligen- und Behördenarbeit. Ihre Arbeitsgebiete sind Bildung und Beratung für Verantwortliche und Behörden, speziell in Kirchengemeinden und die Verankerung und Entwicklung der Freiwilligenarbeit auf landeskirchlicher Ebene.

Die Referate und Diskussionsbeiträge im Workshop „Freiwilliges Engagement als Lernort“ ergänzten sich und stimmten in hohem Maße überein. Mit der Verdichtung der Ergebnisse zu Thesen, rege ich zum Weiterdenken und -entwickeln an.

### Thesen

1. Im freiwilligen Engagement erwerben die Akteurinnen und Akteure wertvolle und verschiedenartige berufsübergreifende Kompetenzen.
2. Oft ist der Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement nicht beabsichtigt und weder den Engagierten noch den Begleitpersonen bewusst. Implizites in explizites Wissen zu verwandeln, ist anspruchsvoll und wird relativ selten gemacht.
3. Mit dem Schweizer Sozialzeitausweis können Erfahrungen und Kompetenzen aus dem freiwilligen Engagement nachgewiesen werden. Er wird zurzeit weiterentwickelt.
4. Es zeichnen sich förderliche Faktoren für das informelle Lernen im freiwilligen Engagement ab.
5. Das Entwicklungspotenzial des freiwilligen Engagements als informeller Lernort ist noch nicht ausgeschöpft.

### Worauf basieren die Thesen?

Für mein Workshop-Referat habe ich sieben freiwillig engagierte Frauen und Männer verschiedener Altersstufen interviewt. Sie waren Co-Leiterin im Konfirmandenlager, DJ für eine Schul-Discothek, Gruppenleiter in einer Freikirche, Besucherin im Besuchsdienst, Mitglieder von kirchlichen oder gemeindlichen Kommissionen und Behörden und Organisatorin in einem Entwicklungshilfeforum. Zusätzlich habe ich eine Jugendarbeiterin und eine Sozialdiakonin mit dem Schwerpunkt Altersarbeit interviewt. Zudem baue ich auf meine Erfahrungen bei der Beratung und Bildung von Verantwortlichen für Freiwilligenarbeit in kirchlichen und NPO-Organisationen. Themen sind dabei die Gewinnung und Begleitung der Freiwilligen sowie die Verankerung der Freiwilligenarbeit in der jeweiligen Institution. In den Thesen schaffe ich gewollt Bezüge zu den Impulsen von Wiebken Düx und Wolfgang Kellner in demselben Workshop.

### Erläuterung der Thesen

1. Im freiwilligen Engagement erwerben die Akteurinnen und Akteure wertvolle und verschiedenartige berufsübergreifende Kompetenzen. Zur Veranschaulichung zähle ich einige Kompetenzen auf, welche die Engagierten im Interview genannt haben: Kommunikation (Zuhören, Feedback geben), Teamfähigkeit (Zusammenarbeit mit verschiedenen Menschen, sich in das Projekt oder die Gruppe einbringen), Überzeugungskraft (Projekte präsentieren), Kreativität (Strategien entwickeln), Organisationsfähigkeit (Fotodokumentation erstellen und nutzen), Leiten (Ziele setzen und gemeinsam erreichen, Leitungsrolle ausfüllen, Freiwillige fördern), Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt, Umgang mit Helfermotivation, technische Kenntnisse und anderes mehr. Quantitative und qualitative Einblicke in die in der Freiwilligenarbeit erworbenen Kompetenzen geben die Referate von Wiebken Düx und Wolfgang Kellner. Einen Überblick über Schlüsselkompetenzen, welche in der kirchlichen Freiwilligenarbeit erworben werden können, gibt die Wegleitung der Kirchen zum Sozialzeitausweis<sup>1</sup>.
2. Oft ist der Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement nicht beabsichtigt und weder den Engagierten noch den Begleitpersonen bewusst. Implizites in explizites Wissen zu verwandeln ist anspruchsvoll, zeitintensiv und wird relativ selten gemacht. Die von mir interviewten Personen reagierten erstaunt auf die Frage, was sie im freiwilligen Engagement gelernt hätten. Näher lag ihnen die Beschreibung ihrer Aufgaben. Über diese Brücke gelangten sie zum Formulieren des Lerngewinns. Lernen verbanden sie vermutlich zunächst einfach mit Schule. Frauen, welche Weiterbildungen für ihre Einsätze besucht hatten, konnten die erworbenen Kompetenzen hingegen besser benennen. Sie erwähnten auch, dass das Benennen ihr Selbstbewusstsein gestärkt habe. Für mich war es anspruchsvoll, die Interviewten beim Formulieren ihrer konkreten Lernerfahrungen zu unterstützen und diese mit Kompetenzbegriffen zu verbinden. Es braucht eine eigentliche Übersetzungsarbeit von der persönlichen Sprache in gültige Begrifflichkeiten. Begleitende Verantwortliche bestätigen, dass diese Arbeit oft zu kurz kommt, weil sie für den Einsatz nicht unbedingt nötig ist, von den Engagierten selten eingefor-

dert wird und zudem anspruchsvoll ist. Diese Erfahrungen deckten sich mit denjenigen von Wiebken Düx bei der Befragung der Jugendlichen in der Studie „Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement“ und von Wolfgang Kellner bei der Portfolioarbeit mit freiwillig Engagierten (siehe Beiträge von Düx und Kellner in dieser Dokumentation).

3. Mit dem Schweizer Sozialzeitausweis können Erfahrungen und Kompetenzen aus dem freiwilligen Engagement nachgewiesen werden. Er wird derzeit weiterentwickelt.

Der Schweizer Sozialzeitausweis wurde 2002 als Produkt des UNO-Jahres der Freiwilligen vom forum freiwilligenarbeit.ch herausgegeben. Seine Verwendung ist bei den NPO-Organisationen breit abgestützt. Verkauft wurden bisher 200.000 und zusätzliche 90.000 auf den Sportbereich ausgerichtete Exemplare.

Er umfasst diese Formulare: Nachweis für Tätigkeiten, Funktionen und Kompetenzen, je eine Übersicht über geleistete Einsätze und über besuchte Kurse. Die Mappe enthält im weiteren einen Leitfaden sowie Texte zur Freiwilligenarbeit generell und deren Standards.

Mit der Einführung wurden hohe Erwartungen verbunden: Der Sozialzeitausweis soll das Engagement in der Organisation und in der Öffentlichkeit sichtbar machen und anerkennen. Freiwillig Engagierten soll er helfen, sich die erworbenen Kompetenzen bewusst zu machen und sie bei Bewerbungen nachzuweisen. Fachstellen sehen ihn als Vehikel für die professionelle Begleitung von Freiwilligen. Bei den Arbeitgebenden soll er die Bedeutung der außerberuflich erworbenen Kompetenzen bewusst machen. Kirchen und andere Organisationen haben Arbeitshilfen und Textbausteine zur Verfügung gestellt, um eine gute Qualität mit kleinem Aufwand zu ermöglichen. Mit der Wegleitung der Kirchen wurden 854 Ausweise erstellt, die Seite wird 150 bis 200 Mal pro Monat besucht<sup>1</sup>.

In den Veranstaltungen und Kursen zur Einführung des Sozialzeitausweises sowie bei der Mitarbeit an der „Wegleitung der Kirchen zum Schweizer Sozialzeitausweis“ habe ich von diesen Erfahrungen mit dem Sozialzeitausweis gehört: Er hat dazu beigetragen, das Ausmaß und die Bedeutung der Freiwilligenarbeit in breiten Kreisen bewusst zu machen. Er hat eine Brücke

geschlagen zwischen dem informellen Lernen in der Freiwilligenarbeit und verschiedenen Ansätzen zur Nutzung von ausserberuflich erworbenen Kompetenzen in Bewerbungsverfahren (siehe Schlüsselkompetenzen bei Kadishi), der Portfolioarbeit (CHQ und Kompetenzen, Portfolio)<sup>1</sup> sowie der Validierung von informellen Kompetenzen. Vielen Jugendlichen hat er zu Lehrstellen verholfen. Frauen mit wenig Erfahrung in der Erwerbsarbeit konnten bei Bewerbungen für Ausbildungsplätze und Arbeitsstellen ihre ausserberuflich erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen nachweisen, insbesondere im Sozialbereich. Seltener konnten gut qualifizierte Frauen oder Männer mit seiner Hilfe ihre Sozialkompetenzen oder ihre hohe Motivation nachweisen. Zwei der Interviewten, ein Lehrling und ein Bauingenieur, haben ihre jetzige Arbeitsstelle auch dank den Kompetenzen aus ihren freiwilligen Einsätzen erhalten. Sie haben ihre Erfahrungen und Kompetenzen ohne Sozialzeitausweis ins Bewerbungsgespräch eingebracht. Viele ältere Menschen zogen eine persönliche Anerkennung dem schriftlichen Nachweis vor, weil sie ihn nicht mehr für das Berufsleben brauchten. Nur dort, wo eine „Nachweiskultur“ geschaffen wurde, verlangten auch Seniorinnen und Senioren einen Tätigkeitsnachweis und freuten sich über diese Form der Anerkennung. Viele begleitende Verantwortliche waren enttäuscht über die geringe Nachfrage nach dem Sozialzeitausweis. Gleichzeitig fühlten sie sich erleichtert, dass sie die aufwändige Übersetzungsarbeit nicht machen mussten. Bei den Arbeitgebenden besteht ein wohlwollendes Interesse, jedoch ist der Schweizer Sozialzeitausweis immer noch wenig bekannt (vgl. Studie Akzeptanz)<sup>1</sup>. In Hochschulen und Fachhochschulen sind Schlüsselkompetenzen ein zunehmend wichtiges Thema, und zwar im Zuge des Bologna-Prozesses, in dem Wert auf einen guten Übergang der Studierenden in die Erwerbstätigkeit gelegt wird. Dabei wird nach unterschiedlichen Wegen gesucht, wie ihr Erwerb mit Studienleistungen verbunden werden kann.

## Fazit

Der Schweizer Sozialzeitausweis ist ein wichtiges Instrument, um Erfahrungen und Kompetenzen aus der Freiwilligenarbeit nachzuweisen. Aus meiner Sicht müssen die hohen Erwartungen reduziert werden. Der Tätigkeits- und Kompetenznachweis nützt vor allem Jugendlichen und Frauen mit wenigen Erfahrungen in der Erwerbsarbeit in Bewerbungsverfahren. Wer sich im Engagement weiterbilden will, kann den Nachweis für seinen Lernprozess nutzen. Für andere Gruppen ist der Gewinn im aktuellen schweizerischen Umfeld weniger offensichtlich. In den USA würde die Bilanz vermutlich besser aussehen.

Es muss geklärt werden, welche Form bei den Arbeitgebenden auf mehr Akzeptanz stößt, der Tätigkeits- oder der Kompetenznachweis. Dabei ist zu bedenken, dass letzterer wesentlich anspruchsvoller ist. Verantwortliche für Freiwilligenarbeit brauchen Entlastung und fachliche Unterstützung, damit sie die Nachweise kompetent ausstellen können. Das forum freiwilligenarbeit.ch hat sich für zwei Ausgaben des Sozialzeitausweises entschieden: eine in Papierform und eine elektronische Version im Netz. Diskutiert werden Arbeitshilfen wie die Wegleitung der Kirchen für weitere Bereiche. Das forum freiwilligenarbeit.ch will den Sozialzeitausweis weiterentwickeln im Hinblick auf dessen Neuauflage. Dabei sollen auch die Ergebnisse dieses Workshops genutzt werden.

Last but not least: Der Schweizer Sozialzeitausweis muss regelmäßig beworben werden bei den NPO-Organisationen und freiwillig Engagierten sowie bei den Arbeitgebenden und Universitäten. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Jugendlichen und die Wiedereinsteigerinnen zu richten.

4. Es zeichnen sich förderliche Faktoren für das informelle Lernen im freiwilligen Engagement ab. Die für das Referat interviewten Engagierten nannten als förderliche Faktoren fürs informelle Lernen: Überzeugende Projekte, Experimentierfelder, Learning by Doing, Talente einsetzen können, Rückhalt und Coaching, ein gutes Team, Vorbilder (mehr von Jugendlichen genannt), Erfahrungsaustausch und Weiterbildung (nur von Frauen genannt). Die interviewten Jugendarbeitenden beschrieben, dass sie die Talente der Jugendlichen mit offenen Augen und Ohren erkunden, Talentbörsen und -listen machen,

Jugendliche gezielt für Aufgaben anfragen, für die sie begabt sind. Sie fordern und fördern die Jugendlichen in ihren Begabungen, fordern zum Mitdenken heraus und beziehen sie bei der Angebotsentwicklung mit ein. Sie respektieren Verschiedenheiten, coachen Jugendliche für ihre Aufgaben, stärken deren Selbstvertrauen und führen Auswertungs- und Standortgespräche. Sie meinten, es sei wichtig, selbst Vorbild zu sein. Eine Sozialdiakonin, welche mit über 50-jährigen Frauen und Männern arbeitet, formulierte diese förderlichen Faktoren für das informelle Lernen im Engagement: Sie achtet die Persönlichkeit und Verantwortung der Engagierten, sie übergibt Verantwortung, so dass der Einsatz Spaß macht und nicht überfordert. Klare Aufgaben und Abmachungen würden das erleichtern. Sie achtet darauf, dass Freiwillige eigene Erfahrungen machen könnten und gibt Rückhalt dafür. Die meisten merkten, wenn etwas schief laufe und würden mit ihr zusammen reflektieren und ihre Arbeit verbessern. Sie ist Ansprechperson für Kritik und erachtet es als wichtig, ihre Leitungsrolle auszufüllen.

5. Das Entwicklungspotenzial des freiwilligen Engagements als informeller Lernort ist noch nicht ausgeschöpft. Das Motiv „eigene Kenntnisse erweitern“ steht bei den formell freiwillig Engagierten erst an fünfter Stelle (vgl. Stadelmann-Steffen/Freitag/Bühlmann 2007). Das heißt, es ist oft kein primäres, kann aber sekundär ein wichtiges Motiv werden. Wenn zum Beispiel eine Frau entdeckt, dass sie ihre Sozialkompetenzen für die Kindererziehung oder die Partnerschaft nutzen kann. Oder wenn Jugendliche merken, dass ihnen Kommunikations- oder Führungserfahrungen im Erwerbsleben zugute kommen. Das ist eine Form von Gewinn aus freiwilligem Engagement – und nicht die unbedeutendste. Im Folgenden skizziere ich einige Anregungen, wie das informelle Lernen im freiwilligen Engagement zusätzlich gefördert und bewusst gemacht werden kann. Ein Ansatzpunkt liegt bei den Freiwilligen selbst. Wenn sie dazu befähigt werden, den Einsatz zu finden, der ihren Talenten und Neigungen entspricht, können sie sich besser entwickeln. Dazu gibt es in der Schweiz einen Talent- und Neigungsfragebogen auf [www.forum.freiwilligenarbeit.ch](http://www.forum.freiwilligenarbeit.ch). Er kann auch für die Talententwicklung in Feedback- und Auswertungsgruppen eingesetzt werden. In der

professionellen Zusammenarbeit mit Freiwilligen haben sich Tätigkeits- und Anforderungsprofile bewährt. Darin wird beschrieben, welche Kompetenzen für den Einsatz nötig sind. So können die Kompetenzen beim Matching-Gespräch zwischen Interessierten und Begleitpersonen thematisiert und ausgehandelt werden. Wenn geklärt wurde, welche Kompetenzen potenzielle Freiwillige einbringen und welche noch zu entwickeln sind, ist das eine gute Grundlage für spätere Auswertungsgespräche und nicht zuletzt auch für den Kompetenznachweis. In Punkt 4 habe ich beschrieben, wie Verantwortliche in der Jugend- und Altersarbeit Talente suchen und fördern. Das lässt sich auf weitere Bereiche übertragen. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Zum Schluss eine nachdenkliche Bemerkung. „Wer hat, dem wird gegeben.“ Wer seine Talente ins Engagement einbringt, vermehrt sie. Wer das nicht tut, verpasst diese Chancen des informellen Lernens. Deshalb ist es wichtig, insbesondere Jugendliche aus engagementfernen Milieus für freiwilliges Engagement zu gewinnen.

## Literatur

Stadelmann-Steffen, Isabelle/Freitag, Markus/Bühlmann, Marc: Freiwilligenmonitor Schweiz 2007, Zürich, 2007, S. 73.

## Anmerkung

1) Links und Literatur zum Schweizer Sozialzeitausweis, zu Schlüsselkompetenzen und deren Validierung [www.sozialzeitausweis.ch](http://www.sozialzeitausweis.ch) Schweizer Sozialzeitausweis: mit Leitfaden für Personalverantwortliche 2007 und Studie zur Akzeptanz in der Arbeitswelt 2004  
Wegleitung der Kirchen [www.kirchen.ch/sozialzeitausweis](http://www.kirchen.ch/sozialzeitausweis)  
Einführung des Sozialzeitausweises in der Kirche [www.zh.ref.ch/freiwillig](http://www.zh.ref.ch/freiwillig)  
[www.bbt.admin.ch/themen/berufsbildung](http://www.bbt.admin.ch/themen/berufsbildung): Validierung von Bildungsleistungen des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie  
[www.valida.ch](http://www.valida.ch): Verein zur Anerkennung und Validierung nicht formell erworbener Kompetenzen  
[www.afh.uzh.ch](http://www.afh.uzh.ch): Dossier „Überfachliche Kompetenzen“ der Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik der Universität Zürich 2008  
Kadishi, Bernadette (Hg): Schlüsselkompetenzen wirksam erfassen, Tobler-Verlag 2001  
Kompetenzen, Portfolio – von der Biografie zum Projekt, hep-Verlag 2001  
Schweizerisches Qualifikationshandbuch CHQ, Werd-Verlag 1999

## Erzählen, Übersetzen, Beschreiben: Methodische Annäherungen an den Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement

Wolfgang Kellner



**Mag. Wolfgang Kellner**

ist Leiter des Bildungs- und Projektmanagements im Ring Österreichischer Bildungswerke in Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Erwachsenenbildung, Entwicklung des Freiwilligensektors, Kompetenzvalidierung und Philosophie der Bildung.

transnationalen) mit Fragen des Lernens und der Kompetenzentwicklung im freiwilligen Engagement befasst. Der „Lernort freiwilliges Engagement“ stellt für den Ring Österreichischer Bildungswerke eine besondere Herausforderung dar, da er ein Bundesverband für Institutionen der allgemeinen Erwachsenenbildung ist, die Bildung vorwiegend auf freiwilliger Basis anbieten (unter anderem von circa 1000 lokalen Bildungswerken, die von Freiwilligen geführt werden) und deren gemeindebezogene Bildungsarbeit sehr stark auf die Förderung und Weiterentwicklung des Freiwilligen Engagements insgesamt ausgerichtet ist ([www.ring.bildungswerke.at](http://www.ring.bildungswerke.at)). Hauptprodukt der Projekte ist das Kompetenzportfolio für Freiwillige, ein Instrument zum Erfassen, Systematisieren und Dokumentieren der im freiwilligen Engagement erworbenen Kompetenzen. Die im Rahmen der Projekte entwickelte Portfoliomethode wird als begleitete Selbstbewertung bezeichnet. Dabei unterstützen speziell qualifizierte Portfoliobegleiterinnen und -begleiter die Freiwilligen bei der Erstellung ihres Portfolios – mit dem Anspruch der höchstmöglichen Selbsttätigkeit der Freiwilligen. Die Begleitprozesse werden sowohl als individuelle Begleitung als auch im Rahmen eines Workshopsettings angeboten. Die Begleiterinnen und Begleiter sind Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner, die im modularen „Lehrgang für Portfoliobegleitung“ des Ringes Österreichischer Bildungswerke qualifiziert und zertifiziert werden – und eigene Erfahrungen mit Freiwilligem Engagement haben oder über Erfahrungen mit der Beratung und Begleitung Freiwilliger verfügen. Anknüpfend an das Kompetenzportfolio besteht die Möglichkeit der begleiteten Erstellung eines Kompetenznachweises für Bewerbungen am Arbeitsmarkt.

Es geht im Folgenden um das Kompetenzportfolio für Freiwillige des Ringes Österreichischer Bildungswerke. In einem ersten Schritt werden Entwicklung und Weiterentwicklung der Portfoliomethode nachgezeichnet, in einem zweiten Schritt werden dann das Instrument und der Portfolioprozess skizziert, schließlich werden einige zentrale Erfahrungen, Probleme und Ausblicke angeführt. „Erzählen“, „Übersetzen“ und „Beschreiben“ sind die zentralen Elemente des Portfolioprozesses. Der Ring Österreichischer Bildungswerke war und ist seit dem Ende der 1990er Jahre in bereits fünf Projektkooperationen (zwei nationalen und drei

### Entwicklung und Weiterentwicklung der Portfoliomethode

Die Entwicklung und Weiterentwicklung der Methode der begleiteten Selbstbewertung erfolgt/e auf mehreren Wegen und Umwegen in folgenden fünf Projekten:

1. Im Projekt „Bürgerschaftliches Handeln und gemeinwesenorientierte Erwachsenenbildung: Schnittstellen zwischen formellen und informellen Lernprozessen“, das in einer transnationalen Kooperation unter der Leitung des Ringes Österreichischer Bildungswerke von 1998 bis 2000 im Rahmen des Sokrates-Programms der Europäischen Kommission durchgeführt wurde, ist gleichsam die methodische Grundlegung des Kompetenzportfolios für Freiwillige erarbeitet worden (Brandstetter/Kellner 2000). Bei der Erforschung der Lernprozesse Freiwilliger zeigte sich, dass das Engagement ein Ort umfangreichen und vielfältigen Lernens ist, das aber den Freiwilligen und auch ihren Organisationen nicht in seiner Vielfalt und in seinem Umfang bewusst ist. Das hängt vor allem damit zusammen, dass am Lernort „Freiwilliges Engagement“ insbesondere informell gelernt wird. Informelles Lernen ist jenes „Lernen, das im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit stattfindet. Es ist in Bezug auf Lernziele, Lernzeit oder Lernförderung nicht organisiert oder strukturiert. Informelles Lernen ist in den meisten Fällen aus Sicht der Lernenden nicht ausdrücklich beabsichtigt“ (Cedefop 2008, S. 93). Weiter wurde deutlich, dass Prozesse und Ergebnisse des informellen Lernens am besten mittels narrativer Methoden erschließbar sind. So gewann das Erzählen im Rahmen der Portfolioerstellung einen entscheidenden Stellenwert. Im Hinblick auf das Kompetenzportfolio geht es dabei um eine Art „Kunst des Gesprächs“ (in der ersten Phase des Erkundungsprozesses), bei der es um Gewinnung „eigener“ Kategorien und Beschreibungen der Freiwilligen für die Tätigkeiten innerhalb des Engagements geht. Zentrale Erfahrungen für Freiwillige und die Interviewerinnen und Interviewer waren, dass diese Prozesse der Erkundung sehr ertragreich sind, dass sie vielfach unerwartete Ergebnisse zeitigen (gemäß dem Motto „Wissen Sie überhaupt, was Sie alles können?“) und dass sie darüber hinaus (nicht zuletzt) auch einen spielerisch-lustbetonten Charakter ausweisen.

2. Im Projekt „Kompetenzentwicklung im Freiwilligen Engagement“, das (gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur) von 2003 bis 2005 vom Ring Österreichischer Bildungswerke durchgeführt wurde, ist das Kompetenzportfolio für Freiwillige schließlich entwickelt, erprobt und implementiert worden ([www.ring.bildungswerke.at](http://www.ring.bildungswerke.at)). Methodisch wurde dabei an aktuelle kompetenzorientierte Ansätze angeknüpft – und schließlich ein Kompetenzmodell für das Freiwilligen-Portfolio in Ansätzen entwickelt, das sich vor allem an den Arbeiten von John Erpenbeck u.a. orientierte (vgl. Erpenbeck/Heyse 1999, Erpenbeck/v. Rosenstiel 2003, Heyse/Erpenbeck 2004). In diesem Projekt fand das Kernstück des Portfolioprozesses auch seine Gestalt: die begleitete Erstellung eines Kompetenzprofils für die im Engagement erworbenen beziehungsweise weiterentwickelten Kompetenzen. Während die Gewinnung der „eigenen“ Kategorien der Freiwilligen (erste Phase des Portfolioprozesses) vor allem von einer „Kunst des Gesprächs“ bestimmt ist, ist die Profilerstellung vor allem von einer „Kunst der Übersetzung“ und „Kunst der Beschreibung“ bestimmt. „Übersetzen“ bezieht sich auf den gemeinsamen „Transfer“ der Kategorien und Beschreibungen der Freiwilligen in das Kompetenzmodell: Es werden Einzelkompetenzen namhaft gemacht, beschrieben und jeweils einer der drei Basiskompetenzen zugeordnet – also dem Bereich der personalen, der fachlich-methodischen oder der sozial-kommunikativen Kompetenz. Die zugeordneten Einzelkompetenzen müssen dann nicht notwendig als „Kompetenz“ bezeichnet werden. Ganz zentral ist jeweils die Kurzbeschreibung der Einzelkompetenz in zwei bis drei Sätzen. Sie soll erläutern, was genau darunter verstanden wird und wie und wo sie erworben und/oder weiterentwickelt wurde. Entsprechend der Subjektorientierung des Kompetenzansatzes ist dann jede Einzelkompetenz im strengen Sinn einmaling: sie kommt nur einmal in dieser Ausprägung vor. Es geht bei den Beschreibungen um den scheinbar paradoxen Anspruch einer Verallgemeinerung des Besonderen.
3. Im Projekt „Assessing voluntary experiences in a professional perspective“, das von 2003 bis 2006 in einer transnationalen Kooperation unter der Leitung des „Institute for Research and Information on Volunteering“ (IRIV, Paris) im Leonardo-Programm der Europäischen Kommission durchgeführt wurde,

ging es um die Adaption der Portfoliomethode für ein Kompetenzportfolio zur Selbstbewertung mit optionaler Begleitung ([www.irivv.net](http://www.irivv.net)). Eine zentrale Erfahrung bei der Implementierung in Österreich war, dass Freiwillige für die „reine“ Selbstbewertung im Rahmen einer ausschließlich selbst organisierten Portfolioerstellung nur sehr schwer zu gewinnen beziehungsweise zu motivieren sind. Ein überraschender „Ertrag“ war zumeist erst über die begleiteten Prozesse möglich. Darüber hinaus fehlte der oben genannte spielerisch-lustbetonte Charakter der gemeinsamen Erkundung.

**4.** Im Projekt „Sustainable Learning in the Community: Raising awareness of older people’s competences and identifying new opportunities for learning and engagement“, das von 2007 bis 2009 in einer transnationalen Kooperation unter der Leitung des Roten Kreuzes Österreich im Grundtvig-Programm der Europäischen Kommission durchgeführt wird, geht es darum, anknüpfend an den lebenslangen Kompetenzerwerb, ältere Menschen (55+) für das freiwillige Engagement zu gewinnen ([www.slic-project.eu](http://www.slic-project.eu)). Stand bei den beiden zuletzt genannten Projekten die Erkundung von Kompetenzen und vor allem der Nutzen für den Arbeitsmarkt im Mittelpunkt, so steht in diesem Projekt (gleichsam umgekehrt) der Nutzen für das freiwillige Engagement im Mittelpunkt. Im Rahmen eines zweiteiligen Workshops wird mit älteren Menschen eine Art Kompetenzbiografie aus ihren „lebenslangen“ Aktivitäten erstellt. Daraus werden ein Kompetenzprofil sowie ein Nachweis erstellt. Im Zentrum stehen die Fragen „Welches freiwillige Engagement passt für mich?“ und „Wie finde ich das für mich passende freiwillige Engagement?“ Erste Zwischenergebnisse zeigen, wie sehr die Kompetenzorientierung auch über den Arbeitsmarktbezug hinaus äußerst relevant angewandt werden kann.

**5.** Im Projekt „Informeller Kompetenzerwerb und Bildungsberatung“, das (mit einer Laufzeit von 2008 bis 2011) als Teilprojekt des Netzwerks „Bildungsberatung in Wien“ vom Ring Österreichischer Bildungswerke durchgeführt wird (gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur), geht es um die spezielle Adaption der Portfoliomethode für die Bildungsberatung ([www.bildungsberatung-wien.at](http://www.bildungsberatung-wien.at)). Ein zentraler Anspruch ist, dass die Erfassung informell erworbener Kompetenzen in die bestehenden Beratungsdesigns integrierbar ist. Es geht also um „handliche“ Tools. Ein Ausgangspunkt dabei ist

folgende Erfahrung der Portfoliobegleiterinnen und -begleiter: Schon in der ersten Phase des Portfolio-Prozesses, also beim Kompetenz-Gespräch, können wesentliche Ergebnisse gewonnen werden. Das angestrebte Produkt für den Beratungsprozess ist dann die Skizze eines Kompetenzprofils. Ein Ausgangspunkt für den verkürzten Erkundungsprozess ist die Begrenzung der Erfassung auf ein ausgewähltes Tätigkeitsfeld. Mittelfristig sollen die „handlichen“ Tools auch für den Freiwilligenbereich nutzbar gemacht werden.

#### Das Kompetenz-Portfolio und der Portfolioprozess

Ziel der Portfolio-Erstellung ist das Erkunden, Bewusstmachen, Systematisieren und schließlich Dokumentieren der im Freiwilligen Engagement erworbenen Kompetenzen, um sie gezielt für Bewerbungen am Arbeitsmarkt, für die persönliche Weiterentwicklung und Weiterbildungsplanung, für persönliche Neuorientierungen im Freiwilligen Engagement usw. zu nutzen. Ausgangspunkte für die Portfolio-Entwicklung waren die Befunde, dass Freiwilliges Engagement ein Ort des Lernens und der persönlichen Entwicklung, ein Ort des Erwerbs von Kompetenzen für Beruf und Alltag ist – und dass die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten aber den meisten Freiwilligen und ihren Organisationen wenig bewusst sind, da sie in großem Umfang informell erworben werden. Daher können sie auch nicht gezielt genutzt oder weiterentwickelt werden. Diese Portfolio-Methode ist aus pädagogischer Sicht eine begleitete Selbstbewertung. Kernstück des Portfolio-Prozesses ist ein circa eineinhalbstündiges Kompetenz-Gespräch mit zertifizierten Portfolio-Begleiterinnen und -Begleitern. Das Gespräch wird anhand eines Gesprächsleitfadens und unter Verwendung von Checklisten und Fragebögen geführt und dann in mehreren Schritten gemeinsam vorausgewertet. Die Vorauswertung wird von den Begleiterinnen und Begleitern dokumentiert und den Portfolioerstellerinnen und -erstellern zugesandt. Schließlich wird das Portfolio von den Freiwilligen selbst fertig gestellt – mit Begleitoption per Telefon und/oder E-Mail. Der Begleitaufwand fällt sehr unterschiedlich aus. Der durchschnittliche Gesamtaufwand für Begleiterinnen und Begleiter beträgt pro Begleitung circa drei Stunden, der Arbeitsaufwand für die Portfolioerstellerinnen und -ersteller vier bis neun Stunden.

Hauptelemente des sechs bis acht Seiten umfassenden Portfolios sind das Tätigkeitsportrait, das persönliche Kompetenzprofil und der Aktionsplan. Das Tätigkeitsportrait beschreibt („erzählt“) das jeweilige Engagement unter Bezugnahme auf Schlüsselkategorien wie: Motive, Vorbilder, Ideale, Schlüsselerlebnisse, Schlüsselerfahrungen, Lieblingsaktivitäten, ungeliebte notwendige Aktivitäten, Erfolge, Misserfolge, Veränderungen, Erwartungen usw. Dieser Abschnitt war ursprünglich nicht vorgesehen. Es zeigte sich aber, dass die Portfolio-erstellerinnen und -ersteller zentrale Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Gespräch vermissen, die dann im Tätigkeitsportrait „untergebracht“ werden konnten. Das Portrait wird von den Portfolioerstellerinnen und -erstellern sehr unterschiedlich gestaltet (in Form einer Kurzgeschichte, kleine Kapitel zu Schlüsselkategorien, Stichworte mit Halbsätzen usw.). Das persönliche Kompetenzprofil umfasst ein bis zwei Seiten, benennt die erworbenen Kompetenzen und beschreibt sie jeweils auf drei bis sechs Zeilen, um deutlich zu machen, wo und wie sie erworben oder weiterentwickelt wurden beziehungsweise zum Tragen gekommen sind. Jede beschriebene Einzelkompetenz wird dann einem der drei Kompetenzbereiche (fachlich-methodische, sozial-kommunikative oder personale Kompetenz) zugeordnet. Beim Aktionsplan geht es um geplante Maßnahmen, die vorgesehene Umsetzungsstrategie und den Zeithorizont (Weiterbildungsmaßnahmen, Bewerbungen am Arbeitsmarkt, neue Akzentsetzungen im Freiwilligen Engagement usw.). Der Kompetenznachweis für Bewerbungen am Arbeitsmarkt kann nach der Portfolio-Erstellung gemeinsam mit dem/der Portfolio-Begleiterin/-Begleiter erstellt werden. Der Nachweis ist eine auf das jeweilige Bewerbungsziel ausgerichtete Kurzfassung des Kompetenz-Portfolios im Umfang von zwei Seiten.

#### Erfahrungen, Probleme, Ausblicke

Im Rahmen des oben genannten Leonardo-Projekts wurde vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrts-politik und Sozialforschung in Wien eine Evaluation durchgeführt, die unter anderem folgende Ergebnisse erbrachte: (1) Alle Portfolio-Inhaberinnen und -Inhaber erfuhren das Portfolio-Gespräch als erkenntnisseich und spannend. (2) Das Portfolio wurde von zwei Drittel der Erstellerinnen und Ersteller für

Neuorientierungen im Freiwilligen Engagement und von weniger als einem Drittel für die Arbeitsmarkt-orientierung benutzt. (3) Der Umfang der Unterstützung durch die Portfolio-Begleiterinnen und -Begleiter variiert sehr stark. (4) Der Portfolio-Prozess war für mehr als die Hälfte der Freiwilligen gleichzeitig eine Einführung in die Kompetenzorientierung beziehungsweise in den Umgang mit dem Kompetenz-Vokabular. Ein Problem bei der Implementierung des Instruments stellt die Bewerbung dar: Die Neuartigkeit des Themas und die Komplexität des Instruments sind gegenwärtig noch relativ schwer „transportierbar“. Die Verknüpfung von Engagement mit eigener Kompetenz- beziehungsweise Arbeitsmarkt-orientierung wird nicht selten als Entfremdung oder „Verrat“ am Engagement empfunden. Das Hauptproblem bei der Implementierung besteht aber in der Finanzierung des relativ hohen Begleitaufwands, da die Kosten für die Begleitung ja nicht von den Freiwilligen selbst getragen werden können.

#### Literatur

- Brandstetter, Genevieve/Kellner, Wolfgang (Hg.): *Freiwilliges Engagement, Lernen und Demokratie*, Wien, 2000.
- Brandstetter, Genevieve/Kellner, Wolfgang (Hg.): *Freiwilliges Engagement und Erwachsenenbildung. Wege der Identifikation und Bewertung des informellen Lernens*, Wien, 2001.
- CEDEFOP (Hrsg.): *Terminology of European education and training policy*, Luxembourg, 2008.
- Erpenbeck, John/Heyse, Volker: *Die Kompetenzbiographie. Strategien der Kompetenzentwicklung durch selbstgesteuertes Lernen und multimediale Kommunikation*, München/New York, 1999.
- Erpenbeck, John/von Rosenstiel, Lutz: *Handbuch Kompetenz-messung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis*, Stuttgart, 2007.
- Heyse, Volker/Erpenbeck, John: *Kompetenztraining. 64 Informations- und Trainingsprogramme*, Stuttgart, 2004.
- Kellner, Wolfgang: *Freiwilligenarbeit, Erwachsenenbildung und das informelle Lernen. Das Kompetenz-Portfolio des Rings Österreichischer Bildungswerke*. In: Klaus Künzel (Hg.), *Internationales Jahrbuch für Erwachsenenbildung/International Yearbook of Adult Education*, Band 31/32, *Informelles Lernen – Selbstbildung und soziale Praxis*, Köln/Wien 2005, S. 207-222.
- Kellner, Wolfgang: *Kompetenz und Bildung, Emotionen und Tugenden*. In: *REPORT. Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, Nr. 4/2007: *Bildung und Beruf*, S.53-62.
- Ring Österreichischer Bildungswerke: *Engagement schafft Kompetenz. Informelles Lernen im Alltag. Das Kompetenz-Portfolio der Bildungswerke*, Wien, 2005.

## Zivilgesellschaft und freiwilliges Engagement in Europa<sup>1</sup>

Helmut K. Anheier, Norman Spengler, Georg Mildenerger, Konstantin Kehl, Volker Then



### Professor Dr. Helmut K. Anheier

ist Professor für Soziologie an der Universität Heidelberg und wissenschaftlicher Direktor des Heidelberger Centrums für soziale Investitionen und Innovationen. Er ist außerdem Professor und Direktor am Center for Civil Society und dem Center for Globalization and Policy Research an der School of Public Affairs der UCLA (bis Mitte 2009) und Ehrenprofessor der Londoner School of Economics. Forschungsschwerpunkte: Zivilgesellschaft, Nonprofit-Sektor, Philanthropie, Organisationsforschung und komparative Methodologie.

zu der Erwartung praxisrelevanter Ergebnisse, die nicht per se mit dem wissenschaftlichen Interesse an Erkenntnis und Theoriegewinn harmonisiert. Es besteht die Gefahr, dass die Engagementforschung durch das zunehmende politische Interesse zu sehr an tagespolitischen Nöten und Interessen ausgerichtet wird. Dabei werden nicht selten die grundlegenden Fragen vernachlässigt. Gerade in einer Situation doppelter Erwartungshaltung (von politischer und wissenschaftlicher Seite) ist es aber wichtig, sich mit dem vorherrschenden Konzept bürgerschaftlichen Engagements kritisch auseinander zu setzen, sowie zentrale Termini und implizite (normative) Hypothesen auf den Prüfstand zu stellen. In diesem Kontext ist zu beachten, dass sich die verstärkte Beobachtung bürgerschaftlichen Engagements als individuelle Bezugsebene eines anderen großen Themas interpretieren lässt, welches etwa zur gleichen Zeit auf die sozialwissenschaftliche Agenda gelangt ist und mit den Begriffen „Dritter Sektor“, „Nonprofit-Sektor“ und „Zivilgesellschaft“ umschrieben wird. So wie auf der Makroebene die „Zivilgesellschaft“ mit ihren vielen Facetten noch nicht in einem einheitlichen Konzept gefasst ist, so umkreisen die Begriffe „Bürgerschaftliches Engagement“, „Freiwilliges Engagement“, „Neues“ beziehungsweise „Altes Ehrenamt“ oder „Zivilgesellschaftliches Engagement“ einen ähnlichen Phänomenkomplex der Mikroebene, für den bislang keine allgemeingültige Definition gefunden wurde. Dies erscheint umso problematischer, als das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr primär als Beteiligung an hoheitlichen Funktionen oder als ihre Mitwirkung in sozialstaatlich integrierten Wohlfahrtsorganisationen verstanden wird, wie es lange Zeit postuliert und mit dem Terminus Ehrenamt beschrieben wurde. Stattdessen wurden gesellschaftliche Integrationstendenzen, Selbstorganisation und Selbsthilfe als Themen in die Forschung aufgenommen.

Bürgerschaftliches Engagement hat sich in den vergangenen Jahren als Thema in der Öffentlichkeit etablieren können, und spätestens seit dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahre 2002 wird auch in der politischen Arena der Bundesrepublik regelmäßig über Freiwilligenarbeit beraten. Das starke politische Interesse führt nicht nur zu verstärkter Forschungsförderung, sondern auch

### Konstantin Kehl, M.A.

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Dort leitet er ein Forschungsprojekt zum bürgerschaftlichen Engagement und schreibt seine Dissertation.

### Norman Spengler (Dipl.-Soziologe)

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Centrum für Soziale Investitionen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“. Forschungsschwerpunkte: Zivilgesellschaftsmessung, Indikatorenforschung, Sozialberichterstattung, Organisationsforschung.

### Dr. Georg Mildenerger

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Soziale Investitionen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg sowie Leiter des Projektes „Qualifizierung und bürgerschaftliches Engagement“.

### Dr. Volker Then

ist Geschäftsführender Direktor des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Gesellschaftspolitisch werden große Hoffnungen mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verbunden. So wird ziviles Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als Problemlösungspotenzial moderner gesellschaftspolitischer Herausforderungen ausgemacht, welches zu verbesserter gesellschaftlicher Integration (verschiedener sozialer Klassen oder Milieus, Migrantinnen und Migranten, etc.), verbesserten sozialen Leistungen bei geringeren Kosten (öffentlicher Haushalte), Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, Unterstützung des staatlichen Bildungssystems und vielem mehr führen soll. Nicht zuletzt diese Erwartungshaltung führte in den vergangenen 10 bis 20 Jahren zu vielfältigen Bemühungen empirischer Art. Als Folge stehen immer mehr Daten zur Verfügung. Die terminologischen Unsicherheiten schlagen jedoch häufig in die Empirie durch, welche in Vergleichbarkeitsproblemen resultieren. Problematisch ist dabei die Tendenz vieler Untersuchungen, nicht genau zu klären, was es mit „Engagement“ auf sich hat. Stattdessen wird die Interpretation dessen, was unter Engagement

verstanden wird, den Befragten oftmals selbst überlassen. Es ist dann nicht geklärt, ob Engagement als Ehrenamt, als aktive beziehungsweise passive Mitgliedschaft in Vereinen oder sonstigen Organisationen, oder als soziales/ zivilgesellschaftliches/ bürgerschaftliches/ freiwilliges Engagement verstanden wird. Nicht selten werden in den Erhebungsinstrumenten sogar verschiedene Begriffe synonym verwendet.

Es bestehen damit erhebliche methodische Herausforderungen bei der Erfassung von Engagement. Denn je nach dem zugrunde liegenden Grundkonzept von Fragestellung und Fragenformulierung in den Erhebungsinstrumenten entsprechender Surveys fallen die Erkenntnisse über die Lage des Engagements in Deutschland sehr unterschiedlich aus. Gesicherte und breit akzeptierte Aussagen über das Engagement in Deutschland und wohl auch in anderen Ländern bilden somit eher die Ausnahme denn die Regel. Demzufolge sind pauschale Antworten auf Fragen wie „Wie hoch ist das Engagement (in Deutschland, einem anderen Land oder in Europa)?“ oder „Ist das Engagement in Deutschland oder Frankreich mehr oder weniger geworden?“ nur mit erheblichen Vorbehalten möglich.

### Phasen der empirischen Forschung von Engagement

Die für Deutschland bedeutsame empirische Erforschung von Engagement kann holzschnittartig in drei Phasen gegliedert werden:

1. Bis 1996 – das heißt bis zur Umsetzung der Eurovol-Studie – war „Engagement“ ein empirisch kaum wahrgenommenes Residualphänomen am Rande großer Datensysteme. Zu engagementrelevanten Beobachtungsinstrumenten, welche seit dieser Frühphase in die Gegenwart überdauern, können der European/World Values Survey (EVS), die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) sowie das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) gezählt werden.
2. Die Initialzündung zur nächsten Stufe empirischer Arbeiten zur Engagementthematik fand durch die Eurovol-Studie 1996 statt, welche – wohl auch von der politischen Renaissance des Engagementthemas beflügelt – zum ersten Mal die explizite Erfassung von Rolle und Verbreitung des „Volunteering“ in 10 europäischen Ländern

zum Ziel hatte. Deutschland lag damals mit einer Freiwilligenquote von 18 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt von 27 Prozent. Die Datenverfügbarkeit stieg zudem durch Zeitstudien (Multinational Time-Use-Study 1998-2004, D-STAT Zeitbudget-Erhebung 2001/02), wie auch durch die mitlaufenden, generalistischen Systeme der vorangehenden Phase an. Auch fällt die Einführung des vom Bundesfamilienministerium initiierten Freiwilligensurveys (FWS) in diese Aufschwungperiode. Für den Zeitraum dieser zweiten Phase berichtet das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project für Deutschland ein Ausmaß an Freiwilligkeit in Höhe von circa 10 Prozent (1996), während die erste Welle des FWS (1999) 34 Prozent Engagierte sowie 32 Prozent Aktive misst.

- Die Wiederauflage des FWS 2004 kann als Beginn einer dritten Phase der empirischen Engagementforschung in Deutschland betrachtet werden, welche nun die Konturen einer Dauerbeobachtung von Engagement annimmt. Neueste Zahlen werden durch den Engagementatlas 2009 vorgelegt, wonach 34,4 Prozent der Befragten in Deutschland freiwillig engagiert sind. Neuere international angelegte Untersuchungen weisen teilweise sagenhafte 52 Prozent aus (Eurobarometer 2008).

Valide Datensysteme, die auf reliable Art und Weise ähnlich Phänomene messen, lassen gleiche oder zumindest ähnliche Ergebnisse erwarten. Das empirische Datenmaterial zum Engagement in Deutschland zeigt allerdings für Längsschnitt- wie auch Querschnittsanalysen nicht nur tendenzielle Übereinstimmungen, sondern teilweise starke Unterschiede. Diese deuten unter anderem auf sehr unterschiedliche, historisch gewachsene Grundverständnisse von Engagement hin, welche sich in verschiedenen, implizit angewandten Begriffsarchitekturen niederschlagen und daher unterschiedliche Datenartefakte als Ergebnisse produzieren. Eine Inventur empirisch fundierter Aussagen zur Engagementsituation in Deutschland illustriert diesen Tatbestand: So gilt es landläufig als gesichertes Erkenntnis, dass die Engagementneigung bei Personen mittleren Alters wie auch höherem Bildungsstand steigt. Ähnlich zu den Nachbarn in Österreich und der Schweiz wird auch in der Bundesrepublik davon ausgegangen, dass formelle Engagementformen bei Männern vor-

herrschend sind, informelle Tätigkeiten dagegen bei Frauen überwiegen. Arbeitslose und Rentner weisen ein geringeres Engagement als bei im Erwerbsleben beziehungsweise in Ausbildung stehenden Personen auf. Gliedert man nach Engagementbereichen, zeigen sich die höchsten Quoten im Sport- und Vereinswesen (11 Prozent FWS 2004, 12,35 Prozent Engagementatlas), gefolgt von Bereichen wie Kinder, Jugend, Kirche und Freizeit mit zwischen 5,5 bis 7 Prozent im FWS beziehungsweise 5 bis 9 Prozent im Engagementatlas. Tendenziell ungesichert hingegen erscheinen Aussagen über das konkrete Ausmaß des Engagements in Deutschland. Dabei markieren die Ergebnisse des FWS offenkundig das valide Spiegelbild der gegenwärtigen Situation: Die Quote von 36 Prozent freiwillig Engagierten deckt sich nicht nur mit den 32 Prozent des ALLBUS 2004, sondern auch mit den 34 Prozent des Engagementatlas von 2009. Zieht man allerdings für europäische Vergleiche internationale Surveys hinzu, erscheinen die Ergebnisse nicht mehr so eindeutig, wie dies im Vergleich mit deutschen Erhebungen der Fall ist. Der European Social Survey (ESS) berichtet lediglich von 15 Prozent Engagement, der EVS 2004 hingegen von 18,3 Prozent Aktiven (das heißt Mitgliedschaft und Verrichtung unbezahlter Arbeit für mindestens eine Freiwilligenorganisation), sowie zusätzlich 28,3 Prozent passive Mitglieder (das heißt nur Mitgliedschaft ohne Verrichtung unbezahlter Arbeit in mindestens einer Freiwilligenorganisation). Am anderen Ende der Erhebungsskala befinden sich beispielsweise die vom Eurobarometer berichteten 52 Prozent Engagementanteile. Der Vergleich national orientierter Datensysteme im Zeitverlauf ergibt ebenfalls ein unklares Bild. Betrachtet man SOEP, ALLBUS und FWS (welche wegen gleicher Codierung der Engagementvariable Vergleichsmöglichkeiten bieten) in einer von 1985 bis 2004 reichenden Zeitreihe, zeigt sich ein zunächst leicht steigender Trend. Waren es 22 Prozent der Befragten, die 1985 im SOEP angaben, sich mindestens einmal im Jahr freiwillig zu engagieren, stieg diese Zahl im ALLBUS 2004 auf 32 Prozent. Die beiden generalistisch angelegten Sozialdatensysteme SOEP und ALLBUS zeigen dabei durchweg eine ähnliche Intensitätsstruktur der Engagierten auf: Die Gruppe derjenigen, welche seltener als einmal im Monat aktiv sind, stellt die größte Gruppe dar, gefolgt von wöchentlich Engagierten; der Zusammenhang verläuft demnach in U-Form. Im FWS hingegen fällt nicht nur

das Gesamtausmaß an Engagement in beiden Wellen leicht höher aus, sondern auch das Muster in der Intensitätsverteilung unterscheidet sich: Die größte Engagiertengruppe ist hier gleichzeitig diejenige mit der höchsten Engagementintensität, das heißt wöchentlich freiwillig aktiv. Die prozentualen Anteile in der Engagiertengruppe fallen linear mit geringerer Intensität. Dies bedeutet, dass sich trotz der zunächst oberflächlichen Übereinstimmung in nationalen Erhebungen bei der näheren Betrachtung tieferer Strukturen deutliche Unterschiede zeigen, die der genauen Aufklärung und Aufarbeitung bedürfen. Diese deutliche Diskrepanz in den Befunden zwischen nationalen und internationalen Erhebungen lässt zwei Schlüsse zu: Erstens, dass die Festlegung auf eine abschließende Darstellung des Engagementsausmaßes in Deutschland vorerst offen bleiben muss. Zweitens, dass ein valides Instrument zur international vergleichenden Erfassung von Engagement als Desiderat der weiteren Forschungstätigkeit beschrieben werden muss. Dieser Befund sollte keineswegs enttäuschen: Engagement stellt ein hochkomplexes Phänomen dar, dessen Beschreibung – gerade im Kontext zunehmender Europäisierung – die Sozialwissenschaft vor Herausforderungen stellt. Analog zum noch wesentlich vielschichtigeren Konstrukt der Zivilgesellschaft ist die empirische Engagementforschung gerade erst den Kinderschuhen entwachsen. An diesem Punkt bereits einen Optimalzustand zu erwarten, wäre verfrüht. Selbst wenn die empirische Forschung schon weit fortgeschritten wäre: Mit der Beschreibung von Engagement allein kann sich die Engagementforschung nicht begnügen; eine nächste Etappe sollte hin zu erklärenden Modellen führen, die den Weg einer empirischen Überprüfung theoretischer Hypothesen durch Metaanalyse von Engagement als abhängige und als unabhängige Variable über vorhandenes Datenmaterial hinweg beschreitet. Weitere Schritte zu dieser nächsten Phase bestünden ebenso in der Durchführung von Validitätstests bestehender Systeme, als auch im Versuch, Inhalte und Messmethoden der spezialisierten Erhebungen den generalisierten Beobachtungsinstrumenten anzunähern. Das synergetische Nutzen der Vorteile beider Messansätze – hohe Repräsentativität bei hohem N (generalisierte Instrumente), differenzierte und fortgeschrittene Erfassung qualitativer und quantitativer Merkmale von Engagement (spezialisierte Instrumente) – sollte in integrierten Erhebungssystemen

zusammenwirken. Solch integrierende Erhebungsmethoden könnten nicht nur Typenbildung („Wer leistet warum wie viel Engagement?“) und Theorie stimulieren, sondern nationale wie internationale Politikakteure zu weiteren Engagementfördermaßnahmen motivieren.

Vorrangiges Gebot der Forschung zum momentanen Zeitpunkt müsste also das Ziel sein, auf eine Datengrundlage hinzuwirken, welche systematische Tests für ein besseres Erklären und Verstehen von Engagement ermöglicht. Solche Fortschritte böten Vorteile nicht nur für politische Entscheidungsträger, indem sie abgesicherte Informationen über Bedürfnisse, Motivationslagen und das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland und im Kontext europäischer Nachbarn erhalten. Auch die Wissenschaft profitiert von klaren Begriffen und anspruchsvollen Theorien zum bürgerschaftlichen Engagement. Auf Basis solcher grundlegender Antworten könnten weitere Fragen gestellt werden, die auf der Forschungsagenda bislang nicht auftauchen. In diesem Zusammenhang könnte etwa überprüft werden, ob Engagement eine lineare Nutzenfunktion für die Gesellschaft besitzt („Viel hilft viel“), wie viel Engagement eine demokratische Gesellschaft benötigt, für welche Zwecke und von wem. Es scheint sodann auch geboten, alternative Modelle zu denken: Könnte ein weniger auch mehr sein? Wäre eine „pareto-optimale“ gesellschaftliche Nutzenfunktion von Engagement möglich? Und könnte diese sich in den jeweiligen Gesellschaften Europas anders gestalten?

#### Anmerkung

1) Der vorliegende Beitrag basiert auf ersten Erkenntnissen der CSI-Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaftliches Engagement“, die aus Mitgliedern unterschiedlicher Forschungsprojekte mit Bezügen zur Engagementforschung besteht. Erstmals stellte Helmut K. Anheier sie anlässlich der Tagung „Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ am 17.2.2009 in Konstanz vor.

## Ausblick auf die Tagung 2010 in der Schweiz

Annemarie Huber-Hotz



**Dr. h.c. Annemarie Huber-Hotz, Bundeskanzlerin a.D.,** ist Präsidentin der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Vizepräsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes, Mitglied des Stiftungsrates der Schweizer Berg-hilfe und des Zentralschweizer Fachhochschulrates.

der Schweiz nicht bei staatlichen Institutionen oder Stellen angesiedelt, sondern vorwiegend bei privaten, gemeinnützigen Organisationen. Die älteste gesamtschweizerische Organisation, die sich mit der Freiwilligkeit in Staat und Gesellschaft befasst, ist die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG, die ich gerne kurz vorstellen möchte.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1810 setzt sich die SGG für die Förderung der geistigen und materiellen Volkswohlfaht und für zivilgesellschaftliche Fragen ein. Im Fokus hat sie vor allem die gesellschaftlich Benachteiligten. Die Gemeinnützigkeit – wie sie die SGG versteht – nährt sich aus der Erfahrung, dass nicht alle Menschen gleich sind und dass alle irgendwann einmal der Hilfe der Mitmenschen bedürfen. Gefragt ist also Solidarität, die zum Teil über staatliche Maßnahmen organisiert werden kann und muss, zu einem wichtigen Teil aber auch durch das freiwillige Engagement in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, von der gegenseitigen Hilfe in der Familie und Nachbarschaft bis zum Engagement in Vereinen und Organisationen.

Mit dem Ausbau des Sozialstaates hat sich das gemeinnützige, freiwillige Engagement vor allem im sozialen Bereich stark verändert. Es geht heute darum, nach dem Prinzip der Subsidiarität die staatlichen Leistungen zu ergänzen, im Sinne eines „Versuchslabors“ Innovationen im Hinblick auf spätere flächendeckende Leistungen des Staates vor Ort zu testen und die vielen Einzelinitiativen zu vernetzen, auch mit den staatlichen Stellen.

Für die SGG ist das freiwillige Engagement seit bald 200 Jahren eine wichtige Kernaufgabe. Die Freiwilligenarbeit ist ein volkswirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutender Faktor. In der Schweiz wurden in den letzten Jahren ebenso viele Stunden Freiwilligenarbeit geleistet wie Arbeitsstunden im staatlichen Sozial- und Gesundheitswesen. Für die SGG geht es darum, die Freiwilligkeit in ihrer ganzen

Breite zu erforschen und zu fördern.

Zusammen mit privaten Partnern und dem Bundesamt für Statistik hat sie den Freiwilligen-Monitor erarbeitet, der über die ganze Breite der in der Schweiz geleisteten Freiwilligenarbeit und die Freiwilligkeit – wozu auch das Spenden gehört – Auskunft gibt. Eine neue Erhebung soll im kommenden Jahr durchgeführt und an der Folgetagung von „Grenzen-Los!“ in der Schweiz vorgestellt werden. Neben der Freiwilligenforschung wird es in der Zukunft auch darum gehen, die Freiwilligenarbeit in der Bevölkerung besser bekannt und anerkannt zu machen, neue attraktive Formen für das freiwillige Engagement zu finden und die Wirtschaft in gute, innovative Projekte einzubinden.

Alle diese Fragen wurden an der Tagung in Konstanz diskutiert. Auch wenn die Ausgangslage in den drei Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz unterschiedlich ist – vor allem was das staatliche Engagement für die Freiwilligenarbeit betrifft – so stellen sich doch die gleichen Fragen, die an der Tagung in den verschiedenen Workshops angesprochen und vertieft wurden. Sie können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Wie kann das gemeinnützige, freiwillige oder bürgerschaftliche Engagement besser:
  - Gefördert, das heißt besser bekannt gemacht und im Ansehen gestärkt sowie „professionalisiert“ werden?
  - Verbreitet, das heißt allen Gesellschaftsschichten und Kulturen zugänglich gemacht und in der Wirtschaft verankert werden?
  - Attraktiver ausgestaltet, das heißt an die neuen vielfältigen Lebensweisen der Bevölkerung angepasst und mit neuen Mitteln der Anerkennung versehen werden? Wie kann eine win-win-Situation (Tauschgeschäft) zwischen Freiwilligen und Zielgruppen der Freiwilligenarbeit auf gleicher Augenhöhe hergestellt werden?
2. Wie können das freiwillige Engagement und die Organisationen, die Freiwilligenarbeit anbieten, besser vernetzt werden?
3. Wer soll sich um die Organisation und Förderung der Freiwilligkeit kümmern, der Staat – und wenn ja auf welcher staatlichen Ebene – oder nicht-staatliche Organisationen?

Oder mit anderen Worten: ist die Freiwilligkeit eine Angelegenheiten des Staates oder der Zivilgesellschaft – oder von beiden?

Auf viele dieser Fragen konnten keine eindeutigen oder nur erste provisorische Antworten gefunden werden. Es musste bei den interessanten Diskussionen auch immer wieder festgestellt werden, dass es nicht nur in der Terminologie, sondern auch in der Wahrnehmung und Organisation der Freiwilligkeit je nach kulturellem Hintergrund und staatlichem Selbstverständnis große Unterschiede gibt. Es ist zu hoffen, dass der intensive Austausch in diesen Fragen zu einer besseren Vergleichbarkeit führen wird. Für die nächste Dreiländertagung im Jahre 2010 sind unter anderem die folgenden Themenkreise vorgeschlagen worden:

- Vertiefung der Gründe für die Unterschiede beim freiwilligen Engagement zwischen Stadt und Land, zwischen den Geschlechtern und zwischen gesellschaftlichen/kulturellen Gruppierungen und mögliche Ansätze zur Verringerung der Gefälle.
- Verhältnis von formeller und informeller Freiwilligenarbeit und die Sichtbarmachung der Potenziale in diesen beiden Bereichen.
- Wie steht es mit der Entschädigung beziehungsweise Bezahlung von Freiwilligenarbeit und Ehrenämtern: Möglichkeiten und Grenzen? Was heißt Entschädigung?
- Mittel der – auch grenzenüberschreitenden – Anerkennung von Freiwilligenarbeit (Sozialzeitausweis, Anerkennung als Weiterbildung und/oder als Voraussetzung für eine berufliche Karriere, usw.)
- Standards für Organisationen, die Freiwilligenarbeit anbieten (Zertifizierung, usw.)

Die Palette von offenen Fragen ist groß. Wir stehen am Anfang einer „grenzen-losen“ Diskussion. Die SGG und das Migros-Kulturprozent freuen sich, einige dieser spannenden Fragen für die nächste Dreiländertagung vorzubereiten und mit möglichst vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutieren zu können. Diese Tagung findet statt am 25./26. Oktober 2010 in der Nähe von Zürich.



## Montag, 16. Februar 2009

Moderation: Jürgen Schmitz, SWR

- 10.30 Uhr **Begrüßung**  
Lothar Frick, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg  
Grußwort Monika Stolz MdL  
Ministerin für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
- 11.00 Uhr **Die Bedeutung des freiwilligen Engagements für Zivilgesellschaft und Demokratie**  
Lothar Frick, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- 11.30 Uhr **Topographie des freiwilligen Engagements... in Deutschland**  
Thomas Olk, Universität Halle/Vorsitzender des Sprecherrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Berlin
- ...in der Schweiz**  
Isabelle Stadelmann-Steffen, Universität Konstanz
- ...in Österreich**  
Eva More-Hollerweger, NPO-Institut an der Wirtschaftsuniversität Wien
- 13.00 Uhr **Mittagessen**
- 15.00 Uhr **Parallele Workshops A-E (1. Durchgang)**

### A. Chancengleich? Voraussetzungen und Zugänge zum freiwilligen Engagement

Das Ziel dieses Workshops ist es, Möglichkeiten herauszuarbeiten, wie die Voraussetzungen für Engagement verbessert und angemessene Zugänge für bislang „engagementferne“ Gruppen geschaffen werden können.

**Impulse:**  
Heidi Merk, Der Paritätische Gesamtverband e.V., Berlin

Carlo Knöpfel, Caritas Schweiz, Luzern

Arno Heimgartner, Karl-Franzens-Universität Graz

**Moderation:**  
Ansgar Klein, BBE Berlin /Rita Trattnigg, Lebensministerium, Wien

### B. Freiwilliges Engagement und Integration: Sozialromantik oder Heilsversprechen?

Das Ziel dieses Workshops ist es, nach den Bedingungen, Möglichkeiten und auch nach Grenzen von freiwilligem Engagement am Beispiel der interkulturellen Integration zu fragen.

**Impulse:**  
Vicente Riesgo Alonso, Bund spanischer Elternvereine e.V., Bonn

Sandro Cattacin, Universität Genf

Ulrike Böker, Bürgermeisteramt Marktgemeinde Ottensheim

**Moderation:**  
Martin Schenkel, BMFSFJ, Berlin

### C. Arsen oder Spitzenhäubchen? Staatliche Förderung zwischen Engagementpolitik und Nachwächertum

Das Ziel dieses Workshops ist es herauszuarbeiten, ob es trotz länderspezifischer Unterschiede Rollen, Formen und Förderungen geben kann, die sich als eindeutig „ermöglichend“ für freiwilliges Engagement herausstellen.

**Impulse:**  
Josef Schmid, Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Marie-Luise Zürcher, Schweizerischer Gemeindeverband, Urtenen-Schönbühl

Michael Meyer, Research Institute for Nonprofit Organisations, Wien

**Moderation:**  
Herbert Ammann, SGG, Zürich/Robert Hahn, Ministerium für Arbeit und Soziales, Stuttgart

### D. Mittendrin oder außen vor? Unternehmen im freiwilligen Engagement

Das Ziel des Workshops ist es, das Spannungsverhältnis zwischen betriebswirtschaftlichem Erfolg und der gesellschaftlichen Anforderung nach Engagement von Unternehmen zu beleuchten. Gleichzeitig sollen das neue Selbstverständnis und die damit verbundenen Vorteile für engagierte Unternehmen in der Zivilgesellschaft deutlich werden.

**Impulse:**  
Antje von Dewitz, VAUDE, Tettnang

Georg von Schnurbein, Centrum für Philanthropie und Stiftungswesen Universität Basel

Roman H. Mesicek, respACT Austria, Wien

**Moderation:**  
Heinz Altorfer, Migros-Kulturprozent, Zürich/Jeanette Behringer, LpB, Stuttgart

### E. By the way... freiwilliges Engagement als Lernort

Freiwilliges Engagement ist neben vielen anderen Effekten auch ein „unbeabsichtigter“ und gerade deshalb sehr effektiver Ort des informellen Lernens. Das Ziel des Workshops ist es, förderliche Bedingungen für die Entwicklung von Kompetenzen im freiwilligen Engagement herauszuarbeiten.

**Impulse:**  
Wiebken Düx, Technische Universität Dortmund

Lotti Isenring, Evangelisch-Reformierte Landeskirche Kanton Zürich

Wolfgang Kellner, Ring Österreichischer Bildungswerke, Wien

**Moderation:**  
Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin/Rita Trattnigg, Lebensministerium, Wien

- 17.30 Uhr **Pause**
- 18.00 Uhr **Zusammenfassungen aus den Workshops**  
Berichte von Teilnehmenden
- 19.30 Uhr **Abendessen**  
Foyer Stadttheater Konstanz
- 21.00 Uhr **Kabarett »Königin der Macht«**  
Reiner Kröhnert, Hunsrück (D)  
Stadttheater Konstanz

## Dienstag, 17. Februar 2009

Moderation: Jürgen Schmitz, SWR

- 8.30 Uhr **Begrüßung**  
Jürgen Schmitz, SWR
- 9.00 Uhr **Parallele Workshops A-E (2. Durchgang)**
- 11.30 Uhr **Pause**
- 12.00 Uhr **Zusammenfassungen aus den Workshops**  
Berichte von Teilnehmenden
- 13.00 Uhr **Mittagessen**
- 13.45 Uhr **Drei-Länder-Kontaktbörse**  
Unterstützt durch die Bertelsmann-Stiftung
- 14.30 Uhr **Zivilgesellschaft und Freiwilliges Engagement in Europa**  
Helmut Anheier, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Stabübergabe Deutschland-Schweiz  
Jeanette Behringer, Robert Hahn
- 15.15 Uhr **Ausblick auf die Tagung 2010 in der Schweiz**  
Annemarie Huber-Hotz, Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, Zürich
- 16.00 Uhr **Abschluss der Tagung**

## Liste der Autorinnen und Autoren

**Anheier**, Helmut K., Prof. Dr., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
**Behringer**, Jeannette, Dr., Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg/  
Evangelisches Studienzentrum Boldern, Schweiz  
**Böker**, Ulrike, Bürgermeisteramt Marktgemeinde Ottensheim  
**Cattacin**, Sandro, Prof., Universität Genf  
**von Dewitz**, Antje, Dr. oec., VAUDE Sport, Tettngang  
**Düx**, Wiebken, Technische Universität Dortmund  
**Frick**, Lothar, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart  
**Heimgartner**, Arno, Prof. Dr., Karl-Franzens-Universität Graz  
**Huber-Hotz**, Annemarie, Dr. h.c., Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, Zürich  
**Isenring Schwander**, Lotti, Dr. Phil., Evangelisch-Reformierte Landeskirche Kanton Zürich  
**Kehl**, Konstantin, M.A., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
**Kellner**, Wolfgang, Mag., Ring Österreichischer Bildungswerke, Wien  
**Knöpfel**, Carlo, Dr., Caritas Schweiz, Luzern  
**Merk**, Heidi, Der Paritätische Gesamtverband e.V., Berlin  
**Mesicek**, Roman H., respACT Austria, Wien  
**Meyer**, Michael, Univ. Prof. Mag. Dr., Research Institute for Nonprofit Organisations, Wien  
**Mildenberger**, Georg, Dr., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
**More-Hollerweger**, Eva, NPO-Institut an der Wirtschaftsuniversität Wien  
**Olk**, Thomas, Prof. Dr., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg/  
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Berlin  
**Riesgo Alonso**, Vicente, Bund spanischer Elternvereine e.V., Bonn  
**Schmid**, Josef, Prof. Dr. rer. soc., Universität Tübingen  
**von Schnurbein**, Georg, Prof. Dr., Centrum für Philantropie und Stiftungswesen,  
Universität Basel  
**Spengler**, Norman, Dipl.-Soziologe, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
**Stadelmann-Steffen**, Isabelle, Dr., Universität Konstanz  
**Stolz**, Monika, Dr., Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg  
**Then**, Volker, Dr., Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
**Zürcher**, Marie-Luise, Schweizerischer Gemeindeverband, Urtenen-Schönbühl

## Impressum

Die Fotos sind im Rahmen der Tagung  
„Grenzen-Los!“ entstanden.

Herausgeberin  
Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Redaktion  
Dr. Jeannette Behringer, Dr. Iris Häuser und  
Carolin Rölle, M.A., Stuttgart

Fotografie  
Andreas Kaier

Gestaltung und Satz  
Bertron Schwarz Frey, Ulm

Druck  
RETSCHDruck, Nagold

© 2009 Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Doku-  
mentation darf in irgendeiner Form (Druck, Foto-  
kopie oder einem anderen Verfahren) ohne schrift-  
liche Genehmigung der Herausgeberin reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet werden.

Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg  
Staffenbergstr. 38  
70184 Stuttgart

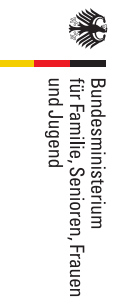
## Partner



Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

### in Kooperation mit und finanzieller Unterstützung durch:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (D)
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft/Lebensministerium (A)
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg (D)
- Büro für Zukunftsfragen des Landes Vorarlberg (A)
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE (D)
- Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG (CH)
- Migros-Kulturprozent (CH)



### Medienpartnerschaft



### Grenzen-Losi

Am 16./17. Februar 2009 fand in Konstanz die erste grenzüberschreitende Tagung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Freiwilliges Engagement ist im Verständnis der acht kooperierenden Institutionen zentraler Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft und Voraussetzung sowie Ausdruck einer stabilen und lebendigen Demokratie.

Die vorliegende Dokumentation versammelt in Kurzform die Beiträge der Referentinnen und Referenten. Für die erste Tagung wurden grundlegende Fragen aufgegriffen. Im Plenum wurden Ergebnisse zu Beteiligung, Formen und Motivationen des Engagements vorgestellt. In den Workshops wurden die Themen des verbesserten Zugangs für „engagementferne“ Gruppen, der Integrationswirkung am Beispiel der interkulturellen

Thematik, der Frage nach staatlicher Förderung, der unternehmerischen Rolle sowie die Kompetenzentwicklung durch freiwilliges Engagement diskutiert.

Erfolgreich ist der Startschuss für eine internationale Vernetzung von Akteuren des freiwilligen Engagements aus Wissenschaft und Wirtschaft, aus Staat und Zivilgesellschaft, gelegt. Regelmäßig soll der transdisziplinäre Austausch Wissenschaft und Praxis in einen gegenseitigen Austausch bringen mit dem Ziel, die Erfahrungen der Praxis aufzunehmen und die wissenschaftlichen Ergebnisse als Impuls und Anstoß für die eigene Arbeit zu betrachten, um mittelfristig ein europäisches Netzwerk zu knüpfen.

Auf ein Wiedersehen am 25. und 26. Oktober 2010 in Zürich!

Europäisches Netzwerk  
Freiwilliges Engagement